

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Günter Bischof

Der Marshall-Plan in Europa 1947–1952

Hans-Jürgen Schröder

50 Jahre Marshall-Plan in Deutschland

Walter Heering

Der Marshall-Plan und die
ökonomische Spaltung Europas

B 22–23/97

23. Mai 1997

Günter Bischof, Mag. Phil. (Innsbruck), M. A. (New Orleans, Harvard), PhD (Harvard), geb. 1953; Associate Professor of History und Associate Director des Eisenhower Center, University of New Orleans; 1992–1994 Gastdozent am Amerika Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München.

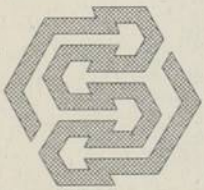
Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit Josef Leidenfrost) Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945–1949, Innsbruck 1988; (Hrsg. zus. mit Stephen E. Ambrose) Facts against Falsehood. Eisenhower and the German POWs, Baton Rouge 1992; (Hrsg. zus. mit Charles S. Maier) Deutschland und der Marshall Plan, Baden-Baden 1993; (Hrsg. zus. mit Rolf Steininger und Jürgen Weber) Die doppelte Eindämmung. Deutsche Frage und europäische Sicherheit, München 1993; (Hrsg. zus. mit Robert Dupont) The Pacific War Revisited, Baton Rouge 1997; (Hrsg. zus. mit Anton Pelinka) Contemporary Austrian Studies (5 Bde.), New Brunswick, NJ, 1993 ff.

Hans-Jürgen Schröder, Dr. phil., geb. 1938; Professor für Zeitgeschichte am Historischen Institut der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Veröffentlichungen zur amerikanischen und deutschen Außenpolitik im 20. Jahrhundert; (zus. mit M. Peter) Einführung in das Studium der Zeitgeschichte, Paderborn 1994.

Walter Heering, Dr. rer. pol., geb. 1948; Wirtschaftswissenschaftler; seit 1994 Wissenschaftlicher Assistent beim Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Klaus Schroeder) Transformationsprozesse in ostdeutschen Unternehmen. Akteursbezogene Studien zur ökonomischen und sozialen Entwicklung in den neuen Bundesländern, Berlin 1995; Ökonomische Bedingungen und Konsequenzen des Transformationsprozesses in Ostdeutschland, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, (1996) 1; (zus. mit Klaus Schroeder) Zur Entwicklung der Frauenbeschäftigung in Ostdeutschland. Empirische Trends und subjektive Wahrnehmungen im deutschen Vereinigungsprozeß, in: Deutschland Archiv, 29 (1996) 3; Eigennutz und Gemeinsinn im sozialen Netz – Umbau des Sozialstaats aus liberal-konservativer Sicht, in: Politische Bildung, 29 (1996) 4.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Der Marshall-Plan in Europa 1947–1952

I. Die konzeptionellen Grundlagen und die intellektuellen Väter des Marshall-Plans

Der Marshall-Plan basierte auf zwei Grundpfeilern: Zum einen existierte ein grundsätzlicher Konsens zwischen beiden maßgeblichen politischen Lagern in den USA nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, daß es eine humanitäre Verpflichtung der Amerikaner sei, dem zerstörten Europa wieder auf die Beine zu helfen. Der traditionelle Missionarismus der Amerikaner kam in Bildern vom „Guten Samariter“ zur Sprache, wie ihn der einflußreiche „Papst“ der Nachrichtenmagazine *Time/Life*, Henry Luce, predigte: „Es ist die selbstverständliche Pflicht dieses Landes, alle Menschen dieser Welt zu ernähren, die auf Grund des weltweiten Zusammenbruchs der Zivilisation Hunger leiden und sich in Armut befinden.“¹ Weniger hochtrabend meinte Präsident Trumans Handelsminister Henry Wallace, die Amerikaner hätten den Hottentotten Milch zur Verfügung zu stellen².

Zum anderen grassierte unter amerikanischen Eliten die Furcht, das Kriegsende könnte zu Rezession und erneuter großer Wirtschaftskrise mit hoher Arbeitslosigkeit, Autarkiebestrebungen bei den wichtigsten Handelspartnern und Zusammenbruch der Welthandelsströme, Währungs(Dollar)

Dieser Aufsatz ist dem Marshall-Biographen Forrest C. Pogue gewidmet, der zwei Generationen von Marshall-Plan-Historikern Freund und Mentor war. Pogue ist am 6. Oktober 1996 im Alter von 84 Jahren gestorben.

1 Zitat in: Donald W. White, *The American Century. The Rise & Decline of the United States as a World Power*, New Haven – London 1996, S. 190 f.

2 Zit. ebd. Zur Fortführung dieser Tradition, die in den USA auch Exzeptionalismus genannt wird, im Kalten Krieg vgl. Geir Lundestad, *Moralism, Presentism, Exceptionalism, Provincialism, and Other Extravagances in American Writings on the Early Cold War Years*, in: ders., *The American „Empire“ and Other Studies of US Foreign Policy in a Comparative Perspective*, Oslo – Oxford 1990, S. 11–29; Götz-Dietrich Opitz, *Manifest Destiny im Kalten Krieg. Die Inaugurationsreden US-amerikanischer Präsidenten im Spiegel des rhetorischen Millenialismus* (Europäische Hochschulschriften, Reihe XXXI, Bd. 216), Frankfurt a. M. – Berlin 1993.

knaptheit bei potentiellen Abnehmern und Instabilität der Finanzen führen. Ein wirtschaftliches Chaos in der Welt würde die Folge sein und daraus könne nur politische Instabilität erwachsen. Ein solches Chaos aber würde die potentielle amerikanische Hegemonie nach dem Krieg gefährden und überhaupt die Überlegenheit des Kapitalismus als sozioökonomisches System in Frage stellen. Wirtschaftliche Auslandshilfe sei deshalb eine Sache des „enlightened self-interest“.

Die USA hatten sehr große Finanzmittel eingesetzt, um während des Zweiten Weltkrieges Diktatoren und Militaristen zu besiegen: insgesamt 50 Milliarden Dollar an *Lend-Lease*-Hilfsmitteln weltweit. In der Übergangszeit vom Krieg zum Frieden (1943–1947) finanzierten die USA weitere 2,7 Milliarden Dollar Hilfsmittel der *United Nations Relief and Rehabilitation Administration* (UNRRA) zur weltweiten Bekämpfung von Hunger und Seuchen. In den deutschen Westzonen wurden 1,6 Milliarden Dollar an Militärhilfe (GARIOA) zur Bekämpfung von „disease and unrest“ ausgegeben³.

Das wohlhabende Amerika sah sich – trotz interner Kritik – durchaus in einer Verantwortung für die Probleme der Welt. So warnte der scheidende Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, Georg C. Marshall – der Mann, dem als „Organisator des Sieges“ im Zweiten Weltkrieg in Amerika und weltweit Bewunderung gezollt wurde⁴ – vor einem Rückfall in den Isolationismus und ermahnte seine Nachfolger im Pentagon bei seiner Abschiedsrede am 26. 11. 1945 an ihre Pflichten: „Ihr müßt Verständnis für die besondere geographische, finanzielle, militärische und wissenschaftliche Position der Vereinigten Staaten in der heutigen Welt entwickeln und einen Sinn haben für die Verpflichtungen, die daraus erwachsen. Die besondere Herausforderung an Eure Generation ist es, Verantwortung für die Stabilität und Sicherheit in der Welt zu übernehmen und ein Bewußtsein für

3 Vgl. D. White (Anm. 1), S. 191–196; Thomas G. Paterson, *Soviet American Confrontation. Postwar Reconstruction and the Origins of the Cold War*, Baltimore – London 1973; Gerd Hardach, *Der Marshall-Plan, Auslandshilfe und Wiederaufbau in Westdeutschland 1948–1952*, München 1994, S. 221.

4 Vgl. vor allem Forrest C. Pogue, *George C. Marshall. Organizer of Victory 1943–1945*, New York 1973.

die überragende Bedeutung der Handlungsweisen und Fehlleistungen unseres Landes für die zukünftige Weltordnung schaffen.“⁵

Eugene Meyer, der Herausgeber der *Washington Post*, ging zur selben Zeit von einem ähnlichen Gedanken aus: Bei den Problemen, mit denen sich die verantwortlichen amerikanischen Eliten im Jahre 1947 konfrontiert sehen, ginge es nicht so sehr darum, was in der Macht der Amerikaner stünde, zu tun, um die Probleme der Welt zu lösen, sondern „what we can't afford not to do“⁶.

II. „Der Marshall-Plan hat viele Väter“⁷

Die Genesis des Europäischen Wiederaufbauprogramms (*European Recovery Program, ERP*) wird in der Literatur gewöhnlich in den außergewöhnlichen Herausforderungen des Frühjahrs 1947 gesehen. Als Protagonisten auf der großen Washingtoner Bühne, auf der jetzt Weltpolitik gemacht wurde, figurierten Dean Acheson, Will Clayton und George F. Kennan als die Hauptberater des im Januar 1947 berufenen neuen Außenministers Marshall, dem Präsident Harry S. Truman keineswegs die wohlverdiente Pension vergönnte. Im März und April verrichtete Acheson die täglichen Geschäfte in Washington, während der Außenminister in den kritischen Wochen des Frühjahrs die USA auf der Moskauer Außenministerkonferenz vertrat. Der klassische Moment der Übergabe der Weltherrschaft von den Briten an die Amerikaner kam, als der britische Botschafter in Washington die Amerikaner bat, die Unterstützung der monarchistischen Kräfte in Griechenland im Bürgerkrieg gegen die Kommunisten zu übernehmen. Der Kongreß verabschiedete rasch eine Übergangshilfe zur Eindämmung des Kommunismus in Griechenland und der Türkei – basierend auf Trumans Eindämmungsdoktrin. Die britische Wirtschaft war im außergewöhnlich kalten Winter von 1946/47 zum Stillstand gekommen – der riesige 3,75 Milliarden US-Kredit aus dem Jahre 1946 wurde in der Notstandsbesetzung viel zu schnell aufgebraucht. Der harte Winter erzeugte überall auf dem Konti-

nent Kohleknappheit – besonders in Frankreich und Österreich – und brachte unzählige Industriebetriebe zum Stillstand. Der zögerliche europäische Wiederaufbau kam in vielen Ländern bereits wieder zum Erliegen⁸.

Es bestand also dringender Handlungsbedarf. In Washington ging man zunächst daran, die notwendigen Gremien einzurichten (*Policy Planning Staff* – PPS, *National Security Council* – NSC, *Central Intelligence Agency* – CIA), die die weltpolitisch eher unerfahrene Supermacht USA durch die Umbilden des ausbrechenden Kalten Krieges steuern sollten. Im März beauftragte Acheson das *War-Navy Coordinating Committee (SWNCC)* – das noch im Krieg eingerichtete einzige interministerielle Planungskomitee in Washington, das den Blick über den eigenen Kirchturm hinauswarf – damit, ein Grundsatzmemorandum über die globalen Wirtschafts- und Finanzprobleme vorzulegen samt ihren möglichen Auswirkungen auf die amerikanische Sicherheit⁹.

Nachdem 1946 bereits außer dem 3,75 Mrd. Dollar-Kredit an die Briten 840 Millionen Dollar an die Franzosen und ebenso viele Millionen GARIOA-Hilfe an die deutschen Westzonen gegeben worden waren, lagen dem Kongreß nun kurzfristig insgesamt weitere Hilfsersuchen in Höhe von 1,85 Milliarden Dollar zur Entscheidung vor. Neben den 400 Millionen Dollar für Griechenland und die Türkei lagen Ersuchen über 350 Millionen Dollar an post-UNRRA Hilfe, 75 Millionen für die Internationale Flüchtlingsorganisation und 40 Millionen für den Internationalen Kinder-Fonds auf dem Tisch. Daneben fielen in den Gebieten, in denen die Amerikaner noch Besatzungstruppen hielten, 1,025 Milliarden an Kosten an. Auch China, Korea und Palästina wollten Geld

8 Die klassische Darstellung der Entstehung des Marshall-Plans stammt von Achesons Mitarbeiter im State Department, Joseph Marion Jones, *The Fifteen Weeks. An Inside Account of the Genesis of the Marshall Plan*, New York 1955; Dean Acheson, *Present at the Creation. My Years in the State Department*, New York 1969, S. 226–235. Vgl. auch Forrest C. Pogue, *George C. Marshall. Statesman 1945–1959*, New York 1987, S. 161–217; ders., *Marshall und der Marshall-Plan*, in: C. S. Maier/G. Bischof (Anm. 7), S. 59–87. Die wichtigste Studie aus wirtschaftshistorischer Perspektive ist Alan S. Milward, *The Reconstruction of Western Europe 1945–1951*, Berkeley – Los Angeles 1984; Milward mißt allerdings den Folgen des harten Winters 1946/47 auf die Rekonstruktion der europäischen Volkswirtschaften weniger Bedeutung bei. Ein zeitgenössischer Beobachter schilderte die dramatischen wirtschaftlichen Probleme des Kontinents eindrucksvoll: Thomas A. Bailey, *The Marshall Plan Summer*, Stanford 1977.

9 Vgl. Acheson an Kriegsminister Patterson, 5. März 1947, in: *Foreign Relations of the United States (künftig FRUS) 1947, III, S. 197 f.*

5 Zitiert in: Robert J. Donovan, *The Marshall Plan and the Postwar Revival of Europe*, New York 1987, S. 31.

6 Zitiert in: Joseph W. Alsop (mit Adam Platt), „I've Seen the Best of It“. *Memoirs*, New York – London 1992, S. 281.

7 Charles S. Maier, Einleitung, in: ders./Günter Bischof (Hrsg.), *Deutschland und der Marshall-Plan*, Baden-Baden 1992, S. 20.

von den Amerikanern, und Frankreich und Österreich noch zusätzliche Hilfeleistungen¹⁰. Bei solchen gigantischen Forderungen an die amerikanischen Steuerzahler kann es wohl kaum verwundern, daß der Kongreß ein grundsätzliches Überdenken der amerikanischen Auslandshilfe verlangte. Washington konnte nicht dauerhaft „Santa Claus“ spielen und fortwährend Wirtschaftshilfe ohne umfassendere geostrategische Zielsetzungen vergeben.

Bereits am 21. 4. 1947 lag ein ausführliches Memorandum des SWNCC-Ausschusses vor. Darin wurden Griechenland, die Türkei, Iran, Italien, Korea, Frankreich (aus politischen, nicht wirtschaftlichen Gründen), Österreich und Ungarn als die dringlichsten Problemfälle eingestuft. Das Memorandum atmete bereits den Geist des anstehenden Konflikts mit dem Weltkommunismus, indem die Priorität weit mehr auf sicherheitspolitische Überlegungen zu legen sei (in Anlehnung an die Truman-Doktrin „Widerstand gegen Druck und Subversion von bewaffneten Minderheiten“ – sprich Kommunisten). Die Analyse der wirtschaftlichen Grundprobleme kam aber nicht zu kurz. Allein im Jahr 1947 würden die USA mit einem Handelsbilanzüberschuß von 7,5 Milliarden Dollar konfrontiert werden, das aus amerikanischen Finanzhilfen und Krediten gedeckt werden müßte, da die amerikanischen Handelspartner kaum mehr Gold oder Dollarreserven hätten. Der europäische Kontinent werde im kommenden Jahr von einer gewaltigen Güterknappheit geplagt werden, und zwar einem Defizit von neun Millionen Tonnen Getreide, 36 Millionen Tonnen Kohle, einer großen Knappheit an Düngemitteln, Stahl und Investitionen – es galt vor allem diese „bottlenecks“ zu stopfen. Es wurde in der Analyse vage angedeutet, daß die Empfängerländer von amerikanischen Hilfsmitteln eine Zusammenarbeit der Volkswirtschaften ihrer Region anstreben sollten, um ihren Wiederaufbau zu beschleunigen und ihre Importe selber zu finanzieren.

Daß man in Washington im Frühjahr 1947 die von den Sowjets mittlerweile dominierten Gebiete in Osteuropa noch nicht aufgeben wollte, sieht man daran, daß man noch einen „substantiellen Ausbau“ des Handels mit diesen Gebieten empfahl. Die Grundausrichtung künftigen amerikanischen Engagements ist also hier bereits erkennbar: Amerikanische Hilfeleistungen hätten primär wirtschaftliche Stabilität und geordnete politische Verhältnisse zu erzeugen; politische Integrations-

10 Vgl. Memorandum von Sherman S. Shepard (Bureau of the Budget) vom 7. April 1947, in: ebd., S. 199 f.

effekte seien zu erzielen (die Teilung Europas war Ende April 1947 noch nicht vorauszusehen); Chaos und Extremismus seien einzudämmen, das Vordringen des kommunistischen Einflusses zu stoppen. Kurzum: Die Vereinigten Staaten brauchten Freunde in der globalen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, und sie würden sich diese Freundschaft viel kosten lassen. Die USA waren nicht länger bereit, ohne ein politisches Ziel Unsummen in die schwarzen Notstandslöcher der Welt zu stecken. Neue US-Dollarhilfen würden mit Auflagen verbunden werden („strings attached“)¹¹.

Im Mai 1947 gingen dann die konzeptionellen Vorarbeiten zügig voran, vor allem im von Marshall neu eingerichteten *Policy Planning Staff* des State Department unter der Leitung des Europakenners und Rußland-Experten George F. Kennan. Das Ziel des *Policy Planning Staff* und Kennans war es, das Gewicht auf die Bedeutung der westeuropäischen Zusammenarbeit zu legen und mit entschiedenem Voranschreiten der Amerikaner *psychologische* Erfolge zu erzielen („energetic and incisive American action to be undertaken at once in order to create in Europe the impression that the United States has stopped talking and has begun to act“). Ein umfassendes Programm für die amerikanische Wirtschaftshilfe hätte von den Europäern selbst auszugehen und vor allem die europäische Integration anzuregen, wollte es langfristige Wirkungen erzielen. Als Antikommunisten, der lange in Moskau gelebt hatte, war Kennan wenig an der Teilnahme der Sowjets gelegen. Das Programm war so zu konzipieren, daß sich die Sowjets selbst ausschlossen. Die Tür für die Tschechen und Osteuropäer wäre allerdings offen zu lassen. Kennan war bereit, den Sowjets ihre Einflußzone zu konzessionieren und rechnete daher kaum mit einer Teilnahme der Osteuropäer¹². In Washington

11 Vgl. Report of the Special „Ad Hoc“ Committee of the State-War-Navy Coordinating Committee vom 21. April 1947. Die zentrale Bedeutung dieses Memorandums für die Konzeption des Marshall-Plans wurde von der Forschung bereits früh erkannt; vgl. Scott Jackson, Prologue to the Marshall Plan; The Origins of the American Commitment for a European Recovery Program, in: *Journal of American History*, 65 (1979), S. 1043–1068. Melvyn Leffler hat in seinen Arbeiten mit Recht das Gewicht auf die *strategischen* Dimensionen des Marshall-Plans gelegt; vgl. ders., *The United States and the Strategy Dimensions of the Marshall Plan*, in: *Diplomatic History*, 12 (1988), S. 277–306, und ders., *A Preponderance of Power. National Security, the Truman Administration, and the Cold War*, Stanford 1992, S. 157–64.

12 Vgl. die PPS/Kennan-Memoranden vom 16. und 23. Mai 1947, FRUS, III, S. 220–230, und George F. Kennan, *Memoirs 1925–1950*, New York 1967, S. 325–353. Der Intellektuelle Kennan hat wie kein zweiter amerikanischer „Kalter Krieger“ das Interesse der Intellektuellen auf sich gezogen; unter

gab es aber auch Politiker, die hofften, mit ausgiebiger Wirtschaftshilfe die osteuropäischen Staaten von Moskaus Vorherrschaft zu befreien – und die beginnende Teilung Europas entlang des Eisernen Vorhangs rückgängig zu machen.

Vor allem eine Gruppe brillanter jüngerer Ökonomen im State Department spielten eine von der Forschung bislang meist übersehene Rolle in der Genese des Marshall-Plans. Walt Rostow und Charles Kindleberger, die in der *Division on German and Austrian Economic Affairs* des State Department arbeiteten, erkannten schon im Frühjahr 1946, daß vor allem im alliierten Kontrollrat in Berlin die Kräfte in Richtung Teilung Deutschlands und Europas arbeiteten. Sie schlugen deshalb dem damaligen Außenminister James Byrnes vor, bei der Pariser Friedenskonferenz im Sommer 1946 einen gesamteuropäischen Rat einzusetzen, um „die zögerliche Rekonstruktion Europas voranzutreiben und langfristig eine größere Einheit in Europa zu erzielen“. Byrnes sollte Molotow klar zu erkennen geben, daß „amerikanische Sorgen um die Zukunft Europas dauerhaft und nicht nur vorübergehend seien“ – also eine sichtbare Abkehr vom Isolationismus. In den politischen Abteilungen des State Department wurden aber die Weichen schon in Richtung Eindämmung des Kommunismus gestellt und die Teilung Deutschlands und Europas als Faktum hingenommen. Berater wie der Deutschland-Experte James Riddleberger rieten Byrnes davon ab, die gesamteuropäische Zusammenarbeit zu forcieren. Statt dessen kam es im September zur berühmt gewordenen Stuttgarter Rede von James Byrnes und am 1. 1. 1947 zur Gründung der Bizone. Der amerikanische Historiker Martin Weil faßte diese inneramerikanischen Unterschiede so zusammen: Während die politischen Abteilungen im State Department „sich für den Kampf mit dem dämonischen Kommunismus einrichteten“, versuchten die Wirtschaftsexperten in Claytons Abteilung „die Menschheit unter der Ägide von Adam Smith zu einen“¹³. Der Historiker Gunther Mai hat zurecht

den vielen Studien herausragend in ihrer Ausgewogenheit Wilson D. Miscamble, *George F. Kennan and the Making of American Foreign Policy 1947–1950*, Princeton 1992, S. 43–74.

13 Charles P. Kindleberger, Zur Entstehung des Marshall-Plans: Erinnerungen an die politischen Entwicklungen in Deutschland 1945–1947, in: C. S. Maier/G. Bischof (Anm. 7), S. 106–109; Walt W. Rostow, *The Division of Europe after World War II 1946*, Austin 1981; Günter Bischof, *Historical Introduction*, in: *The German Economy 1945–1947*. Charles P. Kindleberger's *Letters from the Field*, Westport – London 1989, S. IX–XXII; Martin Weil, *A Pretty Good Club. The Founding Fathers of the U.S. Foreign Service*, New York 1978, S. 201–219. Kindlebergers in Faksimile abgedruckten

betont, daß die Weichen zur Teilung Deutschlands und Europas bereits im Sommer 1946 gestellt wurden¹⁴.

Kindleberger hat später immer wieder betont, daß das *Integrationskonzept* der Wirtschafts- und Handelsexperten im State Department gesamteuropäisch war und nicht auf Teilung hinauslief – die Sorge galt Europa, und dazu gehörte auch Deutschland¹⁵. Neben Kindleberger und Rostow dachten auch Edward Mason, Harold van Buren Cleveland, Ben Moore, Clair Wilcox, George Rogers, Paul Nitze – alles Ökonomen, die Clayton zuarbeiteten – in dieselbe Richtung. Marshalls Idee von einem „Europa bis zum Ural“, wie er es nach seiner Rede am 5. Juni 1947 definierte, schien auf die Vorstellungswelt seiner Wirtschaftsexperten zurückzugehen, obwohl Will Clayton einige Wochen später den Briten zu verstehen gab, daß die Sowjets ihre Einstellung zum europäischen Wiederaufbau zu verändern hätten, wollten sie von den Amerikanern Geld erhalten¹⁶.

Aber auch in anderen Elitekreisen – wie dem *New Yorker Council on Foreign Relations* – wurden schon 1946 Stimmen laut, daß der europäische Wiederaufbau nicht ohne den Motor Deutschland möglich sei. In vielen Verträgen und Diskussionen in den Studiengruppen „*Reconstruction of Europe*“ und „*The Problem of Germany*“ kam man immer wieder auf dasselbe Thema zurück – ein rascher Wiederaufbau der Wirtschaft Europas sei ohne den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nicht möglich. Es sei höchste Zeit, sich von den Potsdamer Restriktionen bezüglich der deutschen Industrie und der Handelsbeschränkungen abzuwenden. Vor allem müßte die Kohle- und Lebensmittelknappheit überwunden werden. Der Harvard-Ökonom John Kenneth Galbraith machte u. a. die ungenügenden Lebensmitteltransporte der USA nach Europa für die Misere verantwortlich. „*We have eaten too much*“, warf er seinen amerikanischen Landsleuten vor. Es ist das Verdienst des jungen deutschen Historikers

Briefe aus Deutschland, Österreich und von der Moskauer Außenministerkonferenz sind eine wichtige Quelle zu allen zentralen Fragen der politischen Ökonomie Nachkriegsdeutschlands, sind aber von der einschlägigen Forschung noch weitgehend unbeachtet geblieben.

14 Vgl. Gunther Mai, *Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945–1948: Von der geteilten Kontrolle zur kontrollierten Einheit*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B23/88, S. 3–14; ders., *Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945–1948. Alliierte Einheit – deutsche Teilung?*, München 1995.

15 Vgl. Charles P. Kindleberger, *Marshall Plan Days*, London 1987, S. 157 f. und passim.

16 Vgl. F. C. Pogue (Anm. 8), S. 233.

Michael Wala, die die wichtige Rolle von Allen W. Dulles und des *Council on Foreign Relations* beim Abbau von Vorurteilen in der amerikanischen Öffentlichkeit über die zentrale Rolle der deutschen Wirtschaft bei der Rekonstruktion Europas herausgestellt zu haben¹⁷.

Dazu kommt, daß im Frühjahr 1947 auch wichtige Meinungsführer wie die Kolumnisten Walter Lippmann, James Reston und die Brüder Alsop ein massives amerikanisches Engagement in Europa anregten, um den Kontinent vor dem wirtschaftlichen Kollaps zu bewahren. Auch Lippmann hoffte, die Sowjets würden die Osteuropäer teilnehmen lassen, falls genug Geld zur Verfügung gestellt würde. Auf jeden Fall war eine große amerikanische Geldtransfusion notwendig, ein neues *Lend-Lease*-Programm zur Bildung einer europäischen Union, die sich über den gesamten Kontinent erstreckte. Lippmann, der mit den meisten Entscheidungsträgern im State Department im täglichen Kontakt stand, sprach in seinen „Cassandra Speaking“-Kolumnen schon Ende März aus, was die Offiziellen noch nicht in der Öffentlichkeit zu sagen wagten. An der amerikanischen Meinungsbildung für ein europäisches Wiederaufbauprogramm hatte er einen wichtigen Anteil¹⁸.

Beachtet man diesen erstaunlichen Wandel bei den amerikanischen Eliten in ihrer Einstellung zu Deutschland und zu einem integrierten gesamteuropäischen Konzept, so konnte die vom ehemaligen Präsidenten Herbert Hoover verfaßte Analyse zur Lage in Deutschland und Österreich in Washington nurmehr auf offene Ohren stoßen, wenn es da hieß: „Die Produktivität Europas kann ohne die Wiederherstellung Deutschlands und seinen Produktivitätsbeitrag nicht erneuert werden.“ Ebenso wenig überraschen dann die Ideen von Kennan und Clayton vom Mai 1947, die einen wichtigen Beitrag zur Rede Marshalls in Harvard bildeten. Claytons Beitrag wird wie der Kennans allgemein überschätzt – wohl auch, weil er und seine Biographen immer wieder seine Patenschaft

für den Marshall-Plan überbetonten. Für den vormaligen Baumwollhändler und Exporteur Clayton wurde bald nach dem Krieg klar, daß amerikanischer Wohlstand ohne die Genesung der europäischen Wirtschaft nicht möglich wäre. Claytons Memorandum vom 27. Mai – das er nach einer Europareise verfaßte, wo er mit Entsetzen den zunehmenden wirtschaftlichen und ökonomischen Zerfall des Kontinents feststellte – war lediglich ein weiterer Mahnruf an die Washingtoner Machtelite, doch endlich rasch zu handeln. Die ihm zuarbeitenden Wirtschaftsexperten im State Department hatten jedoch sicherlich nicht die Zerstörung der europäischen Wirtschaft „grotesk unterschätzt“, wie es dort hieß.

Claytons Beitrag war auch insofern wichtig, als er die Auswirkungen des Zusammenbruchs des Handels zwischen Stadt und Land in Europa konstatierte. Aus Preisgründen wollten die Bauern ihre Nahrungsmittel nicht mehr an die Städte liefern, was die Städter in den Hunger trieb. Wie Galbraith vor dem *Council on Foreign Relations* ermahnte auch Clayton die Amerikaner, den Gürtel enger zu schnallen, um mehr Nahrungsmittel und Rohstoffe nach Europa schicken zu können; er empfahl, die US-Finanzhilfe müsse das Dollardefizit in der europäischen Handelsbilanz ausgleichen (er veranschlagte es aber mit fünf Milliarden Dollar niedriger als das SWNCC); wie Kennan empfahl er, ein Plan für den europäischen Wiederaufbau müsse von den Europäern selbst ausgehen¹⁹.

Die amerikanischen Planer, von denen die meisten Wirtschaftsfachleute, Anwälte oder Industrielle waren – also durchweg der international gesinnten *Business Bourgeoisie* angehörten –, gingen von einer Philosophie aus, die der amerikanische Marshall-Plan-Experte Charles S. Maier als die „politics of productivity“ zusammengefaßt hat. Dieses Produktivitätskonzept repräsentierte die spezifisch amerikanische Erfahrung mit der Entwicklung eines reifen Industriekapitalismus und war Amerikas Alternative zum Marxismus. Man ging davon aus, daß rationale Wirtschaftsplanung zu größerem Reichtum einer Nation führen würde. Die Zusam-

17 Vgl. Michael Wala, *The Council on Foreign Relations and American Foreign Policy in the Early Cold War*, Providence – Oxford 1994, S. 91–139; ders. (Hrsg.), *Allen W. Dulles, The Marshall Plan*, Providence – Oxford 1993.

18 Vgl. Ronald Steel, *Walter Lippmann and the American Century*, New York 1980, S. 440 f.; Kindleberger hat in seinem wichtigen „Memorandum for the Files: Origins of the Marshall Plan“ vom 22. Juli 1947 auf die Rolle der Kolumnisten aufmerksam gemacht, FRUS, III, S. 241–247; wiederabgedruckt in ders. (Anm. 15), S. 25–32, und Stanley Hoffmann/Charles S. Maier (Hrsg.), *The Marshall Plan. A Retrospective*, Boulder – London 1984, S. 115–121, und ders., *The American Origins of the Marshall Plan: A View from the State Department*, ebd., S. 7–13.

19 Vgl. Clayton Memorandum vom 27. Mai 1947, FRUS, III, S. 230–232; Claytons Tochter Ellen Clayton Garwood hat die zentrale Rolle ihres Vaters betont; vgl. dies., *Will Clayton, A Short Biography*, Austin 1958; und jüngst Gregory A. Fossedal, *Our Finest Hour. Will Clayton, The Marshall Plan and the Triumph of Democracy*, Stanford 1993; auch Claytons Mitarbeiter Paul Nitze hat Claytons Rolle immer wieder betont; vgl. sein Vorwort zu dem Buch von G. A. Fossedal, ferner David Callahan, *Dangerous Capabilities. Paul Nitze and the Cold War*, New York 1990, S. 52–55.

menarbeit von Kapital und Gewerkschaften führe zu einer Vergrößerung des volkswirtschaftlichen Gesamtprodukts und somit zu mehr Wohlstand für alle. Die technokratische Vision eines solchen „produktiven Gemeinwohls“ würde die Arbeiterschaft am größeren Wohlstand teilhaben lassen, sie somit dem Kommunismus entfremden und Klassenkämpfe sowie politische Destabilisierung der europäischen Gesellschaften verhindern²⁰.

Kindlebergers Urteil, die Ursprünge des Marshall-Plans seien im zweiten Glied der Experten der Wirtschaftsabteilungen des State Department zu finden, während Clayton und Kennan erst später eine Rolle spielten²¹, ist nur insoweit zu revidieren, daß offensichtlich schon 1946 bei den meisten Beobachtern der europäischen Szene klar wurde, der Wiederaufbau Europas könne nur mit Deutschland stattfinden.

III. Die Rede Marshalls am 5. Juni 1947 und die Reaktionen in Europa und in der Sowjetunion

Außenminister George Marshall hatte die Harvard Universität erst kurz vor der Verleihung informiert, daß er das ihm angebotene Ehrendoktorat entgegennehmen wolle. Marshall war neben General Omer Bradley, dem Dichter T. S. Eliot und dem „Vater der Atombombe“ Robert Oppenheimer einer der Geehrten. Die Rede, die Marshall vor ca. 7000 Zuhörern im Harvard Yard hielt, präsentierte die seit Monaten von seinen Beratern im State Department ausgearbeiteten Ideen: Das amerikanische Angebot zur Hilfeleistung für Europa. Die Initiative müsse von den Europäern selbst ausgehen; ganz Europa hätte die Chance, am Programm teilzunehmen; nur Länder oder Gruppen, „die menschliches Leiden perpetuieren

20 Vgl. Charles S. Maier, *The Politics of Productivity: Foundations of American International Economic Policy after World War*, in: ders., *In Search of Stability. Explorations in Historical Political Economy*, Cambridge 1987, S. 121–152; ders., *Die konzeptuellen Grundlagen des Marshall-Plans*, in: Othmar Nikola Haberl/Lutz Niethammer (Hrsg.), *Der Marshall-Plan und die europäische Linke*, Frankfurt a. M. 1986, S. 47–58; ders., *Premises of the Recovery Program*, in: *Comité pour l'Histoire Économique et Financière de la France* (Hrsg.), *Le Plan Marshall et le Relèvement Économique de l'Europe*, Paris 1993, S. 15–30. Michael J. Hogan legt den „Marshall Planern“ ein ähnliches technokratisch-korporatistisches Grundkonzept zugrunde; vgl. ders., *The Marshall Plan. America, Britain, and the Reconstruction of Western Europe, 1947–1952*, Cambridge 1987.

21 Vgl. C. P. Kindleberger (Anm. 15), S. 157.

oder davon profitieren wollen“, seien ausgeschlossen. Im Kontext der Truman-Doktrin war klar, daß damit Kommunisten gemeint waren. Zum Abschluß improvisierte Marshall noch einen Absatz, der nicht im Entwurf des von Charles Bohlen verfaßten Redemanuskripts stand. Er erinnerte die Amerikaner an ihre Verantwortung für die Lösung der gewaltigen Probleme in der Welt, wenn die USA auch noch so weit von diesen Notsituationen entfernt lebten. Hier tauchte wiederum der anti-isolationistische Gedankengang seiner Pentagon-„Abschiedsrede“ auf²².

Die Zuhörer waren von der Rede nicht beeindruckt. Der Kolumnist Joe Alsop, der auf der Bühne saß, schrieb in seinen Memoiren: „Ich habe General Marshall aus nächster Nähe zugehört und muß gestehen, der Text der Rede war so vage und die Präsentation bar jeglicher Dramatik. Ich hatte nicht die geringste Ahnung davon, was der Außenminister ausdrücken wollte, und noch viel weniger eine Vermutung, daß er ein Angebot machte, das die Welt verändern sollte. Meines Wissens maß auch sonst keiner der an jenem Nachmittag im Harvard Yard Anwesenden der Rede besondere Bedeutung zu – zumindest leitete ich das aus dem höflichen, aber bescheidenen Applaus ab.“²³

Viel wichtiger als diese eher gleichmütigen Reaktionen war, daß Acheson in Washington bereits die Mühen der großen Politik in Bewegung gesetzt hatte, indem er die Briten auf Marshalls Intentionen im vorhinein aufmerksam machte. Derart vorgewarnt, konnte Außenminister Ernest Bevin in London zusammen mit dem französischen Außenminister Georges Bidault intensiv beraten, um die Koordination einer raschen, europaweiten Reaktion in Bewegung zu setzen. In diesen ersten britisch-französischen diplomatischen Kontakten wurde schnell klar, daß man die Sowjets nicht als Teilnehmer wünschte, würden sie doch nur in gewohnter Manier alle Verhandlungen verzögern und die Chance einer raschen Bewilligung der Mittel durch den US-Kongreß gefährden. Will Clayton wurde in dieser Vorbereitungsphase nach London geschickt, um die genaueren Intentionen von Marshalls Angebot zu verdeutlichen. Die Briten

22 Für den vorgesehenen Text vgl. den am 4. Juni an die Presse ausgegebenen Text, FRUS, III, S. 237–239; Marshalls Lesetext mit dem von Marshall geänderten Abschlußabsatz ist ein Ausstellungsstück im Museum der Marshall Library in Lexington, Virginia; Forrest C. Pogue zitiert daraus in seiner *Marshall-Biographie* (Anm. 8), S. 210–217; vgl. ders. in: C. S. Maier/G. Bischof (Anm. 7), S. 63–69. Der Text der Rede war am 6. Juni auch auf der Titelseite der *New York Times* zu finden.

23 J. W. Alsop (Anm. 6), S. 282.

würden diesmal keine Bevorzugung erhalten, sondern hätten sich in ein gesamteuropäisches Programm einzuordnen. Mit einer sowjetischen Teilnahme rechnete man bei den amerikanischen Konditionen einer Offenlegung der gesamten volkswirtschaftlichen Statistiken zur Beweisführung der Hilfebedürftigkeit nicht. Bevin und Bidault gaben dem amerikanischen Botschafter in Paris, Jefferson Caffery, auch klar zu erkennen, daß sie „auf die Ablehnung der Sowjets hofften“²⁴. Damit aber war die Stoßrichtung „Teilung Europas“ vorgegeben, denn es mußte allen Beteiligten klar gewesen sein, daß Stalin den osteuropäischen Klientelstaaten kaum erlauben würde, an einem europaweiten Wiederaufbauprogramm teilzunehmen ohne sowjetische Partizipation und Kontrolle.

Nach der partiellen Öffnung der russischen Archive wissen wir nun auch besser Bescheid über die Motivation der Kremelführung bei der Ablehnung von Marshalls Angebot. Die ersten Reaktionen waren zögerlich und von großer Skepsis gekennzeichnet, aber durchaus nicht gänzlich negativ. Botschafter Nikolai Novikov telegraphierte aus Washington, hinter Marshalls Rede stehe die Bildung „eines Westeuropäischen Blockes“ gegen die Sowjetunion. Molotow vermutete lediglich ein US-Selbstinteresse dahinter und wurde in dieser Ansicht von Stalins Paradeökonom Eugen Varga bestätigt, der in einer Schnellstudie hinter Marshalls Angebot einen Versuch sah, die bevorstehende Krise des Kapitalismus zu verhindern (darauf hatten Stalin und die Kremelführung nach dem Krieg gewartet). Der Kreml bewegte sich also in den üblichen, ideologisch bestimmten Denkkategorien. Molotow und Vertreter der osteuropäischen Klientelstaaten kamen aber trotz dieser Verdachtsmomente Ende Juni nach Paris, um an den gesamteuropäischen Beratungen teilzunehmen. Ablehnen wollte Molotow das amerikanische Angebot doch nicht, ohne den Versuch zu unternehmen, es zum Vorteil der Sowjets zu wenden – hatte man doch in der Sowjetunion und in ihrer Einflußzone die amerikanische Ausbauhilfe dringend nötig²⁵.

24 Am aufschlußreichsten und detailliertesten zu Bevin zentraler Rolle in der Koordination der europäischen Antwort auf Stalins Angebot vgl. Alan Bullock, Ernest Bevin. Foreign Secretary 1945–1951, Oxford–London 1985, S. 393–427; F. C. Pogue (Anm. 8), S. 218–236; Scott D. Parrish, *The Turn Toward Confrontation: The Soviet Reaction to the Marshall Plan, 1947* (Cold War International History Project, Working Paper No. 9), Washington 1994, S. 15 f.

25 Vgl. S. D. Parrish, ebd., S. 14–22; dazu nun auch Vladislav Zubok/Constantine Pleshakov, *Inside the Kremlin's Cold War. From Stalin to Khrushchev*, Cambridge (MA)–London 1996, S. 103–108; Vojtech Mastny, *The Cold War and Soviet Insecurity. The Stalin Years*, New York–Oxford 1996, S. 27–

Die Wende zur Ablehnung und zur danach schnell anlaufenden Propagandakampagne gegen den „amerikanischen Dollar-Imperialismus“ und die „Unterwerfung des Kontinents durch den amerikanischen Monopolkapitalismus“ erfolgte erst in Paris. Molotow kam mit einer Delegation von 100 Mitarbeitern nach Paris, was auf eine ernsthafte Überprüfung des Marshall-Angebots hindeutete. Die schriftlichen Instruktionen an die Delegation waren aber negativ gehalten, da man sich nicht an irgendwelche amerikanischen Konditionen binden lassen wollte. Die Sowjets hofften also, Wirtschaftshilfe für sich und ihre Einflußzone in der Art von *Lend Lease* zu erhalten, „without strings attached“. Sie verlangten, daß jedes Land seine Erfordernisse nach Washington sende, die dann als europäische Forderungen aggregiert werden könnten, ohne mit dem Aufbau multinationaler Institutionen zu beginnen. Zudem verlangte Molotow, daß die Teilnahme der deutschen Westzonen ihre Industriekapazität nicht vergrößern bzw. ihre Reparationszahlungen nicht gefährden dürfe. Molotows Bedingungen waren also den amerikanischen diametral entgegengesetzt. Er arbeitete gezielt auf einen Selbstausschluß der sowjetischen Einflußzone hin. Nach seiner Ablehnung der amerikanischen Vorstellungen in Paris und seiner „Abschiedsrede“, in der er den Westen der Blockbildung anklagte, war es allen klar, daß die anwesenden Osteuropäer nicht teilnehmen könnten. Molotows späteres Fazit, er habe sich in Paris nicht „als Untergebener in die Gesellschaft der Imperialisten ziehen lassen“ wollen, faßt seine persönliche wie politische Perspektive adäquat zusammen²⁶.

Aus detaillierten Spionageberichten wurden Stalin und Molotow die britisch-französische Absteckung der Ziele in Richtung Ausschluß der Sowjets rasch klar. Molotow erhielt noch während der Pariser Tagung eine Zusammenfassung der geheimen britisch-französischen Absprachen, den wirtschaftlichen Wiederaufbau der deutschen Westzonen in den Mittelpunkt des europäischen Wiederaufbaus zu stellen und deshalb keine weiteren Reparationen aus laufender Produktion an die Sowjetunion zuzulassen. Zudem wurde aus diesen Agentenberichten klar, daß man in London und Paris von Anfang an auf den Ausschluß der Sowjetunion und die Teilnahme Osteuropas hinarbeitete. Die Logik der sowjetischen Ablehnungsstrategie in Paris wird daraus klar sichtbar: Man würde dem

29; Albert Resis (Hrsg.), *Molotov Remembers: Inside Kremlin Politics. Conversations with Felix Chuev*, Chicago 1993, S. 61 f.

26 Vgl. S. D. Parrish (Anm. 24), S. 22–31; A. Resis (Anm. 25), S. 62.

Westen nicht erlauben, in der sowjetischen Einflußsphäre in Osteuropa Fuß zu fassen. Und obwohl der Kreml Anfang Juli 1947 noch einige Tage zögerte, die osteuropäischen Klientelstaaten „auf Vordermann zu bringen“, ist klar, daß die Ablehnungsstrategie Moskaus auf Marshalls Angebot endgültig zur Teilung Europas führte²⁷. Das war vom Westen größtenteils auch so intendiert, um die westeuropäische Koordination und Integration nicht zu verzögern.

Der Westen konzipierte den Marshall-Plan also in Richtung *Selbstisolierung* der Sowjetunion. Daß dies zur Teilung Europas führen würde, war voraussehbar und wird jetzt durch die neue Forschung zur sowjetischen Haltung auch bestätigt. Für Stalin war der Marshall-Plan der „Wendepunkt“, wie es die beiden jungen sowjetischen Historiker Vladislav Zubok und Constantine Pleshakov ausdrücken. Der amerikanische Kapitalismus war nicht in eine Krise geschlittert, und die USA würden sich nicht aus Europa zurückziehen. Im Gegenteil, die Amerikaner machten nun den Versuch, dauerhaften Einfluß in Europa zu gewinnen. Dies führte mit zur Blockbildung in Europa und zu einer neuen Welle von Säuberungen in der sowjetischen Einflußsphäre²⁸. Der amerikanische Historiker Vojtech Mastny, einer der besten Kenner Stalins und der sowjetischen Archive meint, daß das langfristige amerikanische Engagement in Europa Stalins „hegemoniales Konzept der internationalen Ordnung“ unterwanderte, in dem „die Sicherheit seines Landes auf Kosten aller anderen ging“. Mastny kommt zu dem Schluß, daß der Westen damit Stalin in die Lage versetzte, seine Klientelstaaten zu zwingen, das amerikanische Angebot abzulehnen. Mit dieser Politik des Westens „leitete er gegen seinen Willen die Teilung des Kontinents in feindliche Blöcke ein“²⁹. Die Gründung des Kominform und die Blockbildung in der Ära des Marshall-Plans waren eine logische Konsequenz der Grundsatzentscheidungen von Paris; sie drückten einer historischen Epoche ihren Stempel auf.

Nach der raschen Koordination der Antwort der Westeuropäer war es klar, daß nunmehr das amerikanische Volk vom Vorhandensein der amerikanischen Ressourcen und vom Eigeninteresse der USA überzeugt werden mußte. Marshalls wahrscheinlich wichtigster Beitrag zum Gelingen des Europäischen Wiederaufbauprogramms, das zuse-

hends mit seiner Person identifiziert wurde, kam mit dem totalen Einsatz seiner Autorität beim „Lobbying“ des Kongresses. Die Bewunderung, die ihm das ganze Land entgegenbrachte, war ein Vertrauensvorschuß, den es in die Akzeptanz für ein 14 Milliarden-Dollar-Projekt umzusetzen galt. Als ob die Westeuropäer auf Kooperation einzuschwören sowie sie von ihren ursprünglichen 28 Milliarden-Dollar-Forderungen auf die Hälfte herunterzubringen³⁰, nicht schon genug Herausforderung gewesen wäre, war der Widerstand des amerikanischen Volkes gegen die Großzügigkeit der Truman-Regierung ein noch größeres Hindernis, das es nun zu überwinden galt. Im März 1948 standen nur knapp die Hälfte der Amerikaner dem Marshall-Plan positiv gegenüber – trotz einer unermüdlichen Publicity-Kampagne unter der Mitwirkung von Marshall selbst, seiner Mitarbeiter im State Department und einer Reihe sehr prominenter Bürgerkomitees, die alle die öffentliche Meinung für die Verabschiedung der Gesetzgebung im Kongreß zu beeinflussen versuchten. Das wichtigste Bürgerkomitee war das *Committee for the Marshall Plan to Aid European Recovery*, das vom früheren Außen- und Kriegsminister Henry Stimson geleitet wurde. Politiker wie Allen Dulles brachten ihre Beziehungsnetzwerke zur Geschäftswelt und ihren Organisationssinn ein, um diese Wende zum vollen und kostspieligen *internationalen Engagement* einer bis dahin eher provinziell orientierten Bevölkerung schmackhaft zu machen³¹.

Marshall reiste Monat für Monat im ganzen Land herum und hielt Reden vor allen möglichen Business-, Farmer- und Bürgergruppen, um ihre oft isolationistische Einstellung zu wenden. Unzählige Male erschienen er und seine Mitarbeiter vor den wichtigsten Kongreßausschüssen, um sie von der Notwendigkeit des Hilfsprogramms zu überzeugen. Marshall selbst bearbeitete unermüdlich den einflußreichen Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Senats, Arthur Vandenberg. Die Hauptargumente waren immer wieder dieselben: Es sei im ureigenen Interesse der amerikanischen

30 Über die weit auseinanderklaffenden Kalkulationen über die notwendigen Mittel in Washington und den europäischen Hauptstädten vgl. Imanuel Wexler, *The Marshall Plan Revisited. The European Recovery Program in Economic Perspective*, Westport (CT) – London 1983, S. 9–24, 57–70.

31 Die interessantesten Arbeiten zur Durchsetzung des Marshall-Plans in der amerikanischen Öffentlichkeit stammen aus deutscher Feder, nämlich die von M. Wala (Anm. 17); vgl. ders., *Selling the Marshall Plan at Home: The Committee for the Marshall Plan to Aid European Recovery*, in: *Diplomatic History*, 10 (1986), S. 247–285.

27 Vgl. Mikhail M. Narinsky, *The Soviet Union and the Marshall Plan*, Cold War International History Project, Working Paper No. 9, Washington 1994, S. 41–51.

28 Vgl. V. Zubok/C. Pleshakov (Anm. 25), S. 50 f.

29 Vgl. V. Mastny (Anm. 25), S. 27.

Wirtschaft, den Welthandel mit US-Hilfe zu beleben; eine mehrjährige Infusion von US-Geldern in die europäischen Industrien und ihre Infrastruktur zur Ankurbelung der europäischen Produktivität sei von größerer Langzeitwirkung als das bisherige Stückwerk der Notstandshilfen. Diese Kampagne zur Durchsetzung des Marshall-Plans war am Ende wahrscheinlich nur erfolgreich, weil sie zunehmend auf die Rhetorik des Antikommunismus ausgerichtet wurde. Am Ende war das Bedrohungsszenario am wirksamsten, daß die Ausbreitung des Kommunismus einem Zusammenbruch Westeuropas auf dem Fuße folgen würde. In der amerikanischen Provinz war eben das manichäische Weltbild vom Kampf zwischen Tyrannei und Freiheit am schlagkräftigsten³².

Wie so oft in der Geschichte des Kalten Krieges kamen die Sowjets zur Hilfe und bestätigten die westlichen Ängste. Der „Prager Putsch“ vom Februar 1948 wurde in Washington als von Moskau ausgehende Unterwanderung und Sturz einer frei gewählten Regierung perzipiert; er war das auslösende Moment im Kongreß, das riesige Gesetzgebungswerk, das den Marshall-Plan in die Tat umsetzte, zügig zu verabschieden. Der Kreml hätte der Publicity-Kampagne keinen größeren Gefallen tun können, als das Image des schleichen- den, subversiven Weltkommunismus zu schärfen. Dean Acheson hat später einmal gegenüber Harry S. Truman festgestellt, „wenn alles schiefzulaufen schien, konnten wir uns immer darauf verlassen, daß uns die Russen mit einer ihrer Narreteien aus der Klemme helfen würden“³³. Das taten sie mit der Nichtteilnahme am Marshall-Plan und mit dem Prager Umsturz.

IV. Fallstudien zur Wirkung des Marshall-Plans in europäischen Ländern

Die gesamte Komplexität des Marshall-Plans kommt voll zur Geltung, wenn man seine Wirkung auf die Volkswirtschaften der 16 Teilnehmerstaaten in Erwägung zieht. „What's good for Uncle Sam is good for the world“: Diese meist unausgesprochene amerikanozentrische, missionarische Sichtweise – die auch manchmal von amerikanischen Historikern perpetuiert wird, die sich nicht mit den politischen Kulturen der Empfängerländer

32 Vgl. F. C. Pogue, in: C. S. Maier/G. Bischof (Anm. 7), S. 76–87; ders. (Anm. 8), S. 237–257.

33 Zitiert in: V. Zubok/C. Pleshakov (Anm. 25), S. 105.

auseinandersetzen – ist besonders im Hinblick auf die Wirkung des Marshall-Plans eher mit Vorsicht zu betrachten.

Das *European Recovery Program* (ERP) mit seinen an der amerikanischen Erfahrung orientierten Vorgaben stieß in jedem Land auf besondere nationale Konstellationen und Traditionen der politischen Ökonomie. Es ist deshalb müßig, über den relativen Erfolg oder Mißerfolg des Marshall-Plans zu diskutieren, ohne nicht diese nationalen Eigenheiten, die oft Widerstände gegen die amerikanischen Marshall-Pläne vor Ort erzeugten, in Betracht zu ziehen³⁴. Die Westeuropäer brauchten zweifelsohne die amerikanischen Hilfslieferungen und Kredite, um sich rascher aus der Wirtschaftsmisere herauszuarbeiten, und hießen deshalb wohl oder übel die Amerikaner willkommen. Gleichzeitig versuchte man aber das Ausmaß der amerikanischen Hilfeleistung zu bagatellisieren, um gegenüber der eigenen Bevölkerung nicht die Abhängigkeit vom amerikanischen Geldtropf eingestehen zu müssen. Wie jede Abhängigkeit waren „Coca-Kolonialisierung“, „Kaugummiimperialismus“ oder „Marilyn Monroe-Doktrin“ ein zweischneidiges Schwert – auf der einen Seite frönte vor allem der kleine Mann unverhohlen dem von Amerika gespendeten Konsum und genoß den neuen Wohlstand mit Jazz und Hollywood; auf der anderen Seite lehnten vor allem die traditionellen Eliten die amerikanische Bevormundung ab, die aus den vom Kongreß ins ERP-Programm geschriebenen Auflagen erwuchs³⁵.

Der Platz gestattet es hier nicht, ausführlicher auf die Auswirkungen des ERP auf alle 16 Teilnehmerstaaten einzugehen und noch viel weniger, das komplexe Gebäude der Integrationseffekte darzustellen (vor allem die Europäische Zahlungsunion). Die Marshall-Mittel und deren Einsatz unterschieden sich von Land zu Land. Die großen und bevölkerungsreichsten Länder Großbritannien (3,4 Mrd. Dollar), Frankreich (2,8 Mrd. Dol-

34 Es ist der große Verdienst von Alan S. Milward (Anm. 8), daß er auf Grundlage seiner beeindruckenden multinationalen Archivrecherchen zu differenzieren weiß und wie kein anderer die Spezifika aller Teilnehmerländer in seine Forschungen mit einbezieht.

35 Vgl. Geir Lundestad, *Empire by Invitation? The United States and Western Europe, 1945–1952*; in: *Journal of Peace Research*, 23 (1986), S. 263–277; Reinhold Wagenleitner, *Coca-Colonisation und Kalter Krieg. Die Kulturmission der USA in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg*, Wien 1991; Robert Frank, *The French Dilemma: Modernization with Dependence or Independence and Decline*, in: Josef Becker/Frank Knipping (Hrsg.), *Power in Europe? Great Britain, France, Italy and Germany in a Postwar World, 1945–1950*, Berlin – New York 1986, S. 263–281.

lar), Italien (1,5 Mrd. Dollar) und Westdeutschland (1,4 Mrd. Dollar) erhielten die bedeutendsten Zuschüsse. Die kleinen Länder profitierten aber mehr davon (pro Kopf in US-Dollar): Norwegen (136), Österreich (131), Griechenland (128), Niederlande (111) – zum Vergleich: Großbritannien (53), Frankreich (71), Italien (30) und Westdeutschland (18)³⁶. Während also die großen Länder den Löwenanteil erhielten, hatten die ERP-Mittel in Staaten wie den Niederlanden und Österreich tiefreichendere Auswirkungen, repräsentierte die US-Hilfe 1948/49 dort doch 10,8 Prozent bzw. 14 Prozent des nationalen Einkommens (im Vergleich dazu waren es bei den Schweden 0,3 Prozent, bei den Belgiern/Luxemburgern 0,6 Prozent, bei den Deutschen 2,8 Prozent und bei den Franzosen 6,0 Prozent³⁷). Die Isländer setzten 41,8 Prozent, die Belgier/Luxemburger 35,8 Prozent und die Norweger 25,7 Prozent der ERP-Mittel zum Import von Maschinen, Fahrzeugen sowie Eisen- und Stahlprodukten ein; die Westdeutschen hingegen nur 3,3 Prozent, die Briten 8,8 Prozent und die Österreicher 11,3 Prozent.

Die von den Zerstörungen des Krieges, dem Zusammenbruch des Austausches zwischen Stadt und Land und den daraus resultierenden Schwarzmärkten besonders betroffenen Deutschen, Österreicher und Italiener bezogen indessen unverhältnismäßig hohe ERP-finanzierte Nahrungsmittelimporte (die Österreicher 1949 77,7 Prozent der gesamten ERP-Importe; die Italiener 35,2 Prozent und die Westdeutschen 48,6 Prozent)³⁸.

Noch komplexer wird das Bild, wenn man den Einsatz der für einheimische Investitionen durch den Verkauf von Marshall-Plan-Gütern geschaffenen Gegenwertmittel in Betracht zieht. Frankreich und Westdeutschland³⁹ verwendeten den Großteil ihrer Mittel für Investitionen; auch Österreich und die Niederlande hatten hohe Investitionsanteile (50 Prozent bzw. 38 Prozent)⁴⁰. Die Briten⁴¹ und Nor-

36 Die Gesamtzahlen unterscheiden sich bei den verschiedenen Autoren, da diese die Statistiken verschiedener Berichtszeiträume berücksichtigen. Die USA vergaben insgesamt 13–14 Mrd. Dollar im ERP. Zu den Hilfen an die einzelnen Länder vgl. G. Hardach (Anm. 3), S. 244 f., zu den pro-Kopf-Überweisungen vgl. Günter Bischof, *Foreign Aid and Austria's Economic Recovery after World War II*, in: Werner J. Feld (Hrsg.), *New Directions in Economic and Security Policy*, Boulder – London 1985, S. 86 (basierend auf einem weit ausführlicheren unveröffentlichten Seminaufsatz).

37 Vgl. A. S. Milward (Anm. 8), S. 96 f.

38 Vgl. ebd., S. 102–104.

39 Vgl. dazu vor allem die Aufsätze in C. S. Maier/G. Bischof (Anm. 7) sowie Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), *Marshallplan und westdeutscher Wiederaufstieg*, Stuttgart 1990.

40 Vgl. A. S. Milward (Anm. 8), S. 108 f. und verschiedene Aufsätze in: *Le Plan Marshall* (Anm. 20).

weger setzten ihre Mittel zum Großteil zur Rückzahlung der Staatsschulden ein; Pikanterie am Rande: Norwegen hatte eine Staatsschuld, die zu einem Gutteil auf die ungedeckten Ausgaben der deutschen Besatzer während des Krieges zurückging⁴². Für die Schweizer – die, wie man heute weiß vom Krieg profitierten und der amerikanischen Hilfe nicht bedurften – war die Teilnahme am ERP wichtig zur Einbettung ins europäische Handelsgeflecht. Die Griechen gerieten am ehesten in quasi-koloniale Dependenz, wurden doch hier die Mittel – oft versteckt – zum Einsatz im Bürgerkrieg gegen die Kommunisten verwandt⁴³.

Ein zeitgenössischer Beobachter hat die Leistungen des Marshall-Plans plastischer dargestellt, als dies die Statistiken können. In jedem Land gab es Großprojekte, die von den ERP-Mitteln besonders profitierten: In Sardinien wurden Sümpfe zur Malariaabekämpfung trockengelegt; in den Niederlanden wurde die Zuidersee mit neuen Deichen versehen und so Land fruchtbar gemacht; Frankreich wurde mit der Mechanisierung von Kohlegruben und dem Bau von Wasserkraftwerken elektrifiziert; die Türkei wurde durch die Lieferung neuer Pflüge, Traktoren und Eisenbahnen modernisiert; selbst die afrikanischen Kolonien der Europäer profitierten von der Erschließung neuer Rohstoffe⁴⁴.

Im folgenden soll etwas näher auf den Einsatz und die Auswirkungen der ERP-Mittel in Frankreich und Österreich eingegangen werden. Beide galten als vom Kommunismus besonders gefährdet – das große Frankreich wegen seiner mächtigen kommunistischen Partei; das kleine Österreich wegen seiner geopolitischen Frontlage, da der Eisernen Vorhang – wie in Deutschland – auch hier mit der sowjetischen Besatzungszone mitten durchs Land ging. Die Bedeutung, die man diesen Staaten in Washington im wirtschaftlichen Überlebenskampf beimaß, ist daraus ersichtlich, daß man ihnen (zusammen mit Italien) im Dezember 1947 577 Millionen Dollar an Notstandshilfe zur Verfügung stellte, um die Zeit bis zum Einsatz des Marshall-Plans zu überbrücken.

41 Vgl. Henry Pelling, *Britain and the Marshall Plan*, London 1988.

42 Vgl. Helge Pharo, *The Marshall Plan and the Modernization of the Norwegian Economy*, in: *Le Plan Marshall* (Anm. 20), S. 591–606.

43 Vgl. Antoine Fleury, *Le Plan Marshall et Économie Suisse*, und Georges Stathakis, *The Marshall Plan in Greece*, ebd., S. 549–554; 577–590.

44 Vgl. Theodore White, *Fire in the Ashes. Europe in Mid-Century*, New York 1953, S. 67; ders., *In Search of History. A Personal Adventure*, New York 1978, S. 347–402.

Frankreich

Frankreich erhielt aus politischen Gründen mehr Marshall-Plan-Mittel, als es wirtschaftlich notwendig gehabt hätte. Der Marshall-Plan erlaubte es den Franzosen, über ihre Verhältnisse zu leben und harte Sparmaßnahmen vor sich herzuschieben. 1948/49 wurde jede Quartalsfreigabe von Mitteln zum Überlebenskampf der Regierung Henri Queuille, die allerdings die US-Dollar lieber dazu verwendete, Budgetdefizite zu stopfen, als unpopuläre Steuererhöhungen vorzunehmen. Man kann diese generösen Hilfeleistungen aber auch anders interpretieren: „1948/49 waren die schlimmsten Jahre französischer Dependenz und Machtlosigkeit“, meint Robert Frank⁴⁵. Die amerikanischen Berater in Paris kamen aber schnell darauf, daß sie in der Beeinflussung der französischen Wirtschafts- und Finanzpolitik selber machtlos waren und die Hunderte von Millionen US-Dollar meist nicht, wie u. a. vorgesehen, zur Inflationsbekämpfung eingesetzt wurden. Die Amerikaner unternahmen in Frankreich weit größere Anstrengungen, ihr Ziel einer anti-inflationistischen Budgetkonsolidierung zu erreichen, als etwa in Großbritannien; der Erfolg war jedoch eher bescheiden. Da Frankreich für die Integration der europäischen Wirtschaft eine Vorreiterrolle spielen sollte, war sein hinhaltender Widerstand in der Verfolgung von Washingtons Zielvorgaben besonders enttäuschend⁴⁶.

Die Amerikaner hatten mehr Erfolg damit, die Franzosen auf ihre politischen Ziele in Deutschland einzuschwören und den französischen Widerstand gegen den raschen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu brechen. Mit dem Beginn des Marshall-Plans wurde die französische Zone mit der britisch-amerikanischen Bizone verschmolzen und der Gründung der Bundesrepublik stand nichts mehr im Wege. Die Marshall-Gelder wurden im Grunde genommen der „Ersatz für deutsche Reparationen“⁴⁷ und trugen dazu bei, die

Rückkehr Deutschlands in die Völkerfamilie in Frankreich akzeptabler zu machen.

Es ist eine gewisse Ironie der Geschichte des Marshall-Plans, daß die amerikanischen Planer (die oft mit dem *New Deal* als Ideal nach Europa kamen⁴⁸) von den Franzosen so enttäuscht wurden, als sie den Großteil ihrer Mittel in die *planification* des Monnet-Plans investierten. Die Amerikaner wollten eine langfristige Wirtschaftsplanung nach eigenen Vorstellungen, aber die Franzosen hatten mit dem Monnet-Plan bereits einen Konsens über klare planerische Zielvorgaben entwickelt, und zwar schon, bevor die USA sich in Europa zu engagieren begannen. Frankreich schien sich in den Augen der Beauftragten der European Cooperation Administration (ECA) in den Jahren 1948/49 dauernd am Rande des wirtschaftlichen Ruins zu bewegen. Die verschiedenen Regierungen weigerten sich in der Regel, den Marshall-Plan-Beratern nachzugeben und strikte Deflationspolitik zu betreiben, um die Finanzen zu stabilisieren. Die Franzosen weigerten sich auch, eine restriktivere Kreditpolitik zu betreiben, Steuern zu erhöhen, das Steuerwesen zu reformieren und die regelmäßigen Steuerhinterziehungen der Reichen ernsthaft zu bekämpfen, um das Budget ins Lot zu bringen. Da verließ man sich lieber auf die Notenpresse, auf die *Banque de France* und immer wieder auch auf die ERP-Mittel als letztem Ausweg, um den finanziellen Kollaps sowie den der IV. Republik abzuwenden.

Die ECA-Mission in Frankreich unter David Bruce mußte bald feststellen, daß sie den Franzosen nicht ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik diktieren konnten, und sich die ERP-Gelder auch schlecht als Druckmittel verwenden ließen⁴⁹. Die Amerikaner fanden wenig Gefallen daran, daß die staatlichen Betriebe 37 Prozent des Bruttonationalprodukts schufen, während die Produktivität der französischen Wirtschaft lediglich ein Viertel dessen erreichte, was die Amerikaner vorgesehen hatten. Die Löhne der Arbeiter blieben 28 Prozent unter dem Wert von 1938⁵⁰.

45 Vgl. R. Frank (Anm. 3).

46 Vgl. Irwin M. Wall, *The United States and the Making of Postwar France, 1945–1954*, Cambridge – New York 1991; William Burr, *Marshall Planners and the Politics of Empire: The United States and French Financial Policy, 1948*, in: *Diplomatic History*, 15 (1991), S. 495–552; Chiarella Esposito, *America's Feeble Weapon. Funding the Marshall Plan in France and Italy, 1948–1950*, Westport (CT) – London 1994, sowie die hervorragenden Aufsätze zu Frankreich in: *Le Plan Marshall* (Anm. 20), S. 129–358.

47 Ch. Esposito, ebd., S. 6; vgl. dazu auch die Aufsätze von Michael Hogan, Thomas A. Schwartz und Raymond Poidevin in: C. S. Maier/G. Bischof (Anm. 7), S. 139–250, 371–400. Zum weit positiveren Bild der französischen Deutschlandpolitik, als es von John Gimbel gezeichnet wurde (*The Origins of the Marshall Plan*, Stanford 1976), vgl. Heike Bungert,

A New Perspective on French-American Relations during the Occupation of Germany, 1945–1948: Behind-the-Scenes Diplomatic Bargaining and the Zonal Merger, in: *Diplomatic History*, 18 (1994), S. 333–352, sowie jüngst Rainer Hudemann, *Reparationsgut oder Partner? Zum Wandel in der Forschung über Frankreichs Deutschlandpolitik nach 1945*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 6/97, S. 21–40.

48 Vgl. Michael J. Hogan, *American Marshall Planners and the Search for a European Neocapitalism*, in: *American Historical Review*, 90 (1985), S. 44–72.

49 Vgl. I. M. Wall (Anm. 46), S. 158–172; Ch. Esposito (Anm. 46).

50 Vgl. J. M. Wall (Anm. 46), S. 180.

Die französischen Regierungen leisteten hinhalten den Widerstand gegen den amerikanischen Druck, die Löhne der Arbeiter zu erhöhen, die meist hinter den Inflations- und Preisschüben hinterherhinkten. Vor allem im Jahre 1950 begannen die ECA-Offiziellen, eine Verschiebung der Prioritäten in der Vergabe der Mittel in Richtung Konsumartikel, Wohnungen, Schulen oder Spitäler zu verlangen. In Washington glaubte man, „eine bessere Wohnungssituation und eine Überschwemmung des Landes mit Konsumgütern seien die beste Medizin gegen das Gift des Kommunismus“⁵¹. Die Franzosen hielten jedoch an ihren Prioritäten der Modernisierung ihrer Wirtschaft fest, was ihnen auf längere Sicht auch mehr Unabhängigkeit gegenüber amerikanischer Einflußnahme gab. Zudem verschoben sich die amerikanischen Zielsetzungen mit dem Ausbruch des Koreakrieges dramatisch. Es kam zur *Militarisierung* des Marshall-Plans. Die Prioritäten Washingtons in dieser Phase des offenen Kampfes gegen den Kommunismus in Asien wirkten sich auch in Europa aus in Richtung auf eine rasche Wiederbewaffnung des Kontinents. Auch in Frankreich wurde nun der größte Teil der amerikanischen MSA-Mittel (nach der *Mutual Security Agency*, der Nachfolgeorganisation des ERP benannt) ins Militärbudget gesteckt. Da Frankreich nicht nur in der NATO eine zentrale Rolle zu spielen hatte, sondern in Indochina einen Stellvertreterkrieg gegen den Weltkommunismus führte, ging die Hälfte aller MSA-Mittel an die Franzosen. Zugleich ging aber auch hier der endlose Kampf gegen den amerikanischen Interventionismus in ureigenste staatliche Belange – wie das Verteidigungsbudget – weiter. „Es war schon ironisch“, meint der amerikanische Historiker Irwin Wall, „daß der Korea-Krieg gerade in dem Moment dazwischen kam, als die ECA-Mission endlich dahingehend Erfolg hatte, wirklichen Druck zur Erhöhung der Sozialausgaben auf die Franzosen auszuüben“⁵².

Österreich

In einem Witz heißt es, der Unterschied zwischen dem deutschen und dem österreichischen Wirtschaftswunder nach dem Krieg sei, daß die Deutschen dafür gearbeitet hätten. Der Scherz sagt

51 Vgl. Irwin M. Wall, in: *Le Plan Marshall* (Anm. 20), S. 139.

52 Ebd., S. 139–142; Ch. Esposito (Anm. 46), S. 91–119; zur „Militarisierung“ der USA nach dem Krieg vgl. Chester J. Pach, Jr., *Arming the Free World. The Origins of the United States Military Assistance Program, 1945–1950*, Chapel Hill 1991; Michael S. Sherry, *In the Shadow of War. The United States since the 1930s*, New Haven – London 1995.

allerdings mehr über das Stereotyp des sprichwörtlichen Wiener *laissez faire* aus als über die Realitäten. Tatsache ist, daß das österreichische Wirtschaftswunder nach dem Krieg so beeindruckend wie das deutsche war. Im Falle Österreichs waren drei Hauptmerkmale entscheidend: Erstens, Hitlers und Görings Modernisierung der österreichischen Industrie während des Krieges; zweitens die amerikanischen Hilfsleistungen nach dem Krieg; drittens die große Arbeitsleistung der Aufbaugeneration, die gleichzeitig auch die Kriegsgeneration war und im Vorwärtsschauen und in der harten Arbeit wohl auch die Rückschau auf ihren Anteil an Hitlers Krieg vergessen machen wollte.

Frankreich und Österreich hatten jeweils den höchsten staatlichen Industrieanteil in Westeuropa – in Österreich betrug er ca. 50 Prozent. Das hatte auch damit zu tun, daß die Westalliierten der österreichischen Regierung erlaubten, das in ihren Zonen gelegene „deutsche Eigentum“ zu verstaatlichen, nachdem es die Sowjets in ihrer Zone im Juli 1946 an sich gerissen hatten, um es mittels „Reparationen aus laufender Produktion“ auszu-beuten. Die Nationalsozialisten hatten in der „Ostmark“ vor allem in die Kriegsrüstung investiert und hinterließen daher eine modernisierte Schwerindustrie, die als „Paradeindustrie“ in die verstaatlichte österreichische Wirtschaft nach dem Krieg eingehen sollte. Folgt man dem *U.S. Strategic Bombing Survey*, so überlebten auch in Österreich diese Industrien den alliierten Bombenhagel besser, als man ursprünglich dachte⁵³.

Schon 1945 richtete die österreichische Regierung ein neues Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung sowie eine Kreditlenkungs-kommission ein, die (wie der Monnet-Plan in Frankreich) bis 1947 bereits Pläne für alle wichtigen Industriesektoren erstellt hatte. Österreich war deshalb – wie Frankreich – für das amerikanische Hilfsangebot besonders gut gerüstet, da die wesentliche Langzeitplanung und Prioritätenordnung bereits vor Marshalls Angebot feststand. Margarethe Ottlinger, die junge Ökonomin, die der Planungssektion vorstand (und die 1948 von den Sowjets verschleppt wurde und ihr Engagement für den Marshall-Plan in sowjetischen Straflagern „absaß“), stellte die Bedeutung der ERP-Mittel in den richtigen Rahmen: „Mit dem Wirksamwerden des Marshall-Planes hat die österrei-

53 Vgl. *U. S. Strategic Bombing Survey, The Effects of Strategic Bombing on the German War Economy*, October 31, 1945; ders., *Over-all Report (European War)*, September 30, 1945.

chische Wirtschaftsplanung die Möglichkeit, ihre Gedanken und Ideen in die Tat umzusetzen⁵⁴.

Selbst Alan Milward konzidiert, daß Österreich ein Ausnahmefall war⁵⁵. Der Marshall-Plan hatte wahrscheinlich in Österreich einen größeren Anteil an der Beschleunigung der wirtschaftlichen Rekonstruktion als in irgendeinem anderen ERP-Land. Obwohl die Zahlen für die österreichische Ostzone noch nicht gesichert sind, kann man sagen, daß die Amerikaner mit ihren etwa eineinhalb Milliarden Dollar wahrscheinlich ungefähr soviel in die drei Westzonen hineinsteckten, als die Sowjets aus ihrer Zone an Reparationen herausholten. Obwohl 81 Prozent der Mittel in den Westzonen investiert wurden, erhielt die österreichische Ostzone als einziges von den Sowjets kontrolliertes Gebiet in Europa ERP-Mittel. Man wollte verhindern, das Land mit den Marshall-Geldern zu teilen, da man zur selben Zeit ja schon über einen österreichischen Friedensvertrag verhandelte⁵⁶.

Die Österreicher und die Deutschen hungerten nach dem Kriege und mußten bis 1947 mit den geringsten Lebensmittelrationen in Europa auskommen. Erst 1948 stiegen in Österreich die Tagesrationen auf über 2000 Kalorien⁵⁷. Im Jahre 1946 produzierte die österreichische Landwirt-

schaft nur 60 Prozent der Nahrungsmittel (erst 1953 erreichte sie wieder ihre Produktionszahlen von 1933); die US-Hilfsmittel kamen für den Rest auf (im Jahre 1946 gab es Monate, in denen die UNRRA 80 Prozent der spärlichen Lebensmittelrationen lieferte). Das ist auch der Grund, weshalb in Österreich drei Viertel der ERP-Lieferungen im ersten Jahr des Marshall-Plans für Lebensmitleinfuhren aufgewandt wurden, was bei weitem der höchste Anteil in Europa und keineswegs in der Intention der Marshall-Planer gelegen war, die auf *reconstruction* und nicht auf *relief* Wert legten⁵⁸.

Die ERP-Mittel waren in Österreich vor allem wichtig für die Überwindung der Engpaßbereiche. Der Energienotstand war in Österreich im Winter 1946/47 besonders drastisch, Ruhr- und polnische Kohle hielten die österreichische Industrie am Leben. Der Marshall-Plan war deshalb besonders wichtig für den Ausbau der heimischen Energiequellen⁵⁹. 1946 mußten 88 Prozent der österreichischen Importe aus Auslandshilfsmitteln finanziert werden, 1949 war es immer noch die Hälfte⁶⁰.

Wie im Falle Frankreichs waren in Österreich die Prioritäten der einheimischen Regierungen denen der ECA-Beamten oft diametral entgegengesetzt. Dementsprechend reagierte die österreichische Regierung, wenn die ECA-Beamten versuchten, direkt zu intervenieren und „wirtschaftspolitischen Nachhilfeunterricht“ zu geben. Man weigerte sich, amerikanischem Druck zur radikalen Stabilisierung der österreichischen Finanzen nachzugeben und drastische Budgetkürzungen vorzunehmen⁶¹. Die Regierung von Leopold Figl stemmte sich dagegen, Beamte zu entlassen, die Bundesbahn zu reorganisieren und den Geldumlauf zu beschneiden, um die Inflation einzudämmen. Die Österreicher hatten wohl ihre Lehren aus dem Fiasco mit deflationistischen Radikalkuren in den dreißiger Jahren gezogen. Der ECA-Chef in Wien mag so unrecht nicht gehabt haben, als er sich in Washington darüber beklagte, daß die Wiener Regierung „mehr um das Wohl der Beamten besorgt (sei), als um das des österreichischen Volkes“. Den amerikanischen Experten fehlte eben meist der Sinn für

54 Siegrid Hollerer, Verstaatlichung und Wirtschaftsplanung in Österreich (1946–1949), Wien 1974, S. 165; Felix Butschek, Die österreichische Wirtschaft 1938–1945, Stuttgart 1945; Hermann Freudenberger/Radomir Luza, National Socialist Germany and the Austrian Industry, 1938–1945, in: William E. Wright (Hrsg.), Austria since 1945, Minneapolis 1982, S. 96 ff.; zur „regressiven Modernisierung“ in der NS-Zeit vgl. Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien 1994, S. 348–362; Günter Bischof, Der Marshallplan und Österreich, in: Zeitgeschichte, 17 (1990), S. 463–474.

55 Vgl. A. S. Milward (Anm. 8), S. 112; zu den Vorteilen, die Österreich aus seiner „Sonderfall“-Position erwachsen, vgl. Florian Weiß, Die schwierige Balance. Österreich und die Anfänge der westeuropäischen Integration 1947–1957, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (VJZ), 42 (1994), S. 71–94.

56 Vgl. Wilfried Mähr, Der Marshall-Plan in Österreich, Graz – Wien 1989; Franz Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945–1955, Wien 1955; Fritz Weber, Österreichs Wirtschaft in der Rekonstruktionsphase nach 1945, in: Zeitgeschichte, 14 (1987), S. 267–298; Günter Bischof, Between Responsibility and Rehabilitation; Austria in International Politics 1940–1950, Diss., Harvard University 1989; Manfred Rauchensteiner, Der Sonderfall: Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1995, Graz – Wien 1979.

57 Es ist eine groteske Verdrehung der Geschichte und eine radikale Umkehrung der gesamten Historiographie zu diesem Thema, das Hungerleiden in Mitteleuropa nicht den Zerstörungen des von Hitler verursachten Krieges, sondern den Amerikanern anzulasten, wie das der kanadische Publizist James Bacque tut; vgl. ders., Der geplante Tod, Berlin 1990; ders., Verschwiegene Schuld, Berlin 1995.

58 Vgl. W. Mähr (Anm. 56), S. 26–41; G. Bischof (Anm. 36), S. 83 f.

59 Vgl. Georg Rigele, Kaprun. Das Kraftwerk des österreichischen Wiederaufbaus, in: Wolfgang Kos/Georg Rigele (Hrsg.), Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1996, S. 311–328. Vorbildhaft die mikroökonomischen oder sektoralen Fallstudien zu Frankreich, in: Le Plan Marshall (Anm. 20), S. 247–334.

60 Vgl. G. Bischof (Anm. 36), S. 84 f.

61 Vgl. Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, (1953) 5, S. 164; F. Nemschak (Anm. 56), S. 24.

die dortigen Traditionen. In Wien weigerte man sich – wie in Paris – nach „einer ausländischen Pfeife zu tanzen“⁶².

Das amerikanische Verkennen der eigenständigen österreichischen Traditionen wird besonders augenfällig am Beispiel ihres Versuchs einer Produktivitätskampagne in Österreich, die im Jahre 1950 begann. Es gelang der ECA nicht, den österreichischen Kammerstaat und die Kartellmentalität abzubauen, zum Teil auch deshalb nicht, weil die ECA-Berater lieber mit den konservativen Kräften und der Industriellenvereinigung zusammenarbeiteten als mit den Sozialisten und den Gewerkschaften. So kam der *productivity drive* nur vereinzelt auf der betrieblichen Ebene zum Tragen, aber nie gesamtwirtschaftlich. Hier stießen die unterschiedlichen sozialpolitischen Traditionen aufeinander⁶³.

Auf dem Sektor der Produktivitätskampagnen und deren Erfolg bzw. Mißerfolg in verschiedenen Ländern wird es in der zukünftigen Forschung noch weiterer Länderstudien bedürfen, um zu gesicherten Aussagen zu gelangen. Überhaupt sind differenzierende Länderstudien zu allen hier angeschnittenen Problemen der Auswirkungen des Marshall-Plans in Europa ein Desiderat der Forschung. Es wäre etwa zu untersuchen, wie sich die im Laufe der vier Jahre des Marshall-Plans oft schnell und dramatisch ändernden Ziele und Methoden der Amerikaner auf einzelne Länder ausgewirkt haben, wie dies Gerd Hardach für Deutschland erarbeitet hat (1948/49 – Wiederaufbau; 1949/50 – Integration; 1950/52 – gemeinsame Sicherheit)⁶⁴.

Die Forschungen zum Marshall-Plan sind in den letzten Jahren auch auf Problemstellungen einge-

gangen, die hier nicht weiter ausgeführt werden konnten. Vor allem die Analysen über die Auswirkungen des ERP auf die europäische Integration haben bedeutende Fortschritte gemacht⁶⁵. Wir wissen auch mehr über die *Schattenseiten* des Marshall-Plans, nämlich u. a. über die Unterwanderung des ERP durch die *Central Intelligence Agency*. Vor allem während des Korea-Krieges mutierte das Wirtschaftsprogramm zur europäischen Rekonstruktion zunehmend zum Kampf gegen den Weltkommunismus⁶⁶. Der Marshall-Plan spielte aber auch eine zentrale Rolle bei der Teilung Europas durch das Einfrieren des Handels mit Osteuropa über äußerst restriktive Handelskontrollen (Stichwort COCOM)⁶⁷. Die von den Sowjets verhinderte Teilnahme der osteuropäischen Länder wirft bis heute ihre Schattenseiten auf diese Volkswirtschaften, da sie sich immer noch nicht von ihrem Rückstand gegenüber Westeuropa erholt haben⁶⁸. Die andauernde Faszination des Themas „Marshall-Plan“ hat wohl auch mit all diesen unterschiedlichen Sonnen- und Schattenseiten des europäischen Wiederaufbaus zu tun.

65 Vgl. Barry Eichengreen (Hrsg.), *Europe's Post-war Recovery*, Cambridge 1995; Helge Berger/Albrecht Ritschl, Die Rekonstruktion der Arbeitsteilung in Europa. Eine Sicht des Marshallplans in Deutschland 1947–1951, in: *VJZ*, 43 (1995), S. 472–519; die Aufsätze von Pierre Mélandri und Alan Milward, in: *Le Plan Marshall* (Anm. 20), S. 623–650; für Österreich die Aufsätze von Florian Weiß und Günter Bischof, in: Michael Gehler/Rolf Steininger (Hrsg.), *Österreich und die Europäische Integration*, Wien – Köln 1993, S. 21–54, S. 425–450; dazu auch David W. Ellwood, *Rebuilding Europe. Western Europe, America and Postwar Reconstruction*, London – New York 1992; Wolfram Kaiser, *Using Europe, Abusing the Europeans. Britain and European Integration, 1945–1963*, Houndmills – London 1996.

66 Vgl. Sallie Pisani, *The CIA and the Marshall Plan*, Lawrence (KS) 1991; Richard J. Aldrich, *OSS, CIA and European Unity; The American Committee on United Europe, 1948–1960*, in: *Diplomacy & Statecraft*, 8 (1997), S. 184–228; vgl. auch die jüngst erschienenen Memoiren des stellvertretenden Direktors des ECA-Washington Bureau Richard M. Bissel Jr., *Reflections of a Cold Warrior. From Yalta to the Bay of Pigs*, New Haven – London 1996, S. 30–73.

67 Vgl. Annie Lacroix-Riz, *Plan Marshall et Commerce Est-Ouest: Continuités et Ruptures*, in: *Le Plan Marshall* (Anm. 20), S. 651–683; für Österreich, das als traditioneller Handelspartner Ostmitteleuropas unter diesen Auflagen besonders litt, vgl. Arno Einwitschläger, *Amerikanische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945–1949*, Wien – Köln 1986.

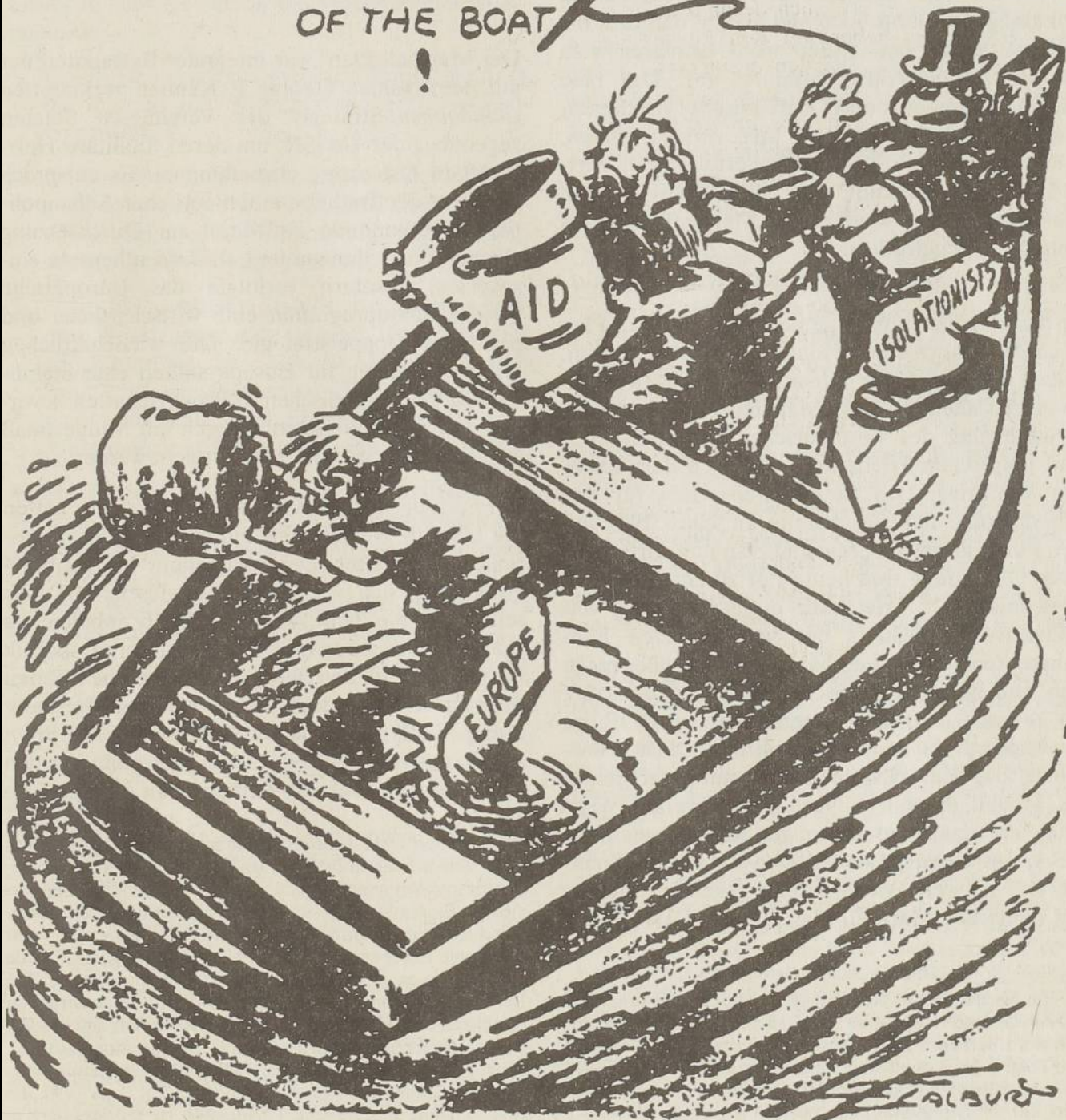
68 Zu den osteuropäischen Volksdemokratien und dem Marshall-Plan vgl. die Aufsätze von Jiří Kosta (zur Tschechoslowakei) und Othmar Nikola Haberl (zu Jugoslawien) in: O. N. Haberl/L. Niethammer (Anm. 20), S. 165–186, 313–335; Martin Goldsmith-Zaimov (Bulgarien) und Alice Teichova (Tschechoslowakei), in: *Le Plan Marshall* (Anm. 20), S. 99–118; Sheldon Anderson, *Poland and the Marshall Plan, 1947–1949*, in: *Diplomatic History*, 15 (1991), S. 473–494.

62 Vgl. Wilfried Mähr, *Der Marshallplan in Österreich: Tanz nach einer ausländischen Pfeife?*, in: Günter Bischof/Josef Leidenfrost (Hrsg.), *Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945–1949*, Innsbruck 1988, S. 245–272.

63 Vgl. den für die österreichische Marshall-Plan-Forschung bahnbrechenden Aufsatz von Kurt Tweraser, *Marshallplan, Sozialpartnerschaft und Produktivität in Österreich*, in: Thomas Albrich u. a. (Hrsg.), *Österreich in den Fünfzigern*, Innsbruck – Wien 1995, S. 211–236; zum sehr mäßigen Erfolg der Produktivitätskampagne in Großbritannien vgl. Anthony Carew, *Labour under the Marshall Plan. The Politics of Productivity and the Marketing of Management Science*, Manchester 1987; vgl. ferner Richard F. Kuisel, *The Marshall Plan in Action. Politics, Labor, Industry and the Program of Technical Assistance*, in: *Le Plan Marshall* (Anm. 20), S. 335–358.

64 Vgl. G. Hardach (Anm. 3), S. 164, 241 ff.

WHY
SHOULD WE
HELP? THE LEAK
IS IN HIS END
OF THE BOAT



Talburt. World Journal Tribune (New York).

50 Jahre Marshall-Plan in Deutschland

Als der amerikanische Außenminister George C. Marshall am 5. Juni 1947 an der Harvard-Universität eine Initiative zum europäischen Wiederaufbau ankündigte¹, konnte niemand ahnen, daß dies die Geburtsstunde des bisher wohl erfolgreichsten internationalen Hilfsprogramms war. Das bald Marshall-Plan genannte Europäische Wiederaufbauprogramm (*European Recovery Program*, ERP) wurde zum Synonym für erfolgreiche Wirtschaftshilfe überhaupt. Bezeichnenderweise wird bis heute immer wieder ein „Marshall-Plan“ als Patentrezept gefordert.

In der Bundesrepublik genießt der Marshall-Plan auch heute noch eine besonders große Popularität. Diese ergibt sich vor allem aus der engen zeitlichen Parallelität von Marshall-Plan und der Grundlegung des westdeutschen wirtschaftlichen und politischen Wiederaufstiegs nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Bundesministerium für den Marshallplan hat dies bereits im Jahre 1951 auf den Punkt gebracht: „Marshallplan und wirtschaftliche Gesundung sind heute fast zu einem Begriff verschmolzen.“² Wie stark diese Erfahrung das kollektive Gedächtnis der westdeutschen Führungseliten geprägt hat, belegen etwa Äußerungen von Außenminister Genscher aus dem Jahre 1990, als er nach dem Zusammenbruch der DDR im Hinblick auf die zu lösenden wirtschaftlichen Probleme das Europäische Wiederaufbauprogramm als Modell empfahl: „Nach dem Zweiten Weltkrieg hat uns unser damaliger Kriegsgegner, die USA, mit einem Marshall-Plan die Anstoßfinanzierung für den Wiederaufbau gegeben. Jetzt ist ein deutscher Marshall-Plan für die DDR gefordert.“³

1 Ein Mitschnitt der Rede ist als Audiokassette erhältlich bei der George C. Marshall Foundation in Lexington, Virginia; hier zitiert nach der deutschen Übersetzung, in: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Bd. 25: Der Zerfall der alliierten Koalition, Berlin o. J. (1977), S. 208–211.

2 Bundesminister für den Marshallplan, Fünfter und Sechster Bericht der Deutschen Bundesregierung über die Durchführung des Marshallplanes, Bonn 1951, S. 19.

3 Hans-Dietrich Genscher vor der Landesversammlung der F.D.P. Niedersachsens am 17. März 1990, in: Der Bundesminister des Auswärtigen. Mitteilungen für die Presse, 17. März 1990.

Die Schlüsselrolle Westdeutschlands

Der Marshall-Plan⁴ war integraler Bestandteil der mit dem Namen George F. Kennan verknüpften *Containment*-Strategie der Vereinigten Staaten gegenüber der UdSSR, um deren totalitäre Herrschaft in Osteuropa einzudämmen. Es entsprach durchaus der Tradition amerikanischer Außenpolitik, die Ökonomie als Mittel zur Durchsetzung eigener Vorstellungen und als Krisentherapie einzusetzen. Insofern verfolgte das Europäische Wiederaufbauprogramm eine wirtschaftliche und politische Doppelstrategie: Die wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen für Europa sollten eine Stabilisierung der europäischen Volkswirtschaften bewirken; auf diese Weise sollte auch ein Mindestmaß an politischer Stabilisierung erreicht werden.

Bereits vor der Harvard-Rede Marshalls hatten die USA in Westdeutschland eine Stabilisierungspolitik eingeleitet. Der sogenannte Morgenthau-Plan hatte sich als Episode erwiesen. Die sich schon um die Jahreswende 1945/46 anbahnende pragmatische amerikanische Stabilisierungspolitik in Westdeutschland fand in der viel beachteten Stuttgarter Rede des Amtsvorgängers Marshalls, James F. Byrnes, vom 6. September 1946 ihren sichtbaren Ausdruck⁵. Dennoch herrschte bei den Zeitgenossen zunächst Unsicherheit darüber, ob

4 Zur hier nicht erörterten Genesis des Marshall-Plans siehe den Beitrag in dieser Ausgabe. Auf ausführlichere Literaturangaben zum Marshall-Plan insgesamt wird hier verzichtet. Eine gute Übersicht über Publikationen zum Europäischen Wiederaufbauprogramm gibt: Organization for Economic Co-operation and Development. Organisation de coopération et de développement économique (Hrsg.), *The European Reconstruction 1948–1961. La reconstruction européenne. Bibliography on the Marshall Plan and the Organization for European Economic Co-operation (OEEC). Bibliographie sur le Plan Marshall et l'Organisation européenne de coopération économique (OECE)*, Paris 1996; die vergleichende europäische Perspektive ist repräsentiert in dem Tagungsband *Comité pour l'histoire économique et financière de la France (Hrsg.), Le Plan Marshall et le relèvement économique de l'Europe*, Paris 1993.

5 Eine gründliche Auswertung der amerikanischen Akten bietet mit allerdings anderer Akzentuierung Wilfried Mausbach, *Zwischen Morgenthau und Marshall. Das wirtschaftliche Deutschlandkonzept der USA 1944–1947*, Düsseldorf 1996.

und in welchem Maße Deutschland am Europäischen Wiederaufbauprogramm teilhaben würde.

Aus der historischen Rückschau ist klar erkennbar, daß Deutschland bzw. Westdeutschland im Rahmen der angestrebten amerikanischen Stabilisierungspolitik in Europa – ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg – im amerikanischen Kalkül eine Schlüsselfunktion zukam. Deutschland wurde aus zahlreichen wirtschaftlichen und auch politischen Gründen zum Kernstück der Washingtoner Europapolitik:

1. Deutschland war ein wichtiges Konfliktfeld für die Genesis und Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes.
2. Im Interesse der Begrenzung und Zurückdrängung sowjetischer Einflußnahme in den Westzonen schien eine Verhinderung von ökonomischem Chaos dringend geboten.
3. Eine ökonomische Stabilisierung der westlichen Besatzungszonen lag auch im finanziellen Eigeninteresse der USA, wenn die Finanzierung der westdeutschen Lebensgrundlagen nicht dauerhaft dem amerikanischen Steuerzahler aufgebürdet werden sollte.
4. Seit Anfang 1947 setzte sich innerhalb der Truman-Administration die Auffassung durch, daß bei der aus politischen und wirtschaftlichen Gründen gebotenen ökonomischen Stabilisierung Westeuropas den westlichen Besatzungszonen eine Schlüsselfunktion zukam.
5. Die Schwäche Westdeutschlands bot der Washingtoner Diplomatie – ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg – einen Ansatzpunkt, amerikanische Ordnungsvorstellungen durchzusetzen.
6. Angesichts der engen Verzahnung von westdeutscher und westeuropäischer Rekonstruktion zeichnete sich hier eine Perspektive ab, auf die Politik der westeuropäischen Staaten mittelbar Einfluß zu nehmen.
7. Ein wirtschaftlicher Wiederaufstieg Westdeutschlands lag auch im ökonomischen Eigeninteresse der USA. Neben der Bedeutung Westdeutschlands als Absatzmarkt ist auch die Wiederbelebung von Industriekooperationen und Investitionen zu nennen. Die amerikanischen Führungseliten haben hier an die enge deutsch-amerikanische Kooperation der zwanziger Jahre angeknüpft.
8. Schließlich war die Entwicklung in Westdeutschland ein Testfall für den Wettbewerb

der antagonistischen Systeme des Kalten Krieges. Hier konnte Washington die Überlegenheit des amerikanischen Modells besonders eindrucksvoll demonstrieren.

Hilfe zur Selbsthilfe

Nach Bewilligung des *European Recovery Program* (ERP) durch den amerikanischen Kongreß am 3. April 1948 (*Economic Cooperation Act*) gehörte Westdeutschland zu den wichtigsten Empfängerländern⁶. Von den insgesamt rd. 14 Milliarden Dollar erhielt Westdeutschland zehn Prozent und lag damit hinter Großbritannien (25 Prozent), Frankreich (20 Prozent) und Italien (11 Prozent)⁷.

Umstritten bleiben allerdings die ökonomischen Wirkungen der Marshall-Plan-Hilfe. Besonders pointiert hat Werner Abelshäuser Mitte der siebziger Jahre die vom Marshall-Plan ausgehenden Wachstumsimpulse in Frage gestellt⁸, und danach wiederholt die These von der „Kontinuität des Wachstums der industriellen Produktion seit Beginn des Rekonstruktionsaufschwungs im Herbst 1947“ vertreten. Daher müsse die „Bedeutung der Währungsreform und der Marshallplan-Lieferungen als Treibsätze des Starts in das ‚Wirtschaftswunder‘ ... erheblich eingeschränkt werden“⁹. Bereits die Grundprämissen dieser Interpretation werden von Bernd Klemm

6 Vgl. im einzelnen mit weiteren Literaturangaben die grundlegenden Aufsätze von Manfred Knapp, Deutschland und der Marshallplan: Zum Verhältnis zwischen politischer und ökonomischer Stabilisierung in der amerikanischen Deutschlandpolitik nach 1945, in: Claus Scharf/Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945–1949. Fünf Beiträge zur Deutschlandpolitik der westlichen Alliierten, Wiesbaden 1977, S. 19–43; Werner Link, Der Marshall-Plan und Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/80, S. 3–18; Helge Berger/Albrecht Ritschl, Die Rekonstruktion der Arbeitsteilung in Europa. Eine neue Sicht des Marshallplans in Deutschland 1947–1951, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 43 (1995) 3, S. 473–519; außerdem die Sammelbände von Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), Marshallplan und westdeutscher Wiederaufstieg. Positionen – Kontroversen, Stuttgart 1990; Charles S. Maier/Günter Bischof (Hrsg.), Deutschland und der Marshall-Plan, Baden-Baden 1992; die neueste Gesamtdarstellung aus wirtschaftsgeschichtlicher Perspektive bietet Gerd Hardach, Der Marshall-Plan. Auslandshilfe und Wiederaufbau in Westdeutschland 1948–1952, München 1994.

7 Vgl. G. Hardach (Anm. 6), S. 245.

8 Vgl. Werner Abelshäuser, Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone, Stuttgart 1975.

9 Werner Abelshäuser, Die Rekonstruktion der westdeutschen Wirtschaft und die Rolle der Besatzungspolitik, in: C. Scharf/H.-J. Schröder (Anm. 6), S. 16.

und Günter Trittel verworfen. Mit der Behauptung, „daß Begriffe wie ökonomische Stagnation, Chaos und wirtschaftlicher Zusammenbruch nur für die Situation im Sommer 1945 angemessen seien, daß die bis in die sechziger Jahre reichende Rekonstruktionsperiode 1945/46 begonnen habe und daß bereits 1947 der entscheidende ökonomische Durchbruch erfolgt sei“, habe Abelshäuser die sehr schwierige Nachkriegszeit lediglich zur Vorgeschichte des „Wirtschaftswunders“ umstiliert und verharmlost. Nachdrücklich vertreten Klemm und Trittel die These, die Jahre 1945 bis 1948 seien „der Zeitraum einer in der jüngeren Geschichte beispiellosen sozioökonomischen Krise“ gewesen¹⁰.

Im Hinblick auf die von Abelshäuser relativierten ökonomischen Wirkungen des Marshall-Plans konzentrieren sich Knut Borchardt und Christoph Buchheim auf eine mikroökonomische Betrachtung. Am Beispiel der Textilindustrie und der Stromerzeugung kommen sie unter anderem zu dem Ergebnis, „daß die ersten Baumwoll-Lieferungen aus Marshallplan-Mitteln, obgleich sie verhältnismäßig spät in Westdeutschland eingetroffen sind, einen wichtigen Beitrag zum Erfolg der Währungs- und Wirtschaftsreform geleistet haben“. Überdies hätten die „Marshallplan-Gegenwertmittel den Kapazitätsausbau der Stromerzeugungsanlagen wesentlich beschleunigt und damit zu einem rascheren Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion beigetragen“¹¹.

Ungeachtet der von einigen Schlüsselindustrien ausgehenden Wachstumsimpulse hält Abelshäuser an seiner Position im Prinzip fest. Allerdings ist er in der Auseinandersetzung mit den kritischen Gegenpositionen inzwischen bereit, den westdeutschen Wiederaufstieg deutlicher in den Gesamtzusammenhang der amerikanischen Stabilisierungspolitik zu stellen. Der Marshall-Plan habe zwar „nicht die Initialzündung für den Wiederaufbau der westdeutschen Wirtschaft“ gegeben, „wohl aber hat dieselbe amerikanische Stabilisierungspolitik für Europa, die den Marshall-Plan hervorbrachte, am Anfang des Wiederaufstiegs gestanden“. Insgesamt gesehen habe der Marshall-Plan „im wahrsten Sinne des Wortes Hilfe zur Selbst-

hilfe“ geleistet: Er habe „Westdeutschland in die Lage versetzt, aus eigener Kraft wieder aufzustehen und dabei zur Stabilisierung Westeuropas beizutragen“¹².

Bei der Bewertung des Marshall-Plans wird man sich allerdings nicht auf die quantifizierbaren ökonomischen Größen beschränken dürfen. So ist zu Recht betont worden, daß sich seine Bedeutung „keinesfalls allein an Menge und Qualität der direkten Hilfe festmachen“ lasse: „So wichtig etwa die Beseitigung von Engpässen durch Marshallplan-Lieferungen im deutschen Fall war, so elementar war die Instrumentalisierung dieser Mittel bei der Reintegration der Bundesrepublik in das europäische Handelssystem.“¹³ Die dadurch ermöglichte Rückkehr Deutschlands auf den Weltmarkt¹⁴ war eine Voraussetzung für das „Wirtschaftswunder“ der fünfziger Jahre. Es handelt sich hier um mittel- und langfristige Faktoren, die über den Zeitraum der eigentlichen Marshallplan-Hilfe hinausgreifen, in einer Gesamtwürdigung der ökonomischen Wirkungen des ERP aber zu berücksichtigen sind.

Für die Anfangsphase des Marshall-Plans ist es darüber hinaus erforderlich, die psychologischen Wirkungen zu berücksichtigen, weil diese das Verhalten aller am Wirtschaftsprozess Beteiligten beeinflussen. Unter diesem Gesichtspunkt war bereits die Ankündigung eines Hilfsprogramms durch die führende Wirtschaftsmacht der Welt von großer Bedeutung. Marshall hatte in seiner Rede diesen Punkt angesprochen, als er dafür warb, „das Vertrauen der europäischen Völker in die wirtschaftliche Zukunft ihres eigenen Landes und Europas als Ganzem wiederherzustellen“¹⁵.

Die psychologischen Impulse des Marshall-Plans sind von den Führungseliten in Wirtschaft und Politik wiederholt betont worden. So bilanzierte die Industrie- und Handelskammer Frankfurt Ende 1960: „Man schöpfte nach der Initiative von George C. Marshall wieder Hoffnung, und man hatte ein Ziel, für das es sich lohnte zu arbeiten. So war es nicht nur die materielle Hilfe, die der Marshall-Plan brachte, es war auch der moralische Impuls, der in ihm lag, die zusammen mit der Währungsreform vom Juni 1948, den Weg in unseren

10 Bernd Klemm/Günter J. Trittel, Vor dem „Wirtschaftswunder“: Durchbruch zum Wachstum oder Lähmungskrise? Eine Auseinandersetzung mit Werner Abelshäusers Interpretation der Wirtschaftsentwicklung 1945–1948, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 35 (1987) 4, S. 622 f.

11 Knut Borchardt/Christoph Buchheim, Die Wirkung der Marshallplan-Hilfe in Schlüsselbranchen der deutschen Wirtschaft, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 35 (1987) 3, S. 346.

12 Werner Abelshäuser, Hilfe und Selbsthilfe. Zur Funktion des Marshallplans beim westdeutschen Wiederaufbau, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 37 (1989) 1, S. 85–113.

13 H. Berger/A. Ritschl (Anm. 6), S. 519.

14 Vgl. Christoph Buchheim, Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958, München 1990.

15 Ursachen und Folgen (Anm. 1), S. 210.

wirtschaftlichen Wiederaufstieg in Freiheit bereiten.“¹⁶ Die hier angesprochenen psychologischen Aspekte des Marshallplans bilden zugleich eine Klammer zwischen den ökonomischen und politischen Wirkungen des ERP.

Westintegration und dreifache Eindämmung

Die vielfältigen politischen Wirkungen des ERP für Westdeutschland sind von der neueren Forschung wiederholt herausgearbeitet worden. In innenpolitischer Hinsicht war der Marshall-Plan zunächst „Antriebsmoment für die Errichtung der Bundesrepublik als separater Weststaat“¹⁷ und zugleich ein Vehikel für die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im amerikanischen Sinne. Für die Außenpolitik der Bundesrepublik war der Marshall-Plan in mehrfacher Hinsicht von großer Bedeutung. Das gilt sowohl für den westdeutschen politischen Wiederaufstieg als auch für die prinzipielle Weichenstellung zur Westorientierung. Die Einbeziehung Westdeutschlands in das ERP ermöglichte deutschen Politikern und Wirtschaftsexperten bereits in der Gründungsphase der Bundesrepublik die „Rückkehr auf die internationale Bühne“¹⁸.

Dieser Aspekt ist von der Bundesregierung auch öffentlich betont worden. Das Europäische Wiederaufbauprogramm habe die „ersten Möglichkeiten“ geboten, „internationale Beziehungen wieder anzuknüpfen, deutsche Auffassungen und Ideen über gemeinsame europäische Belange darzulegen und an ihrer praktischen Verwirklichung mitzuarbeiten“. Die „vorbehaltlose Aufnahme und die gleichberechtigte Zusammenarbeit der deutschen Delegation in Paris umschloß nicht nur die de jure und die de facto Anerkennung der jungen deutschen Republik als Subjekt des Völkerrechts, sondern bedeutete implizite auch den ersten Schritt auf dem Wege zur Souveränität des neuen Staates“¹⁹.

16 Spendenauftrag des Kuratoriums Marshall-Denkmal bei der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main vom Dezember 1960, in: Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt/M., Magistratsakten, Nr. 2.296.

17 M. Knapp (Anm. 6), S. 43.

18 Werner Bühner, Auftakt in Paris. Der Marshallplan und die deutsche Rückkehr auf die internationale Bühne 1948/49, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 36 (1988) 3, S. 529–556.

19 Bundesminister für den Marshallplan, Fünfter und Sechster Bericht der Bundesregierung über die Durchführung des Marshallplans, Bonn 1951, S. 21.

Dieser westdeutsche Souveränitätszuwachs ist von der Washingtoner Politik allerdings in ihrem Sinne kanalisiert worden. Die Grundausrichtung der westdeutschen Außenpolitik wurde durch den Marshall-Plan entscheidend vorgeprägt. Bereits vor Gründung der Bundesregierung war Westdeutschland durch die Beteiligung am Marshall-Plan in ein transatlantisch-westeuropäisches Beziehungsgeflecht einbezogen und damit gewissermaßen auf den Westen „eingepolt“, wie vor allem Manfred Knapp in zahlreichen Beiträgen überzeugend dargelegt hat²⁰. Mit dem Konzept der Westintegration hat die amerikanische Diplomatie die aus dem westdeutschen Wiederaufstieg resultierenden Sicherheitsprobleme, die besonders von der französischen Diplomatie artikuliert wurden, in subtiler Weise gelöst. Während die ökonomische und politische Stabilisierung Westdeutschlands und schließlich auch die spätere Entscheidung für einen westdeutschen Wehrbeitrag wesentlicher Bestandteil der Politik des *Containment* gegenüber der Sowjetunion war, sollte die Westbindung der zweiten deutschen Republik auch dazu dienen, das deutsche Potential einzudämmen, um Sicherheit vor Deutschland zu erlangen.

Diese von Wilfried Loth zu Beginn der achtziger Jahre als „doppelte Eindämmung“ charakterisierte politische Strategie²¹ ist Ende der achtziger Jahre von Wolfram Hanrieder dem englischsprachigen Publikum präsentiert und damit erst international populär gemacht worden²². Selbstverständlich ist dieses in den amerikanischen Akten klar belegte Element einer Sicherheitspolitik gegenüber Deutschland²³ von Washington aus bündnispoliti-

20 Vgl. Manfred Knapp, Die Anfänge westdeutscher Außenwirtschafts- und Außenpolitik im bizonalen Vereinigten Wirtschaftsgebiet (1947–1949), in: ders. (Hrsg.), Von der Bizonegründung zur ökonomisch-politischen Westintegration, Frankfurt/M. 1984, S. 13–94; ders., Der Einfluß des Marshallplans auf die Entwicklung der westdeutschen Außenbeziehungen, in: H.-J. Schröder (Anm. 6), S. 209–238.

21 Vgl. Wilfried Loth, Die doppelte Eindämmung. Überlegungen zur Genesis des Kalten Krieges 1945–1947, in: Historische Zeitschrift, 238 (1984), S. 611–631.

22 Vgl. Wolfram F. Hanrieder, *Germany, America, Europe: Forty Years of German Foreign Policy*, New Haven, CT 1989; deutsch: *Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1994*, 2., völlig überarbeitete und erweiterte Aufl., Paderborn 1995; vgl. auch Thomas Alan Schwartz, *America's Germany. John McCloy and the Federal Republic of Germany*, London 1992; deutsch: *Die Atlantik-Brücke. John McCloy und das Nachkriegsdeutschland*, Frankfurt/M. 1992, S. 420 ff.

23 Vgl. z. B. Memorandum der Deutschlandabteilung im State Department „Germany in the European Context“ vom 11. Februar 1950, in: *Foreign Relations of the United States 1950*, Bd. IV, Washington 1980, S. 597 ff.: „Our over-all objective as regards Germany may be stated as finding ways and

schen Rücksichtnahmen öffentlich nicht herausgestrichen worden. Auch die westdeutschen Politiker hatten kein Interesse daran, ihre außenpolitischen Erfolge negativ zu befrachten. Noch im Jahre 1958 erklärte der amerikanische Außenminister John Foster Dulles vor dem Nationalen Sicherheitsrat, es gelte, die Deutschen daran zu hindern, ein drittes Mal das zu tun, was sie 1914 und 1939 getan hätten²⁴.

Allerdings greift der Begriff der „doppelten Eindämmung“ zu kurz. Man sollte eher von einer dreifachen Eindämmung²⁵ sprechen, denn zum *Containment* der Sowjetunion und der Eindämmung deutscher machtpolitischer Ambitionen trat die mit dem Namen Konrad Adenauer verknüpfte Politik der Selbsteindämmung. Unlängst hat Rainer Barzel daran erinnert, daß „Adenauers Sicherheitspolitik zuerst eine Politik war, die dem deutschen Volk Sicherheit vor sich selbst“ geben sollte²⁶.

Im Rahmen der mit dem Marshall-Plan eingeleiteten Westintegration wurde die Bundesrepublik auch in die westlichen Verteidigungsanstrengungen einbezogen, weil seit dem Ausbruch des Korea-Krieges am 25. Juni 1950 militär- und sicherheitspolitische Überlegungen gegenüber den zivilen Hilfsprogrammen Priorität erhielten²⁷. Das galt auch für die Bundesrepublik. Die Fortschreibung der mit dem Marshall-Plan inaugurierten Auslandshilfe wurde dann 1951 bezeichnenderweise als *Mutual Security Act* (MSA) vom amerikanischen Kongreß verabschiedet.

Ähnlich wie bei der Genesis des ERP fiel der Mobilisierung des westdeutschen Potentials in den amerikanischen Planungen für eine Intensivierung der Verteidigungsanstrengungen eine Schlüssel-funktion zu. Für den zeitgenössischen Beobachter war dies in beiden Fällen nicht erkennbar, weil es nur wenige Jahre nach Kriegsende nicht opportun erschien, diese (militärische) Bedeutung West-

means of preventing Germany from again menacing our safety and that of the nations which compromise what we call the 'democratic world'. . . I believe that if there is no other reason for unifying Europe it would be necessary to do so in order to solve the German problem.“

24 Vgl. Memorandum of Discussion at the 354th Meeting of the National Security Council vom 6. Februar 1958, in: Foreign Relations of the United States 1958–1960, Bd. IX, Washington 1993, S. 628.

25 So auch Günter Bischof, *The Origins of West German Independence 1945–1955: From Occupation to Alliance*, in: *German Politics and Society*, No. 27 (1992), S. 115.

26 Diskussionsbeitrag vom 22. 4. 1994, in: Klaus Schwabe (Hrsg.), *Adenauer und die USA*, Bonn 1994, S. 60 f.

27 Vgl. M. Knapp, *Der Einfluß des Marshallplans* (Anm. 20), S. 229 ff.

deutschlands öffentlich zu diskutieren. Ein gutes Beispiel hierfür bietet der primär für die amerikanische Öffentlichkeit 1952 produzierte Film „Your Eighty Dollars“²⁸. Hier wird der Übergang von zivilen zu militärisch-sicherheitspolitischen Zielsetzungen eindrucksvoll visualisiert. Der Marshall-Plan habe den größten Teil Europas vor dem Kommunismus bewahrt und damit die Voraussetzungen für die Verteidigung der freien Welt geschaffen. Es wurde eine Intensivierung der Verteidigungsanstrengungen gefordert, allerdings ohne einen Hinweis auf die Bundesrepublik.

Reaktionen auf das ERP in Westdeutschland

Das amerikanische Hilfsprogramm stieß in Westdeutschland bereits unmittelbar nach seiner Ankündigung auf eine breite Zustimmung²⁹. Drei Gründe sind hierfür in erster Linie zu nennen: Die Lebenssituation der meisten Deutschen war immer noch katastrophal; aufgrund der enormen Wirtschaftskraft der Amerikaner hatte das amerikanische Programm ein Höchstmaß an Glaubwürdigkeit; und schließlich gab es zum Marshall-Plan keine realistische Alternative. Die Frankfurter Rundschau hat diese Alternativlosigkeit besonders prägnant formuliert: „Es ist eine hoffnungslose Illusion zu glauben, daß wir anders als mit fremder Hilfe aus dem Sumpf herauskommen, und so wenig wir ideologische Maßstäbe ansetzen, wenn uns Amerika mit Lebensmitteln hilft, so wenig darf es uns alterieren, daß die Hilfe im Rahmen des europäischen Wiederaufbauplanes unter Bedingungen gegeben wird, die dem amerikanischen Wirtschaftssystem entsprechen. Keine politische Propaganda kann uns dazu bringen, in der amerikanischen Hilfe etwas anderes zu sehen als den einzigen Weg zu einem Leben der Normalisierung in Deutschland. Dazu gehört auch, daß wir ohne Angst und Furcht so leben, wie etwa ein Mensch in Amerika.“³⁰ Eine Presseanalyse bestätigt insge-

28 In: National Archives, College Park, MD, Motion Picture, Sound and Video Branch, RG 306.08997.

29 Vgl. insbesondere Klaus Schwabe, *Das Echo Westdeutschlands auf den Marshall-Plan 1947–49*, in: Ch. Maier/G. Bischof (Anm. 6), S. 261–320; Peter Wagner, *Mythos Marshall-Plan. Das europäische Wiederaufbauprogramm in der deutschen öffentlichen Meinung 1947–1952*, Pfaffenweiler 1996.

30 Arno Rudert, *Amerika hilft Europa*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 16. März 1948, S. 2, zitiert nach P. Wagner (Anm. 29), S. 37.

samt die große psychologische Wirkung des Marshall-Plans in der westdeutschen Öffentlichkeit.

Auch von den politischen Führungseliten wurde das Europäische Wiederaufbauprogramm prinzipiell begrüßt. Das gilt vor allem für den Bundeskanzler. In seiner ersten Regierungserklärung hat Adenauer die große Bedeutung des Marshall-Plans herausgestrichen und dem amerikanischen Volk gedankt: „Ich glaube nicht, daß jemals in der Geschichte ein siegreiches Land es versucht hat, dem besiegten Land in der Weise zu helfen und zu seinem Wiederaufbau und zu seiner Erholung beizutragen, wie das die Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland getan haben und tun.“ Eine spätere Geschichtsschreibung werde dies höher veranschlagen als die Kriegsanstrengungen der Vereinigten Staaten³¹. Adenauer hat hier für die Zeitgenossen einen wichtigen Akzent gesetzt und darüber hinaus auch für seine Nachfolger im Bundeskanzleramt den Tenor späterer Gedenkreden vorgegeben.

Die insgesamt positive Rezeption des Marshall-Plans durch die politischen Entscheidungsträger der jungen Republik (abgesehen von der Polemik der KPD) belegen die Bundestagsdebatten über das deutsch-amerikanische Wirtschaftsabkommen vom 15. Dezember 1950, das im Bundestag eine breite Zustimmung fand³². Zwar war im Vorfeld der Ratifizierungsdebatte zunächst Kritik am Vertragsinhalt aufgekommen, diese wurde von den Vertretern der nichtkommunistischen Parteien jedoch aus übergeordneten politischen Gründen zurückgestellt³³. Namentlich die außenpolitische Komponente hat der CDU-Abgeordnete Pünder herausgestellt: Das Abkommen enthalte „über seinen rein wirtschaftlichen Inhalt hinaus eine starke außenpolitische Note“. Wenn man die „schroff ablehnende Haltung des Ostens gegen diese westlichen Aufbaupläne für Europa“ bedenke, bedeute das Abkommen „ein starkes Bekenntnis zum Westen“³⁴.

Die amerikanischen Diplomaten haben die Rezeption des Marshall-Plans in Deutschland im einzelnen verfolgt und detaillierte Berichte nach Washington gesandt³⁵. Allerdings beschränkte sich die amerikanische Politik nicht auf das Beobach-

ten. Die Vertreter Washingtons haben das Image des Marshall-Plans auch aktiv mitgestaltet.

Werbung für den Marshall-Plan

Der Marshall-Plan war kein Selbstläufer. Die Washingtoner Regierung hat daher umfangreiche Anstrengungen unternommen, um sowohl in den USA als auch in Europa für das Hilfsprogramm zu werben. In den USA mußten Kongreß und Öffentlichkeit von der Notwendigkeit eines umfassenden Hilfsprogramms erst überzeugt werden. Das renommierte *New Yorker Council of Foreign Relations* wurde zum Exponenten dieser Öffentlichkeitsarbeit, die sich vor allem in dem eigens gegründeten Marshall-Plan-Komitee manifestierte³⁶.

Mit Anlaufen des Marshall-Plans hat die amerikanische Regierung auch in Europa eine breit angelegte und für Friedenszeiten beispiellose Propagandakampagne in Gang gesetzt, die sich aller verfügbaren Medien bediente: Zeitungen, Plakate, Postkarten, Aufkleber, Radiosendungen und Filmprogramme. Inhaltlich hatte diese von der zeitgeschichtlichen Forschung bisher kaum beachtete Werbung³⁷ vier Schwerpunkte: Dokumentation wirtschaftlicher Fortschritte im Rahmen des ERP, Intensivierung industrieller und landwirtschaftlicher Produktion, Förderung des Europagedankens und ständige Erinnerung an die Tatsache, daß die Hilfe aus den USA kam. Dabei bedienten sich Missionen der *Economic Cooperation Administration* (ECA) in den Empfängerländern durchaus moderner Marketing-Methoden. Durch einen 1950

35 Vgl. Anna J. Merritt/Richard L. Merritt (Hrsg.), *Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys, 1945–1949*, Urbana, IL 1970; dies., *Public Opinion in Semisovereign Germany. The HICOG surveys 1949–1955*, Urbana, IL 1980; Richard L. Merritt, *Democracy Imposed. U.S. Occupation Policy and the German Public, 1945–1949*, New Haven, CT 1995.

36 Vgl. Michael Wala, *Selling the Marshall Plan at Home: The Committee for the Marshall Plan to Aid European Recovery*, in: *Diplomatic History*, 10 (1985) 1, S. 91–105; ders., *Winning the Peace. Amerikanische Außenpolitik und der Council on Foreign Relations, 1945–1950*, Stuttgart 1990, S. 204 ff.; ders., *Selling War and Selling Peace: The Non-Partisan Committee for Peace, the Committee to Defend America and the Committee for the Marshall Plan*, in: *Amerikastudien/American Studies*, 30 (1985) 1, S. 91–105; vgl. ferner dazu den Beitrag von Günter Bischof in diesem Heft.

37 Vgl. jetzt Klaus Schönberger, „Hier half der Marshallplan“. Werbung für das europäische Wiederaufbauprogramm zwischen Propaganda und Public Relations, in: Gerald Die-sener/Rainer Gries (Hrsg.), *Propaganda in Deutschland. Zur Geschichte der politischen Massenbeeinflussung im 20. Jahrhundert*, Darmstadt 1996, S. 193–212.

europaweit ausgeschriebenen Plakatwettbewerb sollte beispielsweise in der Öffentlichkeit der Gedanke der innereuropäischen Kooperation gestärkt werden³⁸. Den ersten Preis erhielt aus den über 10 000 Einsendungen der Entwurf des Niederländers Reyn Dirksen „All Our Colours to the Mast“³⁹. Das Plakat erlangte große Popularität, die jetzt dadurch eine Renaissance erfahren hat, daß die *George C. Marshall Foundation* in Lexington (Virginia) seine aus Anlaß des 50jährigen ERP-Jubiläums produzierten T-Shirts mit diesem Emblem versehen hat.

Eine für die Rekonstruktion der amerikanischen Propaganda für den Marshall-Plan wichtige Quelle sind die von der Informationsabteilung der ECA-Mission in Paris – ab 1952 von der Nachfolgeorganisation *Mutual Security Agency* (MSA) – produzierten oder in Auftrag gegebenen Filme über Ziele und Wirkungen des ERP⁴⁰. In den Jahren 1948 bis 1953 entstanden nahezu 200 Marshall-Plan-Filme, die überwiegend für europäische Zuschauer bestimmt waren⁴¹. Diese Filme, die in der Regel eine Spieldauer von 10 bis 30 Minuten haben, vermitteln einen vorzüglichen Einblick in die Bemühungen der amerikanischen Diplomatie, die Erfolge des ERP und den Beitrag der USA zum europäischen Wiederaufbau zu visualisieren. Da das Fernsehen in Europa noch in den Anfängen steckte, wurden die Filme an ausgewählte Zielgruppen verliehen und zum Teil als Beiprogramme in Kinos gezeigt. In Westdeutschland waren sie über den *US Information Service* und die Landesbildstellen zugänglich.

In Westdeutschland bestand überdies die Möglichkeit, über die britisch-amerikanische Wochenschau

„Welt im Film“ (WiF) das Kinopublikum unmittelbarer als in den anderen europäischen Staaten im amerikanischen Sinne zu beeinflussen⁴². So überrascht es nicht, daß hier der Marshall-Plan durchgehend als Erfolgsstory präsentiert wurde. Bereits im Jahresrückblick 1948 – die ERP-Lieferungen waren gerade erst angelaufen – konstatierte die Wochenschau eine vom Marshall-Plan bewirkte „Leistungssteigerung der westdeutschen Industrie, die bereits einen Stand von 75 Prozent des Jahres 1936 erreichte“⁴³. Ein Jahr nach der Verabschiedung des Hilfsprogramms durch den amerikanischen Kongreß wurde die „überall wahrnehmbare wirtschaftliche Erholung und Ankurbelung“ betont⁴⁴. 1950 wurde in der Wochenschau wiederholt darauf hingewiesen, Westdeutschland habe seit Beginn des ERP die Produktion „mehr als verdoppeln können“⁴⁵.

Nach dem zweijährigen ERP-Jubiläum resümierte „Welt im Film“: „Überall in Berlin und in Westdeutschland wird anläßlich des zweijährigen Jubiläums des Europäischen Wiederaufbauprogramms eine erfreuliche Rechenschaft abgelegt.“ Im Bild ist eine Maschine mit der Zahl 100 zu sehen, die offensichtlich den Produktionsfortschritt veranschaulichen soll. Die Verpackungskiste daneben trägt die Aufschrift „Mit ERP-Mitteln gebaut“⁴⁶. Die von „Welt im Film“ präsentierte Erfolgsgeschichte des Marshall-Plans begnügte sich freilich nicht mit gesamtwirtschaftlichen Angaben oder Berichten über Produktionsfortschritte in Schlüsselindustrien. Auch die Erfüllung individueller Konsumentenwünsche war Gegenstand der Berichterstattung. So verband die Wochenschau die Ankunft von Maschinen zur Produktion von Nylonstrümpfen mit dem Hinweis, daß sie einen „Wunschtraum jeder Frau“ erfüllen könnten⁴⁷.

Welch große Bedeutung die amerikanische Regierung der Propaganda für den Marshall-Plan beimaß, dokumentieren auch die bilateralen Abkommen der USA mit den jeweiligen Empfängerländern, in denen Washington die Werbung für den Marshall-Plan vertraglich absicherte. So kamen Washington und Bonn im deutsch-amerika-

38 Die Unterlagen befinden sich in den National Archives, College Park, MD, Still Picture Branch, RG 286M-Poster Contest.

39 Ein Exemplar befindet sich in: Deutsches Historisches Museum Berlin, Nr. 1441.3; verkleinert abgedruckt in: Ina Ulrike Paul, Was uns trennt, verbindet uns auch. Ostmitteleuropa zwischen Ost und West, in: Praxis Geschichte, 9 (1995) 2, S. 8.

40 Einen guten Überblick bietet Albert Hemsing, The Marshall Plan's European Film Unit, 1948–1955: a memoir and filmography, in: Historical Journal of Film, Radio and Television, 14 (1994) 3, S. 269f.

41 Die Filme sind aufgelistet in dem im Juli 1954 erstellten Catalogue of Information Films Produced in Europe for the Marshall Plan 1948–1953 by the Film Section, Information Division, Special Representative in Europe: Economic Cooperation Administration-Mutual Security Agency, in: George C. Marshall Foundation, Lexington, VA. Etwas mehr als die Hälfte dieser Filme ist zugänglich in National Archives and Records Administration, College Park, MD, Motion Picture, Sound and Video Branch, RG 306; eine weitere Anlaufstelle für die Filmrecherche ist das Archiv der Academy of Motion Picture Arts & Sciences, Beverly Hills, CA.

42 Vgl. Jutta Gröschl, Die Deutschlandpolitik der vier Großmächte in der Berichterstattung der deutschen Wochenschauen 1945–1949. Ein Beitrag zur Diskussion um den Film als historische Quelle, Berlin 1997, mit weiteren Literaturangaben. Die Wochenschauen befinden sich unter anderem im Bundesarchiv-Filmarchiv Berlin.

43 Welt im Film (WiF), Nr. 186 vom 17. Dezember 1948.

44 WiF, Nr. 204 vom 22. April 1949.

45 WiF, Nr. 291 vom 29. Dezember 1950; vgl. auch WiF, Nr. 254 vom 12. April 1950.

46 WiF, Nr. 258 vom 11. Mai 1950.

47 WiF, Nr. 225 vom 19. September 1949.

nischen Wirtschaftsabkommen vom 15. Dezember 1949 überein, „daß es in ihrem beiderseitigen Interesse liegt, die Öffentlichkeit weitgehendst über die Ziele und Fortschritte des gemeinsamen Programms für den europäischen Wiederaufbau und alle zur Förderung dieses Programms unternommenen Schritte zu unterrichten“⁴⁸.

In Westdeutschland kam es zu einer breit angelegten Informationskampagne, die zu einem wesentlichen Teil von Wanderausstellungen getragen wurde mit dem Ziel, die Bevölkerung mit „Ursprung, Funktion, Aufgaben und Erfahrungen des Europäischen Wiederaufbauprogramms vertraut zu machen“. Es sollte der „große Einfluß gezeigt werden, den das ERP auf die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Bundesrepublik nimmt“, kommentierte beispielsweise die hessische Landesregierung eine Wanderausstellung. Sie sei „zugleich eine Propagandaveranstaltung für die gemeinsame Sache Europas“⁴⁹. Die Bundesregierung hat sich von dem durch die nationalsozialistische Politik diskreditierten Propagandabegriff gegenüber der Öffentlichkeit allerdings distanziert. Der Bundesminister für den Marshallplan habe die „Marshallplan-Publizität von Anfang an nicht im Sinne einer auf Propaganda zu richtenden Tätigkeit aufgefaßt. Er ist bestrebt gewesen, durch sachliche Unterrichtung – im Sinne echter Demokratie oder auch im Sinne dessen, was in den Vereinigten Staaten unter ‚public relations‘ oder ‚political relations‘ verstanden wird – das Vertrauen und die Mitarbeit der deutschen Öffentlichkeit zu gewinnen.“⁵⁰

Eine besonders wirksame Werbeaktion war der Marshall-Plan-Ausstellungszug, für den am 14. September 1950 in Bonn Bundespräsident Heuss, Vizekanzler und Bundesminister für den Marshallplan Blücher sowie der stellvertretende amerikanische Hochkommissar Hays das Startsignal gaben. Bereits auf seiner ersten Fahrt machte der Zug in 50 Städten Station. In den Ausstellungswagen wurde durch Schautafeln und Filmvorführungen detailliert über Wirkungen des ERP in den einzelnen Teilnehmerstaaten und insbesondere in der Bundesrepublik informiert. Die umfangreichen Ausstellungsaktivitäten von Bundesregierung, Landesregierungen und ECA sind in einer großen Sammlung von Fotos dokumentiert,

48 Abkommen über Wirtschaftliche Zusammenarbeit (Anm. 32), S. 9.

49 Organisationsplan der Leitung der ERP-Ausstellung im hessischen Ministerium für Arbeit, Landwirtschaft und Wirtschaft vom 20. 1. 1950, in: Stadtarchiv Giessen, Akte Nr. 12.

50 Fünfter und Sechster Bericht (Anm. 2), S. 179.

die im amerikanischen Nationalarchiv zugänglich ist⁵¹.

Im Rahmen der Werbung für den Marshall-Plan fiel Berlin eine besondere Rolle zu. Als „Vorstellen“ des freien Europa bot West-Berlin günstige Gelegenheiten, der gegen das ERP gerichteten kommunistischen Agitation entgegenzuwirken. Diese suchte in Anlehnung an die sowjetische Polemik das Hilfsprogramm als Instrument des amerikanischen Imperialismus zu geißeln. Zugleich wurde die Parole ausgegeben: „Wir brauchen keinen Marshallplan, wir kurbeln die Wirtschaft selber an.“⁵² Diesen kommunistischen Thesen wurde in Berlin besonders energisch entgegen gearbeitet. Dies manifestierte sich unter anderem in dem zur Berliner Industrieausstellung im Herbst 1950 eröffneten ERP-Pavillon. Hier bestand die Möglichkeit, Besucher aus dem Ostteil der Stadt bzw. aus der DDR unmittelbar über Ziele und Erfolge des ERP aufzuklären. Über die insgesamt positiven Reaktionen der Besucher auf die vom Marshall-Haus angebotenen Informationen hat die Hohe Kommission ausführlich berichtet⁵³. Der besonderen Lage Berlins, die durch die Blockade 1948/49 eine dramatische Zuspitzung erfahren hatte, suchte man im übrigen auch durch ein Notprogramm mit Marshall-Plan-Hilfe gerecht zu werden. Dem Wohnungsbau fiel hier als besonders augenfälliger Beweis für den Wiederaufbau eine zentrale Rolle zu⁵⁴.

Die amerikanischen Dienststellen haben die in Deutschland realisierten ERP-Werbekampagnen genau beobachtet und sich bemüht, deren Wirkungen in detaillierten Stimmungsberichten festzuhalten. In einem Bericht vom Oktober wurden zwar Erfolge in der Aufklärungsarbeit gemeldet, zugleich aber weitere Aktivitäten gefordert, um die deutsche Öffentlichkeit noch besser über die amerikanischen Hilfslieferungen zu informieren⁵⁵. Offenbar sollten die Deutschen nachdrücklich daran erinnert werden, daß die Politik der USA

51 Vgl. National Archives, College Park, MD, Still Picture Branch, RG 286.

52 Vgl. Wir brauchen keinen Marshallplan, wir kurbeln die Wirtschaft selber an. Das ist die Parole von Grotewohl, Pieck, Ulbricht in der Sowjetzone, Köln o. J. (1951).

53 Vgl. z. B. Office of the U.S. High Commissioner for Germany, Report No. 166 vom 23. Dezember 1952: An Evaluation of the Effectiveness of the Marshallhouse Exhibit; Report No. 190 vom 16. November 16, 1953: The Marshall House Exhibit at the 1953 Berlin Industrial Fair. An Evaluation of West Berlin and East German Reactions, in: National Archives, College Park, MD, RG 306 Records of the United States Information Agency.

54 Vgl. Wolfgang Bohleber, Mit Marshallplan und Bundeshilfe. Wohnungsbaupolitik in Berlin 1945 bis 1968, Berlin 1990.

die Grundlage des westdeutschen Wirtschaftsaufschwungs begründete. Immerhin bleibt festzuhalten, daß die von Ludwig Erhard mit herausgegebene Zeitschrift „Währung und Wirtschaft“ nach Gründung der Bundesrepublik gegen den Marshall-Plan einen, wie Gerd Hardach zugespitzt formuliert, „erbitterten Meinungskrieg“ führte, um die hausgemachten Erfolge neoliberaler Wirtschaftspolitik stärker herauszustreichen⁵⁶.

Erinnern an den Marshall-Plan

Die Werbung für den Marshall-Plan wird in den Vereinigten Staaten bis zur Gegenwart in Gedenkveranstaltungen fortgeschrieben. Jahrestage haben hierzu regelmäßig Anlaß gegeben. Bereits zwei Jahre nach der berühmten Harvard-Rede des amerikanischen Außenministers prophezeite Präsident Truman, daß Marshall als eine jener Persönlichkeiten in die Geschichte eingehen werde, „die eine neue Ära der gemeinsamen Arbeit zur Erhöhung des Wohlstandes aller Menschen ins Leben riefen“⁵⁷. Präsident Eisenhower erinnerte im Juni 1957 an den großen Erfolg des ERP. Zehn Jahre nach Ankündigung des Marshall-Plans habe die wirtschaftliche Gesundung des freien Europas bemerkenswerte Fortschritte gemacht, die von einem hohen Maß an politischer Stabilität, militärischer Macht und geistiger Vitalität begleitet seien⁵⁸.

In der Bundesrepublik ist des Marshall-Plans immer wieder mit besonderer Intensität gedacht worden. Bundespräsidenten und Bundeskanzler haben die Öffentlichkeit des öfteren an die Bedeutung des ERP für Deutschland in Dankbarkeit erinnert. Zum 20. Jahrestag sprach Kurt Georg Kiesinger von „einer der größten politischen Leistungen dieses Jahrhunderts“⁵⁹. Willy Brandt bewertete den Marshall-Plan als „Programm, das

ohne Zögern als genial bezeichnet werden darf“. George Marshall habe mit seinem Plan „das verschüttete Selbstbewußtsein Europas“ aufgerüttelt und vielen Bürgern des alten Kontinents „einen konkreten Anstoß“ gegeben, „um die Vision eines einigen und dauerhaft befriedeten Europas von den Sternen auf die Erde herunterzuholen“⁶⁰. Helmut Schmidt dankte dem amerikanischen Volk und seiner Regierung für die „großherzigen Leistungen, die uns in einer der schwierigsten Zeiten des Hungers, der Zerstörung und der scheinbaren Chancenlosigkeit unseres Volkes als Hilfe zur Selbsthilfe zuteil geworden sind. War doch der Marshall-Plan die Initialzündung für den Wiederaufbau eines zerstörten Landes, das zuvor andere Länder mit Zerstörung überzogen hatte.“⁶¹

George Marshall habe dazu beigetragen, so Helmut Kohl im Juni 1987, „daß die Europäer und besonders wir Deutsche in einer Zeit bitteren Elends, Hoffnung und Zukunftsglauben zurückgewinnen konnten“. Der Marshall-Plan bleibe „jenen Menschen unvergeßlich, die das Leid und die Not der Nachkriegszeit selbst miterlebt haben – unvergeßlich als ein Dokument staatsmännischer Weitsicht mit mitmenschlicher Anteilnahme“⁶². Kurz darauf erklärte Richard von Weizsäcker anläßlich der 350-Jahr-Feier der Harvard-Universität: „Der Marshall-Plan hat Großes, Entscheidendes zuwege gebracht. Er hat neues Leben in Europa begründet. Die Völker, die in seinen Genuß gekommen sind, sind frei und souverän.“ Von Weizsäcker bezeichnete den Marshall-Plan als das „bisher erfolgreichste Beispiel für eine Politik der Hilfe zur Selbsthilfe“, George Marshall sei in „unserem Jahrhundert zur Symbolfigur für die Werte geworden, um deretwillen wir die Vereinigten Staaten bewundern und liebengelernt haben“⁶³.

Die Serie der diesjährigen Würdigungen zum 50. Jahrestag hat Bundespräsident Herzog eröffnet. Er bezeichnete die Wirkungen des Europäischen Wiederaufbauprogramms als eine „beispiellose Erfolgsgeschichte“ und die Finanzhilfen der USA als die „am besten angelegten 14 Milliarden Dollar der jüngeren Geschichte“⁶⁴.

Die Deutschen haben ihrer Dankbarkeit für die im Rahmen des ERP gewährten Hilfe wiederholt

55 Vgl. Office of the U.S. High Commissioner for Germany, Report No. 39 vom 12. Oktober 1950: The Effectiveness of the ERP Information Program in Western Germany, in: National Archives, College Park, MD, RG 306.

56 G. Hardach (Anm. 6), S. 293.

57 Public Papers of the Presidents of the United States. Harry S. Truman, Bd. 1949, Washington 1964, S. 276. Umfangreiches Material zu den Gedenkveranstaltungen befindet sich in der George C. Marshall Foundation in Lexington, Virginia.

58 Vgl. Eisenhower an Marshall, 3. Juni 1957, in: Eisenhower Library, Abilene, Kansas, President's Personal File, Name Series, Box 21.

59 Bundeskanzler Kiesinger in der Bonner Beethovenhalle am 2. Juni 1977, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin, Nr. 59 vom 6. Juni 1977, S. 504.

60 Bundeskanzler Brandt in der Harvard University am 5. Juni 1972, in: Bulletin, Nr. 83 vom 7. Juni 1972, S. 1139.

61 Erklärung Bundeskanzler Schmidt vom 3. Juni 1977, in: Bulletin, Nr. 60 vom 7. Juni 1977, S. 559.

62 Bundeskanzler Kohl vor dem Deutschen Bundestag am 5. Juni 1987, in: Bulletin, Nr. 56 vom 9. Juni 1987, S. 493.

63 Bundespräsident Weizsäcker in der Harvard University am 5. Juni 1987, in: Bulletin, Nr. 60 vom 17. Juni 1987, S. 525 f.

auch sichtbaren Ausdruck verliehen. Die Industrie- und Handelskammer der Stadt Frankfurt faßte zu Beginn der sechziger Jahre den Beschluß, George Marshall durch Errichtung eines Denkmals an „hervorragender Stelle unserer Stadt zu ehren und so sein Wirken vor der Vergessenheit zu bewahren“⁶⁵. Gestaltet wurde das Marshall-Plan-Denkmal als eine „Brunnen-Komposition“ mit 50 wasserspeienden Quellen, „die einzelnen nord-amerikanischen Staaten symbolisierend“. Die auf dem Brunnenbecken liegenden drei weiblichen Gestalten aus Bronze zeigen die aus der griechischen Mythologie bekannten drei Grazien, die das Geben, Nehmen und Danken symbolisieren sollen. „Diese sehr übersetzte Form des Gedenkens an einen Mann und seine Tat“, erläuterte der Künstler, „will mir für unsere Zeit allein richtig erscheinen“. Die seit Kriegsende immer klarer werdende Erkenntnis, „daß nationale Egoismen dem Gedanken einer gesamten westlichen Welt übergeordnet werden müssen und im Völkerleben ein Überpersönliches die bestimmende Rolle übernimmt“, habe ihn veranlaßt, in einer „überpersönlichen Art das Gedenken wach zu halten an George C. Marshall“⁶⁶. Auf einem der Gedenksteine ist dies im Klartext formuliert: Der „Marshall-Plan der Jahre 1948–1952 hat unser Land, das vernichtet war, wieder zum Leben geführt“⁶⁷.

Zum 25. Jahrestag der Harvard-Rede des amerikanischen Außenministers hatte die Bundesrepublik einen besonders beeindruckenden Akzent gesetzt. Mit Zustimmung aller im Bundestag vertretenen Parteien schuf die Bundesregierung die finanziellen Voraussetzungen für die Errichtung einer jetzt mit 250 Millionen DM ausgestatteten Marshall-Gedächtnisstiftung. Bei dem in Washington ansässigen *German Marshall Fund of the United States* handelt es sich um eine unabhängige amerikanische Organisation, die sich schwerpunktmäßig folgenden Aufgaben widmet: vergleichende Studien zu Problemen der hochindustrialisierten Länder; Studium weltpolitischer Fragen, soweit sie das amerikanisch-europäische Verhältnis berühren; Unterstützung des Fachgebietes „Europäische Stu-

dien“⁶⁸. Präsident Nixon wertete in seiner Dankesbotschaft die „großzügige deutsche Marshall-Gedächtnisstiftung“ als eine Bereicherung jener „Bande innerhalb der Atlantischen Gemeinschaft“, für die der Marshall-Plan die Voraussetzungen geschaffen habe⁶⁹.

Inzwischen kann der *German Marshall Fund* auf 25 Jahre erfolgreicher Arbeit zurückblicken. Durch Austauschprogramme für Politiker, Wirtschaftler, Journalisten und Wissenschaftler sowie durch die Unterstützung von Fachtagungen wurden zahlreiche transatlantische Kontakte vor allem auch jüngerer Führungskräfte ermöglicht. Seit 1989 hat der *German Marshall Fund* auch Reformprogramme für die sich im Aufbau befindenden Demokratien Osteuropas entwickelt.

Marshall-Plan als Modell?

Der große Erfolg des Marshall-Plans hat dazu geführt, daß zur Lösung wirtschaftlicher Probleme im Ausgang des 20. Jahrhunderts immer wieder auf die Erfolge des *European Recovery Program* in der Mitte unseres Jahrhunderts verwiesen wurde und wird. Hinweise auf den Marshall-Plan werden zu einer griffigen Wunschformel für die Lösung nationaler und internationaler Wirtschaftsprobleme⁷⁰. Dem Marshall-Plan wird ein universeller Modellcharakter zugewiesen. Dies kann allerdings vor allem in bezug auf die nicht industrialisierten Staaten zu Fehldeutungen führen. Es ist in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, daß es sich um ein auf Westeuropa konzentriertes Wiederaufbauprogramm handelte. Die Architekten des ERP haben daran keinen Zweifel gelassen. Ziel war der politisch und ökonomisch motivierte Wiederaufbau Westeuropas auch als Voraussetzung einer funktionierenden Weltwirtschaft. Es ging nicht um strukturelle Veränderungen, sondern um eine Initialzündung zur Wiederbelebung der *vorhandenen* industriellen und landwirtschaftlichen Kapazitäten. Das ERP war kein Entwicklungshilfeprogramm und ist daher auf die Gegenwartsprobleme der „Dritten Welt“ nicht

64 Ansprache des Bundespräsidenten Roman Herzog anläßlich eines Abendessens mit Chefredakteuren europäischer Wirtschaftsmedien im Schloß Bellevue in Berlin am 4. März 1997, zitiert nach der Pressemitteilung des Bundespräsidialamtes vom 4. März 1997.

65 Kuratorium Marshall-Denkmal bei der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main, Spendenaufwurf vom Dezember 1960, Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt/M., Magistratsakten Nr. 2.296.

66 Erläuterung des Künstlers Professor Toni Stadler, undatiert, ebd.

67 Gedenkstein vor dem Marshall-Brunnen gegenüber der Alten Oper.

68 Die Stiftung hat eine Außenstelle in Deutschland, die auch über die Aktivitäten im Marshall-Jahr 1997 informiert: The German Marshall Fund of the United States, Friedrichstr. 113A, 10117 Berlin.

69 Botschaft Präsident Nixons an Bundeskanzler Brandt, 4. Juni 1972, in: Bulletin, Nr. 83 vom 7. Juni 1972, S. 1142.

70 Vgl. aus jüngster Zeit z. B. den Leitartikel von Peter Münch, Ein Marshall-Plan für den Balkan, in: Süddeutsche Zeitung vom 15. April 1997, S. 4.

anwendbar. Von führenden Politikern der USA ist dies wiederholt klagend festgestellt worden⁷¹. Bei der gegenwärtigen Rückbesinnung kommt es vielmehr darauf an, die von der amerikanischen Diplomatie seinerzeit intendierte Initialzündung – eine Hilfe zur Selbsthilfe – zu aktualisieren. Zu Recht ist unlängst eine „neue Marshall-Mentalität“ eingefordert worden. Diese „verpflichtet uns nicht zur karitativen Geste, sondern zur wohl dosierten Hilfe zur Selbsthilfe, im rechten Augenblick und letztlich auch im wohlverstandenen eigenen Interesse“⁷². In diesen Kontext gehört auch das offensive Werben für wirtschaftspolitische Konzepte⁷³.

Der Marshall-Plan war ein wichtiger Beitrag zur innenpolitischen Stabilisierung Westdeutschlands und eine wichtige Voraussetzung für den auch außenpolitischen Wiederaufstieg der Bundesrepublik. In diesem Zusammenhang dürfen allerdings die gesamtdeutschen „Kosten“ nicht übersehen werden. Die Marshall-Plan-Politik hat die Teilung Deutschlands beschleunigt und vertieft. Den Deutschen jenseits der Demarkationslinie war von den Sowjets die Teilhabe am „Wirtschaftswunder“ verwehrt. Hieran sollten all diejenigen erinnert werden, die Transferzahlungen in die neuen Bundesländer glauben kritisieren zu können.

Symbol deutsch-amerikanischer Kooperation

Im kollektiven Gedächtnis der Deutschen ist der Marshall-Plan fraglos eine Erfolgsgeschichte. Das gilt nicht nur in bezug auf das mit dem Marshall-Plan verknüpfte „Wirtschaftswunder“. Der Marshall-Plan wird auch als Symbol der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit der Nachkriegszeit begriffen, die in der Einbeziehung Westdeutschlands in das ERP seinen Ausgangspunkt hatte. Die sich im Marshall-Plan manifestierende Washingtoner Europapolitik hat der Bundesrepublik überdies den Wiederaufstieg zur europäischen Großmacht ermöglicht. Vor diesem Hintergrund ist es

71 Vgl. z. B. Secretary of the Treasury an Paul G. Hoffman, 26. März 1957, in: Eisenhower Library, Official File 116-B; Will Clayton an Norman Armour, 2. Dezember 1947, in: Frederick J. Dobney (Hrsg.), Selected Papers of Will Clayton, Baltimore-London 1971, S. 222 ff.

72 Ansprache des Bundespräsidenten Roman Herzog (Anm. 64).

73 Bezeichnenderweise haben die Ministerpräsidenten der neuen Bundesländer unlängst eine derartige Werbung für den EURO gefordert. ZDF, Blickpunkt Spezial vom 16. März 1997.

verständlich, warum das von der Werbung für den Marshall-Plan verbreitete Klischee von der selbstlosen Hilfe Amerikas, die primär das Wohl der Empfängerländer verfolgt habe, bis in unsere Tage perpetuiert wird. Die wirtschaftlichen, politischen und strategischen Interessen der USA sind demgegenüber von den westdeutschen Führungseliten kaum thematisiert worden. Die Nachteile einer bereits in der Adenauer-Ära etablierten idealisierenden Sicht der amerikanischen Außenpolitik im allgemeinen und speziell der Deutschlandpolitik zeigten sich dann in den sechziger Jahren, als viele Jugendliche unter dem Eindruck des Vietnam-Krieges von einer Welle des Anti-Amerikanismus erfaßt wurden.

Eine nüchterne Diagnose der Interessen der USA erklärt überdies, warum das ERP gerade in Deutschland so erfolgreich war. Amerikanische und westdeutsche Zielsetzungen waren weitgehend deckungsgleich, so daß man von einer deutsch-amerikanischen Interessenparallelität sprechen kann. Das ERP ist ein besonders eindrucksvoller Beleg für diesen politischen und wirtschaftlichen Gleichklang. Die Erinnerung an den Marshall-Plan, der nach dem Zweiten Weltkrieg den deutschen Wiederaufstieg einleitete, sollte nicht in einer nostalgischen Verklärung verharren, sondern für die deutsche Politik immer wieder Anlaß sein, eine weitgehende Harmonisierung der deutschen mit der amerikanischen Außenpolitik anzustreben. Hier, in der deutsch-amerikanischen Interessenparallelität, die sich im Marshall-Plan besonders deutlich manifestierte, liegt der große Erfolg deutscher Politik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Erinnern an den Marshall-Plan bedeutet für die deutsche Politik zugleich Verpflichtung zu einer engen deutsch-amerikanischen Kooperation auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Auch unter diesem Gesichtspunkt ist es zu begrüßen, daß der *German Marshall Fund* und die Citibank im Marshall-Jahr 1997 des ERP mit zahlreichen Initiativen gedenken. Neben überregionalen Veranstaltungen sind auch lokale Initiativen geplant. In acht deutschen Städten sind Schüler der Sekundarstufe II zur Teilnahme an einem sogenannten „CitiHistory-Projekt“ eingeladen, zu recherchieren, „was vor Ort aus Mitteln des Marshall-Plans zum Beispiel in Berlin finanziert und gefördert wurde und zu dokumentieren, was aus diesen Firmen, Institutionen usw. geworden ist“⁷⁴. Dieses

74 Friedrich W. Menzel, Citibank Frankfurt am Main, am 3. März 1997 in Berlin aus Anlaß der Pressekonferenz zur Eröffnung des Marshall-Jahres 1997, zitiert nach der Pressemitteilung der Citibank.

Projekt, das übrigens eine bereits in der Anfangsphase des Marshall-Plans besonders beachtete Zielgruppe anspricht, ist in zweifacher Hinsicht bedeutsam: So kann der Wettbewerb mit seiner lokalgeschichtlichen Akzentuierung dazu anregen, die in den Stadt- und Staatsarchiven noch nicht aus-

gewerteten Materialien einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Zugleich wird die Generation, die die künftige Politik der Bundesrepublik prägen wird, zu einer produktiven Auseinandersetzung mit der Grundlegung der deutsch-amerikanischen Nachkriegsbeziehungen angeregt.



Nach dem Verlust des Stammwerkes in Jena infolge der Teilung Deutschlands baute der Spezialglashersteller Schott 1951/52 in Mainz ein neues Hauptwerk auf. Kredite in Höhe von 15 Millionen DM aus dem Marshall-Plan dienten dabei als Starthilfe.

Europaweit verbreitetes Werbeplakat für den Marshall-Plan.



GEORGE C. MARSHALL FOUNDATION, ESTABLISHED 1953



This worker became a symbol of Berlin's recovery (1950), as he prepared to lay the foundation for a Marshall Plan, low-cost housing project.

Wiederaufbau von Wohnungen in Westberlin mit Hilfe des Marshall-Plans.

Der Marshall-Plan und die ökonomische Spaltung Europas

Als US-Außenminister George C. Marshall am 5. Juni 1947 anlässlich der Entgegennahme eines Ehrendoktors der Harvard-Universität seine programmatische, nur wenige Minuten dauernde Rede hielt, setzte er damit eine Dynamik in Gang, die die Nachkriegswelt von Grund auf verändern sollte. Seine Anregungen wurden als Fanal verstanden, das in der Folgezeit eine fieberhafte wirtschaftliche und politische Aktivität hervorrief und die drohende Lethargie in Europa überwand¹. Aus dieser Initiative entwickelte sich ein wirtschaftliches und politisches Programm – das *European Recovery Program* (ERP), kurz: Marshall-Plan – das mittlerweile nachgerade zu einem Mythos geworden ist.

Auch wenn die neuere Forschung an diesem Bild eine Reihe von Ergänzungen und Relativierungen vorgenommen hat, so bleibt doch ein imposanter Gesamteindruck bestehen. Die westliche Perspektive des Marshall-Plans wurde in unzähligen Dokumentenbänden, Monographien, Sammelbänden, Zeitschriftenaufsätzen und Zeitungsartikeln weitgehend ausgeleuchtet, obwohl für die Forschung immer noch genug zu tun bleibt². Relativ unbekannt bzw. wenig öffentlich ist demgegenüber die östliche Perspektive. Das liegt natürlich hauptsächlich an der Quellenlage, an der sich auch sie-

ben Jahre nach dem Zusammenbruch des Ostblocks eher wenig verändert hat; bis heute unzugängliche und unerschlossene Archive lassen hier für die Zukunft noch wesentliche Erkenntnisse erwarten. In diesem Beitrag wird der bisherige Forschungsstand zu diesem Aspekt zusammengefaßt und durch einige neuere Befunde ergänzt.

I. Die Haltung der Sowjetunion zum Marshall-Plan

In seiner Rede hatte Außenminister Marshall allgemein von Europa gesprochen, jedoch nicht präzisiert, was er darunter verstanden wissen wollte. Durch diese vage Sprachregelung ausgelöste Irritationen hinsichtlich des Geltungsbereiches seines Angebotes haben ihn veranlaßt, auf einer Pressekonferenz am 12. Juni 1947 klarzustellen, „daß er bei seinem Vorschlag . . . Großbritannien und die Sowjet-Union einbeziehe; er verstehe unter dem Begriff ‚Europa‘ alle die Gebiete, die westlich von Asien liegen“³. Es gab in der Rede indes noch eine weitere Passage, die zu Spekulationen Anlaß geben mußte. Mit Blick auf die sowjetische Obstruktionspolitik, die auf der Moskauer Außenministerkonferenz erneut klar zutage getreten war⁴, betonte Marshall: „Unsere Politik richtet sich nicht gegen irgendein Land oder irgendeine Doktrin, sondern gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos . . . Jeder Regierung, die bereit ist, beim Wiederaufbau zu helfen, wird die volle Unterstützung der Regierung der Vereinigten Staaten gewährt werden, dessen bin ich sicher. Aber eine Regierung, die durch Machenschaften versucht, die Gesundung der anderen Länder zu

1 Eine detaillierte Chronik der Marshall-Plan-Aktivitäten zwischen dem 5. Juni 1947 (Marshall's Harvard-Rede) und dem 22. September 1947 (Annahme des Schlußberichtes durch die Pariser Wirtschaftskonferenz) nebst amtlicher Kurzfassung des Schlußdokumentes findet man in: Europa-Archiv, 2 (1947) 4, S. 913–924.

2 Stellvertretend für viele: Stanley Hoffmann/Charles S. Maier (Eds.), *The Marshall Plan: A Retrospective*, Boulder – London 1984; Michael J. Hogan, *American Marshall Planners and the Search for a European Neocapitalism*, in: *American Historical Review*, 90 (1985); Othmar Nikola Haberl/Lutz Niethammer (Hrsg.), *Der Marshall-Plan und die europäische Linke*, Frankfurt a. M. 1986; Charles P. Kindleberger, *Marshall Plan Days*, Boston u. a. 1987; Hans-Jürgen Schröder, *Marshallplan, amerikanische Deutschlandpolitik und europäische Integration 1947–1950*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 18/87; Werner Abelshauser, *Hilfe und Selbsthilfe. Zur Funktion des Marshallplans beim westdeutschen Wiederaufbau*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 37 (1989); Charles S. Maier/Günter Bischof (Hrsg.), *Deutschland und der Marshall-Plan*, Baden-Baden 1992; Gerd Hardach, *Der Marshall-Plan. Auslandshilfe und Wiederaufbau in Westdeutschland 1948–1952*, München 1994.

3 Europa-Archiv, 2 (1947) 4, S. 913.

4 Zurückgekehrt von der Konferenz hielt Marshall am 28. April 1947 eine Rundfunkansprache, in deren Verlauf er die Situation in Europa und insbesondere in Deutschland prägnant umschrieb: „The patient is sinking while the doctors deliberate“ (zit. nach Thomas A. Bailey, *The Marshall Plan Summer. An Eyewitness Report on Europe and the Russians in 1947*, Stanford 1977, S. 1).

hemmen, kann von uns keine Hilfe erwarten. Darüber hinaus werden alle Regierungen, politische Parteien oder Gruppen, die es darauf abgesehen haben, das menschliche Elend zu einem Dauerzustand zu machen, um in politischer oder anderer Hinsicht Nutzen daraus zu ziehen, auf den Widerstand der Vereinigten Staaten stoßen.“⁵

Hatten die Sowjets auf die Verkündigung der „Truman-Doktrin“ vom 12. März 1947 (Zusicherung amerikanischer Hilfe „für die in ihrer Freiheit bedrohten freien Völker“) prompt mit einer scharfen verbalen Zurückweisung reagiert, in ihrer praktischen Politik allerdings den Willen zum Einlenken signalisiert, so verhielten sie sich gegenüber der Ankündigung Marshalls erstaunlich abwartend. Erst am 16. Juni nahm das Zentralorgan der KPdSU, die „Prawda“, zu der Rede Stellung; sie bezeichnete den Vorschlag als Fortsetzung des Truman-Plans, mittels US-Dollars politischen Druck auszuüben⁶.

Bereits am 14. Juni hatten die britische und französische Regierung bei der sowjetischen Regierung angefragt, ob diese zu einem Meinungs austausch über das Marshall-Angebot bereit wäre; am 18. Juni erfolgte eine förmliche Einladung zu einer Drei-Mächte-Außenministerkonferenz, die am 23. Juni in Paris beginnen sollte. Den Tagungsort hatte man mit Bedacht vorgeschlagen, um die Sowjets nicht zu verprellen; an der Regierung Frankreichs war seinerzeit auch die KPF beteiligt. Moskau hatte es freilich überhaupt nicht eilig, sich festzulegen; mehrfach ersuchte Außenminister Molotow seine britisch-französischen Amtskollegen, Bevin und Bidault, um nähere Informationen über die geplante amerikanische Initiative, die diese jedoch ebenfalls nicht zu liefern vermochten. Am 23. Juni – dem Tag, an dem die Konferenz gemäß ursprünglicher Planung zusammentreten sollte – nahm die Sowjetunion die britisch-französische Einladung schließlich doch an. Die Geheimplatzverhandlungen begannen am 27. Juni; einer Anregung der Briten folgend, waren nicht einmal amerikanische Beobachter zugegen.

Das Zögern der Sowjets deutet darauf hin, daß man sich in Moskau schwer tat, die amerikanische Initiative einzuordnen. Einerseits hatte die Sowjetunion Wirtschaftshilfe angesichts ihrer eigenen ökonomischen Lage sehr wohl nötig; die Reparationsfrage war in den Vier-Mächte-Verhandlungen nicht zu ihrer Zufriedenheit gelöst worden, und wenige Monate nach Kriegsende hatten die USA

ihre *Lend-Lease*-Lieferungen, an denen auch die Sowjetunion partizipiert hatte, abrupt eingestellt⁷. Andererseits schien das Angebot Marshalls auf einer Linie mit der Truman-Doktrin zu liegen, so daß der Kreml mißtrauisch blieb⁸. Aus neueren Quellen⁹ ist inzwischen bekannt, daß in Moskau beide Interpretationen vertreten wurden¹⁰.

In einem Bericht an Molotow vom 24. Juni hatte der führende Sowjetökonom Eugen Varga folgende Analyse vorgelegt: „Der Marshall-Plan dient in erster Linie dazu, die bevorstehende Wirtschaftskrise zu meistern; daß diese Krise kommt, wird von niemandem in den USA geleugnet. Daher müssen die USA in ihrem eigenen Interesse mehr Kredite als jemals zuvor zur Verfügung stellen, um auf diese Weise die heimische Überproduktion loszuwerden, selbst wenn sie schon vorher wissen, daß ein Teil dieser Kredite niemals zurückgezahlt werden wird. ... In diesem Zusammenhang geht es bei dem Marshall-Plan um folgendes: Falls die USA in ihrem eigenen Interesse amerikanische Güter im Werte von Milliarden Dollar auf Kreditbasis unzuverlässigen Schuldner zur Verfügung stellen, dann ist es notwendig, ein Maximum an politischen Vorteilen herauszuholen.“¹¹ In dieser Bewertung kommt die ideologisch bedingte, naive Erwartung zum Ausdruck, die USA ließen sich auch weiterhin als „nützlichen Idioten“ instrumentalisieren.

Demgegenüber betonte Botschafter Novikow in einem Telegramm an Molotow (ebenfalls vom 24. Juni) eher die politischen Dimensionen des Planes: „In diesem Zusammenhang bleiben die Hauptziele der amerikanischen Außenpolitik, der

7 Vgl. Othmar Nikola Haberl, Die sowjetische Außenpolitik im Umbruchsjahr 1947, in: ders./L. Niethammer (Anm. 2), S. 76 f.

8 Mißtrauen gab es auch auf amerikanischer Seite: US-Botschafter Walter B. Smith kablete am 23. Juni – dem Tag, an dem die Sowjets ihre Teilnahme an der Pariser Konferenz bestätigten – aus Moskau nach Washington, er vermute, Molotow werde eher mit destruktiven denn konstruktiven Absichten nach Paris gehen; vgl. Karel Kaplan/Vojtech Mastny, Stalin, Czechoslovakia, and the Marshall Plan: New Documentation from Czechoslovak Archives; in: Bohemia, 32 (1991), S. 139. Vojtech Mastny sieht Smiths damalige Vermutung durch Äußerungen Schdanows in seiner Grundsatzrede auf der Gründungskonferenz der Kominform im September 1947 bestätigt, wonach von vornherein klar gewesen sei, daß die UdSSR die amerikanische Hilfe zu Marshalls Bedingungen ablehnen und lediglich an der Konferenz teilnehmen wollten, um deren „wahren“ Charakter zu entlarven.

9 Vgl. Rolf Steininger, Deutsche Geschichte seit 1945. Darstellung und Dokumente in vier Bänden, Band 1: 1945–1947, Frankfurt a. M. 1996, S. 290 ff.

10 Vgl. Jens Hacker, Der Ostblock. Entstehung, Entwicklung und Struktur 1939–1980, Baden-Baden 1983, S. 331.

11 Zit. n. R. Steininger (Anm. 9), S. 292.

5 Europa-Archiv, 2 (1947) 2, S. 821.

6 Vgl. Europa-Archiv, 2 (1947) 4, S. 913.

Kern der Truman-Doktrin unverändert: den Demokratisierungsprozeß in Europa zu kontrollieren, die gegenüber der Sowjetunion feindlich eingestellten Kräfte zu stärken und günstige Bedingungen für amerikanisches Kapital in Europa und Asien zu schaffen. Eine grundlegende Analyse des Marshall-Plans zeigt, daß es letztlich darum geht, einen westeuropäischen Block als Instrument der amerikanischen Politik zu schaffen.¹² Novikow nannte fünf Gründe, warum Marshall in seiner Rede auf einem Gesamtplan der europäischen Länder bestanden habe: 1. sollte die Überlegenheit der USA gegenüber Europa herausgestrichen werden; 2. biete dieses Vorgehen die Möglichkeit, „im Rahmen des gemeinsamen Hilfsprogrammes für Europa Forderungen nach einer wirtschaftlichen Einheit Deutschlands auf einer Bourgeois-Basis zu stellen. Auf diese Weise wollen die USA eine vereinte Front der Bourgeois-Staaten Europas gegen die UdSSR in der deutschen Frage herstellen“; 3. ergebe sich damit die Gelegenheit, „die Beseitigung des ‚Eisernen Vorhangs‘ zu fordern, als Vorbedingung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas“; 4. solle Druck zur Bildung eines antisowjetischen Blocks in Europa ausgeübt werden, wenn die Sowjetunion sich weigere, an dem Plan teilzunehmen; 5. könne die Sowjetunion dafür verantwortlich gemacht werden, falls die Initiative scheitern sollte. Novikow vermutete ein bloßes taktisches Manöver der Westalliierten; seiner Meinung nach war eine Beteiligung der Sowjetunion ernsthaft überhaupt nicht vorgesehen¹³.

Da nähere Informationen über die Höhe der bereitgestellten Mittel und über Bedingungen, an die ihre Vergabe geknüpft werden sollte, nicht zu erhalten waren, und die politische Realisierung des Plans angesichts massiver Kritik aus dem amerikanischen Kongreß sowieso fraglich erschien, entschloß sich die sowjetische Führung, an der Pariser Konferenz teilzunehmen. Unter den gegebenen Bedingungen war dies die rationalste Entscheidung, die Optionen offen ließ und zudem versprach, einen etwaigen Verhandlungsabbruch propagandistisch ausschlichten zu können. Molotow reiste am 26. Juni mit großem Gefolge an, um seinen Optimismus hinsichtlich eines positiven Ausgangs der Beratungen zu demonstrieren. Sein Auftreten am ersten Konferenztag entsprach dieser Absicht; ein französischer Diplomat notierte, Molotow sei „außergewöhnlich freundlich“ gewesen, „die Sowjets (wollten) um jeden Preis verhin-

dern . . . , daß die Franzosen oder Briten unter irgendeinem Vorwand die Konferenz abbrechen“¹⁴.

In seiner ersten Rede am 28. Juni gab sich Molotow „überraschend konstruktiv“; er unterstrich, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau in Europa erleichtert würde, „wenn die Vereinigten Staaten von Amerika, deren Produktionsmöglichkeiten in der Kriegszeit keineswegs zurückgingen, sondern sogar beträchtlich zunahmen, die von diesen Ländern benötigte Wirtschaftshilfe gewähren würde“¹⁵. Vorbehalte machte er jedoch gegenüber dem französischen Vorschlag geltend, wonach ein allgemeines Wirtschaftsprogramm für die europäischen Länder ausgearbeitet und das Ausmaß der von ihnen gewünschten Hilfe festgestellt werden sollte. Demgegenüber forderte er, daß jedes Land selber darüber entscheiden sollte, welche Höhe der Kredite oder andere Hilfe es wünsche; solche internen Wirtschaftsfragen gehörten in die Souveränität eines jeden Staates, in die sich andere Staaten nicht einzumischen hätten¹⁶.

In seinem Reisegepäck hatte Molotow freilich eindeutige Direktiven des Kremls¹⁷; diese verpflichteten ihn dazu, einerseits alle erdenklichen Informationen über die Modalitäten der amerikanischen Hilfe zu sammeln. In konkreten Fragen mußte andererseits „die sowjetische Delegation jede Unterstützung ablehnen, die die Souveränität der Länder einschränken oder zu ihrer wirtschaftlichen Versklavung führen kann. Bei der Behandlung dieser Frage soll die sowjetische Delegation klarmachen, daß die Sowjetunion jene Bedingungen, die an die Hilfe für Griechenland und die Türkei geknüpft worden sind, ablehnt.“ Ebenso sollten „mögliche Vorschläge über die Bildung eines europäischen Hilfsprogrammes“ blockiert werden, „die die industrielle Entwicklung Osteuropas behindert und die wirtschaftlichen Beziehungen der einzelnen europäischen Länder aus der Vorkriegszeit verstärkt“. Gegenüber einer etwaigen Teilnahme Deutschlands an dem Hilfsprogramm sollte die Delegation eine harte Linie vertreten; diese Teilnahme könne erst erfolgen, nachdem eine Regelung der sowjetischen Reparationsansprüche und die Errichtung einer Viermächtekontrolle des Ruhrgebietes erreicht worden seien.

Tatsächlich erwiesen sich die westlichen und sowjetischen Vorstellungen als nicht kompatibel.

14 Zit. n. ebd., S. 294.

15 Zit. n. J. Hacker (Anm. 10), S. 331.

16 Vgl. ebd., S. 329 f.

17 Vgl. R. Steininger (Anm. 9), S. 293 f.

12 Ebd., S. 292.

13 Vgl. ebd., S. 292 f.

Durch einen Spion im Foreign Office, der über Gespräche zwischen dem amerikanischen Unterstaatssekretär William Clayton und den Briten berichtet hatte, war Moskau darüber informiert; ein entsprechendes Telegramm erhielt Molotow am 30. Juni von seinem Stellvertreter Wyschinski. Als mutmaßliche Inhalte der amerikanisch-britischen Konsultationen wurden fünf Punkte genannt: 1. sollte der Marshall-Plan dem Wiederaufbau Europas dienen und keine Fortsetzung der UNRRA-Hilfe sein; 2. sollten verschiedene Unterausschüsse für einzelne Wirtschaftssektoren unter Führung eines Hauptausschusses gebildet werden; 3. sollte jede der Organisationen zur Durchführung des Programmes außerhalb der Vereinten Nationen arbeiten, in denen Deutschland kein Mitglied war; 4. werde Deutschland für die Wirtschaft Europas nach wie vor eine entscheidende Rolle spielen; 5. würden sich Großbritannien und die USA Reparationszahlungen aus der laufenden Produktion an die Sowjetunion widersetzen¹⁸.

Obwohl solche bilateralen Gespräche an sich keine Besonderheit waren, verstärkten sie das Mißtrauen der Sowjets. Hinzu kamen die inhaltlichen, ordnungsstrategischen Differenzen, die nur auf den ersten Blick eher marginal erscheinen¹⁹. Tatsächlich mußte den Sowjets spätestens jetzt klar geworden sein, daß nichts weniger als die wirtschaftliche Integration Europas zur Debatte stand, eine Rekonstruktion und Vertiefung europäischer und globaler Arbeitsteilung und Handelsverflechtung. Die USA schienen darüber hinaus nicht länger gewillt, die sowjetische Hinhaltetaktik zu tolerieren; sie waren fest entschlossen, mit ihren westlichen Verbündeten den eingeschlagenen Weg zu forcieren – mit oder ohne Beteiligung der UdSSR (das Bekanntwerden bilateraler westlicher Konsultationen vermittelte den Sowjets eben dieses Signal). Auch waren die USA keinesfalls bereit, einen Blankoscheck auszustellen und Geld ohne Bedingungen zu verschenken; Ziel des Hilfsprogramms sollte die wirtschaftliche und politische Stabilität der begünstigten Länder in möglichst kurzer Zeit sein.

Es war von daher völlig klar, daß die Vereinigten Staaten bei der Verwendung der knapper werdenden eigenen Mittel sich ein gewichtiges Mitsprache-

recht ausbedingen mußten. Sie verlangten von den Europäern ein Höchstmaß an Eigeninitiative – nicht zuletzt, um die finanzielle Belastung der amerikanischen Steuerzahler zu minimieren, aber auch aus prinzipiellen Gründen. Dies konnte nur auf dem Wege einer intensiven multilateralen Zusammenarbeit der europäischen Staaten realisiert werden²⁰. Schließlich war den Amerikanern seit geraumer Zeit auch klar, daß Deutschland für den europäischen Genesungsprozeß eine maßgebliche Rolle spielen würde; die moralisch-naive Vorstellung, den Lebensstandard der Deutschen von vornherein auf den seiner Nachbarn einzufrieren²¹, war letztlich nur auf Kosten von deren eigenen Entwicklungsmöglichkeiten zu realisieren. Bei aller Berechtigung und Notwendigkeit zur Bestrafung der Deutschen für die von ihren Führern, mit ihrer Unterstützung oder doch zumindest weitgehender Billigung verursachte Katastrophe konnte dies à la longue kaum eine vernünftige Politik sein²².

Die Sowjetunion mußte bei diesem Arrangement um ihren Einfluß auf die ostmitteleuropäischen Länder fürchten, die teilweise noch immer stark vom Außenhandel mit Westeuropa abhingen und deren prosowjetische Orientierung zu diesem Zeitpunkt noch keineswegs gesichert war; das konnte Moskau nicht riskieren. Es spricht für die Rationalität ihres Machtkalküls, daß die Sowjets an dieser Stelle das Handtuch warfen. Nach anfänglicher Irritation waren Stalin und seine Berater zu einer völlig realistischen Einschätzung der amerikanischen Initiative gelangt²³. Daß sie sie aus ihrer

20 Vgl. H.-J. Schröder (Anm. 2). Gerade die neuere ökonomische Literatur zum Marshall-Plan betont solche ordnungspolitischen Aspekte. So sprechen Eichengreen und Uzan von einer Markt- und Vertrauenskrise in Europa, die durch den Marshall-Plan behoben werden konnte; vgl. Barry Eichengreen/Marc Uzan, *The Marshall Plan: Economic Effects and Implications for Eastern Europe and the Former USSR*, in: *Economic Policy*, 14 (1992). Berger und Ritschl konstatieren die Rekonstruktion der europäischen Arbeitsteilung durch den Marshall-Plan, mittels dessen institutionellen Rahmens eine Reihe von Kooperationsproblemen überwunden werden konnten; vgl. Helge Berger/Albrecht Ritschl, *Die Rekonstruktion der Arbeitsteilung in Europa. Eine neue Sicht der Marshallplans*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 43 (1995).

21 Vgl. Alexander Fischer/Martin Rißmann, *Deutschland als Gegenstand alliierter Politik (1941–1949)*; in: *Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*, Band II: *Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung*, Frankfurt a. M. – Baden-Baden 1995, S. 1323.

22 Vgl. Charles P. Kindleberger, *The Marshall Plan and the Cold War*, in: ders. (Anm. 2), S. 94.

23 „Es war von der Sache her undenkbar, daß an dieser Organisation (der OEEC) Staaten teilnahmen, die einer dezidiert anderen, planwirtschaftlich-autonomen Außenwirtschaftspolitik verpflichtet waren“. Ludolf Herbst, *Der Mar-*

18 Vgl. ebd., S. 295.

19 Rolf Steininger vertritt die These, „daß die Differenzen in der Sache . . . das Scheitern der Konferenz nicht wirklich rechtfertigten. Ein Kompromiß wäre wohl möglich gewesen, wäre der ernsthafte Wille dazu vorhanden gewesen; er war es nicht“ (ebd., S. 289). Der Zeitgeschichtler mag es einem ordnungstheoretisch orientierten Ökonomen nachsehen, aber nach Ansicht des Verfassers hätten die Differenzen kaum größer sein können.

ideologischen Perspektive nur als „imperialistisches Machwerk“ interpretieren konnten und jede propagandistische Möglichkeit zu ihrer Diffamierung ergriffen, versteht sich von selbst.

Am 2. Juli 1947 hielt Molotow seine berühmte Schlußrede, die das vorzeitige Ende der Pariser Konferenz bedeutete. Obschon ideologisch verbrämt, faßte hier Molotow noch einmal die zentralen Meinungsverschiedenheiten zusammen und warnte Briten und Franzosen „vor den Folgen von Maßnahmen . . . , die nicht die Vereinheitlichung der Bemühungen der europäischen Länder für den wirtschaftlichen Wiederaufbau nach dem Kriege bezwecken, sondern zu ganz anderen Ergebnissen führen, die mit den wahren Interessen der Völker Europas nichts gemein haben“²⁴.

Mit dem „Nein“ der Sowjets war auch über die (Nicht-)Teilnahme der Staaten Ostmittel- und Südosteuropas innerhalb der sowjetischen Einflußsphäre entschieden. Darüber gab man sich in Washington, London und Paris keinerlei Illusionen hin; nicht zuletzt deshalb wurden auch in der Folgezeit mehrfache Versuche unternommen, Moskau doch noch von seiner ablehnenden Haltung abzubringen. Auf der anderen Seite hatten ökonomische Analysen die Amerikaner davon überzeugt, daß Osteuropa wirtschaftlich zwar von Westeuropa abhing, nicht aber (bzw. nur in geringerem Maße) umgekehrt²⁵. Und letztlich war man wohl auch allseits erleichtert, den ökonomischen Neuanfang und Wiederaufbau (West)Europas ohne die Obstruktion der widerborstigen Sowjets vorantreiben zu können²⁶.

Eine völlig andere Frage ist indes, ob der ganze Plan auf westlicher Seite von Anfang an nichts weiter war als ein abgekartetes Spiel, bei dem man die UdSSR und sogar die osteuropäischen Staaten auf keinen Fall dabei haben wollte²⁷. Darüber kann man nur spekulieren! Kaum zu bestreiten

shallplan als Herrschaftsinstrument? Überlegungen zur Struktur amerikanischer Nachkriegspolitik. Antrittsvorlesung vom 12. Mai 1992, Institut für Geschichtswissenschaften am Fachbereich Philosophie und Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1993, S. 13.

24 Europa-Archiv, 2 (1947) 2, S. 823.

25 Vgl. L. Herbst (Anm. 23), S. 7.

26 Charles Kindleberger hat im Vorwort zum Neuabdruck eines Aufsatzes von 1968 bemerkt: „There can be no doubt that the ranks in which my friends and I dwelt were much relieved, like Acheson and Bohlen, when the Soviet Union walked out of the Paris meeting in high dudgeon, rather than ostensibly going along and smothering the operation in bear hugs“. Charles P. Kindleberger, (Anm. 22), S. 93.

27 Vgl. Charles S. Maier, „Es geht um die Zukunft Deutschlands und damit um die Zukunft Europas“, in: ders./G. Bischof (Anm. 2), S. 21 f.

dürfte sein, daß es in den USA und möglicherweise in noch stärkerem Maße in Großbritannien solche Tendenzen gegeben hat. Tatsache ist aber auch, daß die maßgeblichen Akteure in der US-Regierung sich darüber einig waren, daß die USA unter keinen Umständen die Verantwortung für ein geteiltes Europa übernehmen durften; daher war man aufs äußerste bemüht, den Sowjets weder in Worten noch in Taten einen Vorwand für einen Verhandlungsabbruch zu liefern²⁸.

Der in diesem Zusammenhang von einigen Autoren vorgebrachte Vorwurf, wonach die USA die UdSSR nur formal zur Mitarbeit am Marshall-Plan aufgefordert, insgeheim jedoch auf deren Fernbleiben gehofft hätten, mag zutreffen und geht gleichwohl am Kern der Sache vorbei. Zurecht stellt Hacker dazu fest: „Wer so . . . argumentiert, muß sich fragen lassen, unter welchen Bedingungen Stalin bereit gewesen wäre, eine ökonomische Hilfe seitens der USA in Erwägung zu ziehen.“²⁹ Gewiß war für Stalin das Marshall-Plan-Angebot unannehmbar, aber kaum deswegen, weil er im Kreis der Teilnehmer ein ungeliebter – obschon gebetener Gast – gewesen wäre. Man muß keineswegs eine vermeintliche (oder auch tatsächliche) „Verschwörung“ der Westalliierten bemühen, um zu erklären, warum Moskau das Angebot keinesfalls hätte akzeptieren können³⁰.

II. Die Reaktionen der ostmittel- und südosteuropäischen Staaten

Tatsächlich gestaltete sich der einheitliche Boykott des Marshall-Planes durch die Staaten in der sowjetischen Einflußsphäre vielfältiger und z. T. dramatischer, als das vorhersehbare Resultat der

28 Vgl. J. Hacker (Anm. 10), S. 346. Interessant ist immerhin, daß dies auch für den „Architekten“ der sog. „Eindämmungspolitik“, den amerikanischen Diplomaten George F. Kennan galt, der als Leiter des Planungsstabes des US-Außenministeriums maßgeblich für die Ausarbeitung des Marshall-Planes verantwortlich zeichnete. Kennan hatte die Grundlinien seiner „Containment-Strategie“ in einem scharfsinnigen Aufsatz zum Sowjetsystem entwickelt, der in der Juli-Ausgabe 1947 der renommierten Zeitschrift „Foreign Affairs“ veröffentlicht wurde (vgl. X, The Sources of Soviet Conduct, in: Foreign Affairs, 25 (1947) 4) und auf den in diesem Zusammenhang gern verwiesen wird. Liest man diesen Beitrag sorgfältig, so wird deutlich, daß gerade Kennan sich gegen jegliche Art ultimativen außenpolitischen Abenteuerums wendet; statt dessen plädiert er für eine geduldige und stetige Politik aus einer Position der Stärke heraus (ebd., S. 575, 581).

29 J. Hacker (Anm. 10), S. 345.

30 Vgl. A. Fischer/M. Reißmann (Anm. 21), S. 1342.

gemeinsamen Ablehnung glauben machen könnte. Am 3. Juli 1947 luden die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs alle europäischen Länder mit Ausnahme der Sowjetunion, Deutschlands und Spaniens zu einer weiteren Konferenz nach Paris ein; diese sollte am 12. Juli beginnen und eine Antwort auf Außenminister Marshalls Offerte erarbeiten. Als Goodwill-Geste wurde der sowjetischen Botschaft in Paris eine Kopie der Einladung nebst Brief übergeben, in dem der Hoffnung Ausdruck verliehen wurde, die UdSSR möge ihre ablehnende Haltung überdenken³¹.

Von den osteuropäischen Ländern zeigten sich nur Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei offen an der Einladung interessiert; da unter den gegebenen Bedingungen von einem starken Interesse auch der übrigen Staaten im sowjetischen Einflußbereich ausgegangen werden kann, darf man vermuten, daß die meisten bereits vorab von Moskau entsprechend instruiert wurden. Am 8. Juli meldete die sowjetische Nachrichtenagentur TASS, daß die polnische, die rumänische und die jugoslawische Regierung die Einladung nach Paris abgelehnt hätten, noch bevor beim französischen Außenminister auch nur eine formelle Absage eingegangen war³². Einen Tag später wurde die Einladung von der bulgarischen Regierung abgelehnt, und am 10. Juli erfolgten Zurückweisungen durch Jugoslawien, Ungarn, die ČSSR und Finnland³³; gleichzeitig veröffentlichte Radio Moskau die Ablehnung Albaniens.

Interessant sind die Geschehnisse in Jugoslawien. Am 9. Juni 1947, also bereits eine Woche vor der ersten offiziellen Äußerung der Sowjets zum Marshall-Plan, veröffentlichte die wichtigste jugoslawische Tageszeitung einen entsprechenden negativen Kommentar des *Daily Worker*, dem Organ der britischen KP. Eine derartige Brüskierung konnte Moskau kaum dulden; es zwang die jugoslawischen Kommunisten auf seine eher abwartende Linie, wobei diese allerdings erneut übers Ziel hinaus schossen. Am 27. Juni übermittelte die jugoslawische Regierung eine Note an die Regierungen der UdSSR, Großbritanniens und Frankreichs, in der sie – unaufgefordert – ihre Bereitschaft zu Gesprächen über den Marshall-Plan bekundete³⁴. Die endgültige Absage am 10. Juli beendete diese Eigenmächtigkeiten einstweilen.

31 Vgl. Europa-Archiv, 2 (1947) 4, S. 915.

32 Vgl. ebd., S. 915; J. Hacker (Anm. 10), S. 339.

33 Obwohl Finnland zwar Anrainer der UdSSR, nicht aber zu deren unmittelbaren Einflußbereich zählte, reihte es sich in die Boykottfront ein, weil es Repressionen fürchtete; vgl. J. Hacker, ebd., S. 338.

Am dramatischsten aber verlief der Gleichschaltungsprozeß in der ČSSR, die aufgrund ihrer ökonomischen und demokratischen Tradition dem Westen sehr nahe stand. In Prag existierte zu dieser Zeit (noch) eine Koalitionsregierung mit bürgerlicher Beteiligung, und die Rote Armee hatte sich gleichzeitig mit den amerikanischen Truppen schon wenige Monate nach Kriegsende aus dem Land zurückgezogen³⁵. Am 8. Juni hatte die tschechoslowakische Regierung gegenüber der französischen Regierung ihre Zusage zur Teilnahme an der Pariser Marshall-Plan-Konferenz angekündigt; sie ging dabei davon aus, daß auch die polnische Regierung ihre Teilnahme zusagen würde. Daraufhin beorderte Stalin eine tschechoslowakische Regierungsdelegation nach Moskau, die dort in der Nacht vom 9. auf den 10. Juni mit Stalin und Molotow im Kreml zusammentraf. Ein erst jüngst veröffentlichtes tschechisches Dokument enthält ein Wortprotokoll der Begegnung³⁶. Manches deutet darauf hin, daß vor dem offiziellen Gespräch bereits entscheidende Vorklärungen stattgefunden haben³⁷. Die Gäste überboten sich in „vorausweisendem Gehorsam“; Stalin gab sich jovial und machte großzügige Zusagen hinsichtlich der ihm vorgetragenen Außenhandelsprobleme, die als Hauptgrund für die ins Auge gefaßte Beteiligung am Marshall-Plan genannt wurden³⁸. Er ließ allerdings bei seinen Gesprächspartnern nicht den geringsten Zweifel daran aufkommen, daß er die Teilnahme an der Pariser Konferenz als einen gegen die Sowjetunion gerichteten, unfreundlichen Akt werten würde: „Für uns ist das eine ‚Frage der Freundschaft‘ ... Wenn Sie nach Paris gehen, dann zeigen Sie, daß Sie gewillt sind, an einer Aktion teilzunehmen, die darauf abzielt, die Sowjetunion zu isolieren. Alle slawischen Staaten haben die Teilnahme verweigert, selbst Albanien hat sich nicht gescheut, abzulehnen, und deshalb glauben wir, daß Sie Ihre Zusage zurückziehen sollten. ... Die Teilnahme an der Konferenz würde Sie ins falsche Licht setzen. Es wäre ein ‚Bruch der Front‘, ein Erfolg für die Westmächte. Die Schweiz und Schweden zögern noch. Ihre

34 Vgl. Othmar Nikola Haberl, Jugoslawien in der Anfangsphase des Kalten Krieges. Vom vergeblichen Rehabilitierungsversuch gegenüber der UdSSR zur begrenzten Anlehnung an den Westen, in: ders./L. Niethammer (Anm. 2), S. 317.

35 Vgl. Jiri Kosta, Die Eingliederung der tschechoslowakischen Volkswirtschaft in die Wirtschaft Osteuropas nach dem Zweiten Weltkrieg, in: O. N. Haberl/L. Niethammer, ebd., sowie J. Hacker (Anm. 10), S. 362 ff.

36 Vgl. K. Kaplan/V. Mastny.

37 Vgl. ebd., S. 142.

38 Vgl. ebd., S. 136 f.

Zusage würde deren Entscheidung gewiß beeinflussen.³⁹

Noch von Moskau aus zogen die Tschechen am 10. Juli ihre Zusage für die Konferenz zurück; in der Begründung heißt es in enger Anlehnung an Stalins Direktive: „Es wird festgestellt, daß eine Anzahl von Ländern, insbesondere alle slawischen und andere Länder Mittel- und Osteuropas, die Einladung nicht angenommen haben. Folglich werden diejenigen Länder, mit denen die tschechoslowakische Republik enge wirtschaftliche und politische an Verträge gebundene Beziehungen unterhält, nicht an der Konferenz teilnehmen. Unter diesen Umständen würde die Teilnahme der Tschechoslowakei als ein gegen die Freundschaft mit der Sowjet-Union und anderen Verbündeten gerichteter Akt ausgelegt werden. Aus diesem Grunde beschließt die Regierung einstimmig, an der Konferenz nicht teilzunehmen.“⁴⁰

Nach seiner Rückkehr äußerte Masaryk gegenüber einem Freund: „Ich bin als Außenminister eines unabhängigen Staates nach Moskau gegangen und als Lakai der sowjetischen Regierung zurückgekehrt.“⁴¹ Am 10. März 1948 wurde die Leiche Jan Masaryks im Hof des Außenministeriums gefunden⁴²; die Umstände seines Todes sind bis heute noch nicht völlig geklärt.

Zu Jugoslawien gibt es noch ein bemerkenswertes Postskript: Bereits am 13. November 1947, ein gutes halbes Jahr vor dem Ausschluß Jugoslawiens aus dem sogenannten Kommunistischen Informationsbüro (Kominform) am 28. Juni 1948, verhandelte der jugoslawische Außenminister Simitsch mit US-Außenminister Marshall in Washington über Wirtschaftsbeziehungen seines Landes zu Westeuropa im Rahmen des Marshall-Planes⁴³. Aber erst nachdem es im Laufe des Jahres 1949 zum endgültigen Bruch zwischen Moskau und Belgrad gekommen war, leitete Tito im Herbst 1950 auch eine vorsichtige Revision seiner Kritik am Marshall-Plan ein: „Wir sind nicht mehr der Auffassung, daß er so katastrophal ist, wie er von gewisser Seite beschrieben wird. Dies um so weniger, als er einigen Ländern – wie Italien und Frankreich – tatsächlich geholfen hat.“ Im Oktober 1954 erfolgte dann eine völlige Kehrtwendung:

Tito betonte, daß die USA „... für die Lösung der Nachkriegsschwierigkeiten einen grundsätzlich neuen Weg gefunden (haben): die obgleich vielleicht von nationalen Interessen inspirierte, dennoch außerordentlich wichtige und nützliche Wirtschaftshilfe in völlig neuem Rahmen, wobei insbesondere, soweit es unser Land betrifft, keine Bedingungen gestellt wurden, die unsere Souveränität und Unabhängigkeit beeinträchtigt hätten“⁴⁴.

III. Die Folgen des Marshall-Planes für Osteuropa

Nachdem der Konflikt mit der Sowjetunion im Zuge der Marshall-Plan-Aktivitäten sich derart zugespitzt hatte, war die Welt fast über Nacht eine andere geworden. Stalin gab nun jegliche Rücksichtnahme gegenüber den Westalliierten auf und verfolgte zielstrebig und mitunter äußerst brutal die Vollendung seiner Sowjetisierungspolitik in den Staaten seiner Einflußsphäre⁴⁵. Die USA antworteten insbesondere mit einer Embargo-Politik, die verhindern sollte, daß die Sowjets in den Besitz strategischer Güter gelangen könnten. Diese Politik wurde seitens der USA im März 1948 begonnen⁴⁶, einen Monat bevor der Kongreß in Washington nach abschließenden Beratungen den „Economic Cooperation Act“ verabschiedete, der den ERP-Aktivitäten einen gesetzlichen Rahmen geben sollte⁴⁷. Ob die Embargo-Maßnahmen einen entscheidenden Einfluß auf die Handelsbeziehungen und damit auf die Arbeitsteilung zwischen Ost und West gehabt haben, ist bis heute umstritten. Diese These wird u. a. von Gerd Hardach vertreten⁴⁸, aber etwa von Alfred Schüller und Hannelore Hamel kritisiert⁴⁹.

Die Eigenmächtigkeiten seiner Satelliten in der Marshall-Plan-Frage hatte Stalin indes davon überzeugt, daß die von ihm bislang präferierte Politik bilateraler Beziehungen durch multilaterale Institutionen ergänzt werden müßte. Als erster Schritt wurde daher auf einer Warschauer Konferenz von Vertretern kommunistischer Par-

39 Ebd., S. 135 f. (Übersetzung durch den Verfasser).

40 Zit. n. Europa-Archiv, 2 (1947) 4, S. 915 f.

41 Zit. n. R. Steininger (Anm. 9), S. 297.

42 Vgl. J. Hacker (Anm. 10), S. 374.

43 Vgl. Europa-Archiv, 3 (1948) 2, S. 1142. Im Herbst 1947 strebten im übrigen fast alle Volksdemokraten Osteuropas verstärkte Wirtschaftsbeziehungen mit westeuropäischen Staaten an, allerdings zumeist außerhalb des Rahmens des Marshall-Planes.

44 zit. n. O. N. Haberl (Anm. 34), S. 327. Vgl. auch J. Hacker (Anm. 10), S. 333.

45 Vgl. J. Hacker, ebd., S. 359 ff.

46 Vgl. G. Hardach (Anm. 2), S. 185 ff.

47 Vgl. Europa-Archiv, 3 (1948) 6/7, S. 1385 ff.

48 Vgl. G. Hardach (Anm. 2), S. 12.

49 Vgl. Alfred Schüller/Hannelore Hamel, Die Integration der DDR-Wirtschaft in den RGW, in: Deutscher Bundestag (Anm. 21), S. 2717; vgl. auch Ch. P. Kindleberger (Anm. 22), S. 101.

teien aus Ost und West im September 1947 das Kommunistische Informationsbüro (Kominform) ins Leben gerufen⁵⁰. Es sollte an die Stelle der 1943 von Stalin aufgelösten Kommunistischen Internationale (Komintern) treten. Im Gründungsdokument⁵¹ wird die „Zwei-Lager-Theorie“ entwickelt und der Marshall-Plan als aggressive, expansionistische Strategie des US-Imperialismus geißelt; einen besonderen Schwerpunkt bildet die diffamatorische Kritik an der Sozialdemokratie Westeuropas. Das Kominform spielte in der Folgezeit insbesondere eine maßgebliche Rolle im Konflikt Jugoslawiens mit Moskau⁵².

Schon am 11. Juli 1947 wurde in der UdSSR von einem Molotow-Plan berichtet, der durch ein System gegenseitiger Handelsbeziehungen ein Gegenstück zum Marshall-Plan bilden sollte⁵³. Offenbar hatte man zwischenzeitlich auch in Moskau erkannt, daß eine stärkere wirtschaftliche Integration der osteuropäischen Staaten mit der Sowjetunion dringend erforderlich wäre; nur so könnte es auch gelingen, die Staaten politisch näher aneinander und insbesondere an die UdSSR zu binden. Dieses bilaterale Konzept wurde indes verworfen⁵⁴. Es dauerte weitere eineinhalb Jahre, bis am 18. Januar 1949 im Gefolge einer Moskauer Wirtschaftskonferenz der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) gegründet wurde. Das „dürftige Gründungskommuniqué“ (Hacker) wurde erst am 25. Januar 1949 veröffentlicht und bleibt hinsichtlich der Ziele und Organisationsform eigentümlich vage⁵⁵. Daran läßt sich u. a. ablesen, daß die Sowjets über kein Integrationskonzept für Osteuropa (geschweige denn für Gesamteuropa) verfügten, das einen Vergleich mit dem Marshall-Plan hätte standhalten können. Von Beginn an zielte der RGW weiterhin auf primär bilaterale Beziehungen der Sowjetunion zu ihren Verbündeten ab, mittels derer eine einseitige Ausrichtung auf die ökonomischen und politischen Interessen der UdSSR realisiert werden sollte⁵⁶.

Obwohl der RGW in den sechziger und siebziger Jahren eine etwas größere Rolle spielen sollte, gelang es nie, die mit ihm verknüpfte Hoffnung auf eine supranationale Planung zu verwirklichen. Als zentrales Problem erwies sich die dem Plansystem immanente „Autarkiefalle“, die im nationalen Rahmen insbesondere zur Kombinationswirt-

schaft geführt hat und sich auf internationaler Ebene weiter potenzierte. Autarkie bedingt Parallel-Produktion, die effizienter Arbeitsteilung entgegenwirkt und daher wenig Anreize zur Entwicklung von Handelsbeziehungen schafft⁵⁷.

IV. Marshall-Plan und Blockbildung

Rückblickend stellt sich das Jahr 1947 als ein Schicksalsjahr dar, in dem sich die nach dem Krieg latent vorhandene Spaltung Europas und der Welt in zwei Machtblöcke vollzog. Mit einiger Berechtigung wird dabei der 2. Juli 1947 – der Tag, an dem Molotow die Pariser Drei-Mächte-Außenministerkonferenz verließ – als der eigentliche Beginn des Kalten Krieges⁵⁸ apostrophiert⁵⁹.

Es scheint eher unwahrscheinlich, daß die Entwicklung ohne den Marshall-Plan einen grundsätzlich anderen Verlauf genommen hätte; er war lediglich Anlaß, nicht aber Ursache der Blockbildung.

Soweit man dies angesichts der vielfältigen, z. T. auch widersprüchlichen Positionen der beteiligten Personen und Institutionen auf amerikanischer Seite wie auch zwischen den Westmächten überhaupt sagen kann, verfolgten die USA mit dem Marshall-Plan vornehmlich konstruktive Intentionen, namentlich eine ökonomische und politische Stabilisierung Europas, selbstredend im Sinne ihrer Weltanschauung und durchaus auch im eigenen Interesse; dabei gab es gewisse Essentials, zu denen aber kaum die Forcierung der politischen Blockbildung zählte. Diese wurde eher in Kauf genommen als angestrebt; darauf hat (obschon mit anderer Konnotation) insbesondere John Gimbel hingewiesen⁶⁰. Daß die Westalliierten zugleich davon überzeugt waren, wirtschaftliche und politische Stabilität in Europa wären auch das wirksamste Mittel gegen eine Ausbreitung des Kommunismus, widerspricht dieser Interpretation nicht; die ideologische Spaltung existierte bereits lange vorher. Entscheidend war, daß die USA – im Unterschied zur Situation nach dem Ersten Weltkrieg – eine langfristige Verantwortung für Europa und

57 Vgl. J. Hacker (Anm. 10), S. 436 f.

58 Gewöhnlich wird der Begriff „Cold War“ dem amerikanischen Journalisten Walter Lippmann zugeschrieben. Dieser scheint ihn indes nur popularisiert zu haben; die eigentliche begriffliche Invention erfolgte bereits im April 1947 durch Herbert Swope. Vgl. G. Hardach (Anm. 2), S. 39.

59 Vgl. J. Hacker (Anm. 10), S. 343.

60 Vgl. u. a. John Gimbel, Die Entstehung des Marshall-Plans, in: O. N. Haberl/L. Niethammer (Anm. 2), S. 25.

50 Vgl. J. Hacker (Anm. 10), S. 351 ff.

51 Vgl. Europa-Archiv, 2 (1947) 4, S. 935 f.

52 Vgl. J. Hacker (Anm. 10), S. 392 ff.

53 Vgl. Europa-Archiv, 2 (1947) 4, S. 935 f.

54 Vgl. A. Schüller/H. Hamel (Anm. 49), S. 2716.

55 Vgl. Europa-Archiv, 4 (1949) 9, S. 2115 f.

56 Vgl. A. Schüller/H. Hamel (Anm. 49), S. 2717.

mit dem Marshall-Plan die europolitische Initiative übernahmen⁶¹.

Eine genauere Analyse zeigt, daß der Marshall-Plan weder ein bloßes Hilfsprogramm für Europa und/oder die amerikanische Wirtschaft, noch eine „kalte“ Kriegserklärung an die UdSSR war; insoweit griffen beide ursprünglichen Interpretationen der Sowjets zu kurz. Demgegenüber handelte es sich primär um die Bündelung knapper Ressourcen zu einem umfassenden ökonomischen Wiederaufbauprogramm, dessen ordnungspolitische Dimensionen eine Teilnahme der Sowjetunion allerdings nahezu zwangsläufig ausschlossen. Damit war eine Teilung Europas und der Welt in einen westlichen und in einen östlichen Wirtschaftsraum vorgezeichnet; erst die Reaktionen der Sowjetunion und ihre Machtpolitik ließen daraus auch ein politische Spaltung werden.

Die Blockbildung war letztlich durch das tiefe Mißtrauen der Sowjetunion gegenüber einer Außenwelt bedingt, die sie aus ihrer ideologischen Sicht nur als feindliche wahrnehmen konnte. Erst die Herstellung und Konsolidierung eines „Cordon sanitaire“, die mit der Sowjetisierung Osteuropas abgeschlossen wurde, machte insoweit das Verhalten der Sowjets einigermaßen berechenbar. Die

61 Das kündigte sich bereits in der Stuttgarter Rede von Marshalls Amtsvorgänger, James F. Byrnes, am 6. September 1946 an; vgl. R. Steiniger (Anm. 9), S. 264.

Interimsphase war demgegenüber durch ein hohes Maß an Instabilität gekennzeichnet; diesen Zustand zu verlängern, wäre mutmaßlich wenig ratsam gewesen.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang auch an zwei Äußerungen Stalins, die seine Denkweise deutlich machen. Gegenüber Milovan Djilas, dem Stellvertreter Titos, bemerkte Stalin im Frühjahr 1945 – wenige Wochen vor dem Kriegsende: „Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit; wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, so weit seine Armee vordringen kann. Es kann gar nicht anders sein.“⁶² Und gegenüber den alliierten Verhandlungspartnern auf der Konferenz von Potsdam räumte Stalin ganz unverblümt ein: „Jede frei gewählte Regierung wäre antisowjetisch, und das können wir nicht zulassen.“⁶³

Den hohen Preis für diese Machtpolitik hatten nahezu ausschließlich die Völker im Machtbereich der UdSSR zu bezahlen; sie waren und sind die eigentlichen Verlierer des Kalten Krieges.

62 Zit. n. R. Steiniger (Anm. 9), S. 86.

63 Zit. (in eigener Übersetzung) n. Hans-Jürgen Schröder, Von der Anerkennung zum Kalten Krieg: Die USA und die Sowjetunion 1933–1947, in: Gottfried Niedhart (Hrsg.), Der Westen und die Sowjetunion. Einstellungen und Politik gegenüber der UdSSR in Europa und in den USA seit 1917, Paderborn 1983, S. 187.

Günter Bischof: Der Marshall-Plan in Europa 1947–1952

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22–23/97, S. 3–17

Der Marshall-Plan hatte viele Väter, vor allem aber eine Gruppe junger Ökonomen in den Wirtschafts- und Handelsabteilungen des amerikanischen State Department, die mit der Integration der europäischen Volkswirtschaft vor allem Deutschland in die Völkerfamilie zurückbringen wollten. Das Angebot des Außenministers George C. Marshalls vor fünfzig Jahren am 5. Juni 1947 führte allerdings indirekt zur Teilung Europas, da der Kreml das Europäische Wiederaufbau Programm (ERP) als Versuch ansah, ihm seine Einflußzone in Osteuropa streitig zu machen, wie jetzt auch aus der neuen, auf russischen Archiven basierenden Literatur klarer hervorgeht.

Die 16 europäischen Teilnehmerstaaten profitierten vom Marshall-Plan ganz unterschiedlich: Die einen stabilisierten ihre Finanzen und trugen die Staatsschuld ab; die anderen setzten die Mittel zum Wiederaufbau ihrer Industrien ein, wie aus zwei Fallstudien zu Frankreich und Österreich gezeigt wird. Diese zwei Länder zeigen aber auch, daß die Gelder des Marshall-Plans nur eine „schwache Waffe“ waren, in die oft problematische Wirtschafts- und Finanzpolitik der Empfängerstaaten direkt zu intervenieren. Österreich profitierte vom Marshall-Plan wie kein anderer Staat. Aber auch hier hatten die amerikanischen Produktivitätskampagnen zur Steigerung der Effektivität nur einen mäßigen Erfolg. Wie in Frankreich obsiegten in Österreich trotz massiven Drucks der Amerikaner meist heimische Prioritäten und die Traditionen der eigenen politischen Ökonomie. Neben den Lichtseiten der großzügigen Hilfe und den Anstößen zur europäischen Integration hatte der Marshall-Plan auch Schattenseiten – etwa daß die Amerikaner nicht immer selber praktizierten, was sie den Europäern rieten, oder daß sie den einzelnen Volkswirtschaften allzusehr ihre eigenen ökonomischen Prinzipien zu vermitteln suchten.

Hans-Jürgen Schröder: 50 Jahre Marshall-Plan in Deutschland

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22–23/97, S. 18–29

Das vom amerikanischen Außenminister George C. Marshall am 5. Juni 1947 angekündigte Europäische Wiederaufbauprogramm (*European Recovery Program*, ERP) hat sich sowohl wirtschaftlich wie politisch als überaus erfolgreich erwiesen. Im Rahmen ihrer auf Eindämmung der ideologischen und machtpolitischen Expansion der UdSSR zielenden Außenpolitik gelang es den USA, eine wirtschaftliche und politische Stabilisierung Westeuropas einzuleiten, die westeuropäischen Staaten gegen eine kommunistische Unterwanderung zu immunisieren und Impulse zur europäischen Integration zu geben.

Im Kontext dieser außenpolitischen Strategie fiel Westdeutschland eine Schlüsselstellung zu. Washington betrachtete die Einbeziehung des westdeutschen Wirtschaftspotentials für die Wiederbelebung der westeuropäischen Wirtschaft für unerlässlich. Außerdem kam Deutschland als Nahtstelle der antagonistischen Mächte im Ost-West-Konflikt eine besondere politische Bedeutung zu. Für die Westdeutschen markierte die Einbeziehung in das ERP den Beginn des wirtschaftlichen und politischen Wiederaufstiegs nach dem Zweiten Weltkrieg.

Der Marshall-Plan mit seinem Volumen von ca. 14 Milliarden US-Dollar war allerdings kein Selbstläufer. Die amerikanische Regierung hatte daher umfangreiche Initiativen ergriffen, um sowohl in den USA (wo nach der teuren Kriegsfinanzierung nun auch dieses Geld aufgebracht werden mußte) als auch in Europa (aus politischen Gründen) für das Hilfsprogramm zu werben. In dieser Propagandakampagne wurden vier Schwerpunkte gesetzt: Dokumentation wirtschaftlicher Fortschritte im Rahmen des ERP, Intensivierung industrieller und landwirtschaftlicher Produktion, Förderung des Europagedankens und Betonung der Tatsache, daß die Hilfe aus den USA kam.

Die Werbung für den Marshall-Plan hat mit dazu beigetragen, daß er im kollektiven Gedächtnis der Deutschen auch heute noch als Erfolgsgeschichte gilt. Überdies wird des Marshall-Plans in der Bundesrepublik aus guten Gründen mit besonderer Dankbarkeit gedacht. Die Gedenkreden der Bundespräsidenten und der Bundeskanzler belegen dies. In diesem Zusammenhang wird der Marshall-Plan auch immer wieder zu Recht als Symbol der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit der Nachkriegszeit begriffen. Sie setzt sich bis heute fort im *German Marshall Fund of the United States* sowie in der deutschen Marshall-Gedächtnisstiftung, die zahlreiche politische, wissenschaftliche und publizistische Austauschprogramme fördern.

Walter Heering: Der Marshall-Plan und die ökonomische Spaltung Europas

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22-23/97, S. 30-38

Die westliche Perspektive des Marshall-Plans ist inzwischen weitläufig erforscht; relativ wenig bekannt ist indes die östliche Sichtweise. In diesem Beitrag wird u. a. das sowjetische Agieren auf der Pariser Konferenz vom Juni/Juli 1947 nachgezeichnet, auf der die Außenminister der UdSSR, Großbritanniens und Frankreichs eine erste Klärung über grundsätzliche Aspekte des Angebots von US-Außenminister Marshall vornehmen wollten. Hintergrund für die zunächst eher abwartende Haltung der Sowjets war, daß sie die Offerte Marshalls politisch nicht einzuordnen vermochten. Als Molotow im Laufe der Konferenz die politischen und ökonomischen Implikationen begriff, ließ er die Konferenz platzen; die ordnungspolitischen Dimensionen des Marshall-Planes waren für Moskau inakzeptabel. Damit war auch für die Teilnahme aller Staaten im sowjetischen Einflußbereich eine negative Entscheidung gefallen. Die Vorgänge in einigen dieser Länder belegen allerdings, daß es Moskau nur nach massiver Intervention gelang, eine einheitliche Ablehnungsfront herzustellen. Diese Erfahrungen veranlaßten Stalin, nach neuen Wegen zu suchen, um seine Satellitenstaaten noch enger in den kommunistischen Block einzubinden. Im September 1947 wurde als erste Antwort das sogenannte Kommunistische Informationsbüro (Kominform) ins Leben gerufen; im Januar 1949 erfolgte die Gründung des RGW, der freilich nie die ihm zgedachte Bedeutung erhielt.